

Annäherung an Formen direkter Demokratie

Wahlkampf im Cyberspace - Nutzungsmöglichkeiten des Internet

Diplomarbeit
im Fach Informationswissenschaft
Universität Konstanz

vorgelegt von Beate Dangel
Konstanz, August 1998

1. Gutachter: Professor Dr. Kuhlen
2. Gutachter: Professor Dr. Reiterer

1 Kurzreferat / Abstract	5
2 Einleitung	6
2.1 Vorwort	6
2.2 These	6
2.3 Vorgehensweise	6
3 Theoretische Vorüberlegungen	8
3.1 Demokratietheoretische Überlegungen	8
3.1.1 Die antike Demokratie	9
3.1.2 Direkte Demokratie	9
3.1.3 Repräsentative Demokratie	10
3.1.4 Formen direkter Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie	11
3.2 Konzepte von Öffentlichkeit	13
3.3 Medienöffentlichkeit und Demokratie	14
3.4 Zusammenfassung	17
4 Demokratische Potentiale des Internet	19
4.1 Entstehung von Öffentlichkeit	19
4.1.1 Chancengleichheit im Internet	20
4.1.2 Meinungs-/Informationsfreiheit	21
4.1.3 Raum- und Zeitunabhängigkeit	22
4.1.4 Leichter, kostengünstiger, universeller Zugang	23
4.2 Den Meinungs-/Willensbildungs- und Entscheidungsprozess fördern	23
4.2.1 Bessere Informationsmöglichkeiten	24
4.2.2 Diskussionsmöglichkeiten	25
4.2.3 Abstimmmöglichkeiten	26
5 Kritische Stimmen	27
5.1 Wie sieht es mit der Gleichheit im Netz aus?	27
5.2 Mediennutzung	28
5.3 Veränderte Kommunikation?	29
5.3.1 Reduktion der Kanäle	29
5.3.2 Rollendifferenzierung	30
5.3.3 Regeln der Kommunikation	32
5.3.4 Geschwindigkeit	32
5.4 Demokratie und Online-Informationen	32
5.5 Öffentlichkeit und Online-Medien	33
5.6 Kontrolle auf, im und durch das Netz	33
5.7 Erforderliche Maßnahmen für eine demokratische Nutzung des Internet	36

6 Bewertungskriterien	38
6.1 Positionen der Parteien	38
6.2 Das Informationsangebot	38
6.3 Das Kommunikationsangebot	39
6.4 Das Partizipationsangebot	39
6.5 Infotainment-Angebote	40
6.6 Rückwirkung des Webangebots auf die Parteipolitik	40
6.7 Nutzung der Angebote	40
7 Positionen der Parteien	41
7.1 Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung	41
7.2 Bürgerbeteiligung durch das Internet	42
7.3 Informationelle Grundversorgung	43
7.4 Medienkompetenz	45
7.5 Meinungsfreiheit und Schutz der Privatsphäre	46
8 Überblick über politische Institutionen im Web	48
8.1 Bundespräsident - www.bundespraesident.de	48
8.2 Deutscher Bundestag - www.bundestag.de	49
8.3 Bundesregierung - www.bundesregierung.de	50
8.4 Bundeskanzler - www.bundestkanzler.de	50
8.5 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - www.bundesregierung.de/impressum/bpa.html	50
8.6 Bundesministerien	50
8.7 Bundesgerichte	51
8.8 Bundesämter	51
8.8.1 Statistisches Bundesamt mit dem Bundeswahlleiter - www.statistik-bund.de	51
8.9 Bundesanstalten	52
8.10 Parteien / Fraktion (aus dem Bundestag)	52
8.10.1 Die Parteizentralen der Bundesverbände	52
8.10.2 Fraktion der CDU/CSU - www.cducsu.bundestag.de	52
8.10.3 Fraktion der SPD - www.spdfrak.de	52
8.10.4 Der Virtuelle Ortsverein der SPD - http://vov.de	53
8.10.5 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - www.gruenebt.de	53
8.10.6 Fraktion der F.D.P. - www.liberale.de/fraktion/	53
8.10.7 Bundestagsgruppe der PDS - www.pds-online.de/bt/	54

8.11 Parteiunabhängige Angebote zur Bundestagswahl	54
8.11.1 Die Landeszentrale für politische Bildung NRW - www.lzpb.nrw.de	54
8.11.2 Politik Forum Deutschland - www.politik-forum.de	55
8.11.3 Wahlkampf98 - www.wahlkampf98.de	55
8.11.4 Wahlstreet - www.wahlstreet.de	55
8.11.5 Wahlen.de - www.wahlen.de	55
8.11.6 Spiegel Online Netz-Wahl - www.spiegel.de/wahlkampf/	55
9 Parteien im Wahlkampf '98 im Internet	57
9.1 Das Informationsangebot	57
9.1.1 Organisation des Angebots	57
9.1.2 Extra Angebote zur Wahl '98	59
9.1.3 Informationen zu Struktur und Organisation der Partei	61
9.1.4 Angebot von online-Zeitungen oder Zeitschriften	62
9.1.5 Online-Abo	63
9.1.6 Download-Angebote	63
9.1.7 Orientierungshilfen und Archive	64
9.1.8 Adresslisten oder Linksammlungen	65
9.2 Kommunikationsangebot	66
9.2.1 Kontakt per e-mail	66
9.2.2 Gästebücher	67
9.2.3 Online-Bestellungen	67
9.2.4 Online-Mitgliederantrag	68
9.2.5 Online-Spende	68
9.3 Partizipationsangebot	68
9.3.1 Diskussionsforen	68
9.3.2 Live-Chats oder Online-Konferenzen	70
9.3.3 Unterschriftensammlungen	70
9.3.4 Abstimmungen	71
9.4 Infotainment-Angebote	73
10 Resümee	74
11 Quellen und Literatur	76
11.1 WWW-Adressen der untersuchten Angebote	76
11.2 Literatur und Quellen aus dem Internet	76
12 Anhang	84

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 8-1: Online-Konferenzen im Webangebot des Deutschen Bundestages</i>	49
<i>Abbildung 9-1: Ein Plakat aus dem Angebot der CDU-Website, das per Fax-Bestellung anfordern werden kann.</i>	59
<i>Abbildung 9-2: Wahlkampf-Site der F.D.P.</i>	60
<i>Abbildung 9-3: Live-Chat Ankündigung des Liberalen-Servers im Web</i>	70
<i>Abbildung 9-4: Online-Abstimmung über Maßnahmen in der Bildungspolitik auf den Webpages der CSU</i>	71
<i>Abbildung 9-5: Online-Abstimmung über den Ausstieg aus der Atomkraft auf den Web-Seiten der Bündnis 90/Die Grünen</i>	72
<i>Abbildung 9-6: Die Aktion „versprochen“ der SPD in ihrem Online-Angebot</i>	73

1 Kurzreferat / Abstract

Soziologen, Politologen und Kommunikationswissenschaftler oder auch Gesellschaftskritiker beschäftigen sich schon seit geraumer Zeit mit den Auswirkungen elektronischer Kommunikationsmedien auf die Demokratie. Die Veränderung der Öffentlichkeit sowie der Meinungs- und Willensbildung in der Bevölkerung sind Gegenstand dieser Betrachtungen. Aufgabe dieser Arbeit ist es, die Potentiale und Schwächen der Computer-vermittelten-Kommunikation zur Verbesserung der Demokratie aufzuzeigen und auf dieser Grundlage die Angebote der Bundesparteien im World Wide Web im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 zu analysieren.

Demokratiethereoretische Überlegungen bilden die Grundlage für die Herausarbeitung der Potentiale und Schwächen, die das Internet bezüglich einer demokratischen Nutzung beinhaltet. Anhand dieser Potentiale und Schwächen werden Bewertungskriterien aufgestellt, mittels derer die Parteiangebote im Web untersucht werden sollen. Wichtig sind hier die Positionen zu mehr Bürgerbeteiligung allgemein und mehr Bürgerbeteiligung durch die neuen Medien. Wie stehen die Parteien zu einer informationellen Grundversorgung, die den Zugang für alle und eine Offenlegung politischer Entscheidungen auf elektronischem Wege beinhaltet?

Zur Orientierung wird ein Überblick der politischen Institutionen im Web aufgezeichnet und daran anschließend folgt eine genaue Analyse der Parteiangebote im Web. Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Nutzung der Interaktivität des Mediums Internet, z.B. durch die Bereitstellung besserer Kommunikations- und Partizipationsangebote. Des Weiteren wird die Bereitstellung von transparenter Information, die die BürgerInnen bei ihrer Meinungsbildung adäquat unterstützen soll, untersucht. Ein Ausblick auf die zukünftige Entwicklung bildet den Abschluß der Arbeit.

Sociologists, political scientists and communication scientists as well as critics of society have been concerned with the effects of electronic communication-media on democracy for quite a long time. Objects of these considerations are the change of public as well as the formulation of political demands and objectives in society. The intention of this work is to show the potentials and failings of the computer-mediated communication for the improvement of democracy. More over the offers of the federal political parties in the World Wide Web during the run up to the federal elections in Germany in 1998 will be analyzed.

Theoretical considerations of democracy establish the basis to work out the possibilities and deficiencies which are inherent in the internet with regard to a democratic use. According to these possibilities and deficiencies aspects of valuation will be set up to examine the Web-Sites of the parties. Important in this context are the positions of the parties on more public participation in general and especially by the new media. What do the parties think about an informational „Universal Service“ including the „access for all“ and the transparency of political decisions by an electronic way?

For orientation, an overview of the political institutions in the web will be documented. After that a detailed analysis of the parties Web Sites will follow. The main emphasis is laid on the use of the interactivity of the medium e. g. by providing better communication and participation supplies. Furthermore the supply of transparent information which adequately helps the citizens to develop an informed opinion will be examined. The conclusion of this dissertation gives a prospect for the future development.

2 Einleitung

2.1 Vorwort

Was steckt hinter Begriffen wie Cyberdemokratie, elektronische Demokratie, elektronische town-hall-meetings? Sind die vielgerühmten demokratischen Potentiale, die dem Internet quasi von Natur aus innewohnen, wirklich vorhanden bzw. werden sie umgesetzt und/oder wahrgenommen?

In dieser Arbeit wird, anhand einer Analyse der Angebote der Bundestagsparteien im World Wide Web (WWW) während des Wahlkampfs zur Bundestagswahl 1998, aufgezeigt, ob und inwieweit demokratisierende Potentiale umgesetzt werden.

Schon bei einigen technischen Innovationen erhoffte man sich mehr Teilhabe am öffentlichen Leben und der politischen Willensbildung und somit eine Stärkung der Demokratie (Bühl 1997, 288). Buchdruck, Radio, Fernsehen sowie das Telefon haben „die Formen der politischen Auseinandersetzung und auch die Ergebnisse demokratischer Entscheidungen maßgeblich beeinflusst“ (Buchstein 1996(a), 583).

Die Merkmale Computer-vermittelter-Kommunikation sind für viele ein Indiz zur Ausweitung direkter Demokratie. Ich selbst stehe diesen Hoffnungen etwas skeptischer gegenüber und möchte zu Beginn meiner Arbeit folgende These zur Diskussion stellen:

2.2 These

Die anarchische Struktur des Mediums allein erzwingt keine ausschließlich demokratische Nutzung desselben. Das Internet bietet zwar ungeahnte Chancen zur Kommunikation und Partizipation am politischen Prozeß, führt aber nicht unweigerlich zu einer umfassenderen Politisierung der BürgerInnen. Wichtig sind nicht nur der Zugang für alle, sondern auch eine Erziehung zum Umgang mit den neuen Medien bzw. zu mehr Beteiligung am öffentlichen Leben und so am politischen Geschehen.

Der Weg vom Konsument zum aktiven Partizipanten muß erst erlernt werden. Durch die technischen Möglichkeiten verändern sich die Gewohnheiten, Vorlieben, Interessen der BürgerInnen nicht automatisch, sondern der Umgang mit ihnen muß erlernt und zur Selbstverständlichkeit werden.

Auch von den politischen Vertretern des Volkes ist die Vorstellung von mehr Bürgerbeteiligung nicht ausschließlich erwünscht, eher mit Skepsis blicken diese auf die Veränderungen, die mit den neuen Medien einhergehen.

2.3 Vorgehensweise

Zunächst soll in Kapitel drei nach einer knappen Einführung in die Demokratietheorie eine genauere Bestimmung von „Formen direkter Demokratie“ vorgenommen sowie ein Einblick in Konzepte von Öffentlichkeit gewährt werden. Öffentlichkeit ist der zentrale Begriff jeglicher Demokratieform, denn wenn nicht dort (in der Öffentlichkeit), wo dann soll demokratische Meinungs- und Willensbildung stattfinden?

Ebenfalls im dritten Kapitel möchte ich auf den Zusammenhang von Medien und politischer Kommunikation, im engeren Sinne hauptsächlich auf den Wahlkampf bezogen, eingehen. Ist

der Wahlkampf in den Medien ein geeignetes Mittel zur demokratischen Mitbestimmung, und wie könnte der Wahlkampf aufgrund des Interaktionspotentials des Internet sich verändern?

Das vierte Kapitel widmet sich den Potentialen des Internet zur Verbesserung bestehender Demokratieformen und der Intensivierung der Bürgerbeteiligung. Die Zukunftsszenarien der Netzapologeten, deren „Traum von der Agora“ sollen beschrieben werden. Dem gegenüberstellend werden in Kapitel fünf einige Aspekte von Netzkritikern zur Sprache kommen.

Daran anschließend möchte ich im sechsten Kapitel Kriterien herausarbeiten, an welchen die Parteiangebote im WWW auf ihre „Demokratiefreundlichkeit“ beurteilt werden sollen.

Im siebten Kapitel kommen die Parteien selbst zu Wort. Stellungnahmen zur Ausgestaltung der Informationsgesellschaft im Hinblick auf mehr Bürgernähe und mehr Partizipation stehen im Mittelpunkt. Können und wollen Parteien/Politiker dieses Medium mit allen seinen Möglichkeiten nutzen?

Ein Überblick über politische Institutionen im WWW in Kapitel acht soll einen Einblick in technisch-machbare Partizipationsmöglichkeiten gewähren.

Das neunte Kapitel bildet das Zentrum der Arbeit, anhand der in Kapitel sechs herausgearbeiteten Kriterien werden die Angebote der Bundestagsparteien im WWW genauer analysiert. Ganz neue Formen des demokratischen Dialogs zwischen BürgerInnen und politischen Institutionen sowie innerhalb der Bürgerschaft können/könnten sich entwickeln.

Bieten die Parteien der Bürgerschaft die Möglichkeit, sich schneller und kostengünstiger oder intensiver zu informieren als durch traditionelle Medien? Wird der Prozeß der Diskussion und Deliberation im Rahmen des technisch-machbaren unterstützt, und wie sieht es mit der Implementierung von plebiszitären Formen der Demokratie, der aktiven Teilnahme an Entscheidungen für potentiell jede/n BürgerIn aus?

Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den interaktiven Angeboten der Parteien zur Unterstützung des demokratischen Prozesses.

Anhand der Internet-Untersuchung soll ein realistisch gezeichnetes Resümee die Arbeit abschließen.

3 Theoretische Vorüberlegungen

Es gibt sehr heterogene Vorstellungen von einer „elektronischen Demokratie“. In den folgenden Abschnitten möchte ich deshalb klar definieren, was ich unter „Formen direkter Demokratie“ verstanden wissen möchte.

Bei den Netzapologeten ist oft die Rede von einem „neuen athenischen Zeitalter“, der „Agora“ oder von „elektronischen town-hall-meetings“. Was darunter verstanden wird, ist oft sehr unterschiedlich und reicht von besserer politischer Informationsversorgung bis zum Entscheidungsinstrument und im Extremfall zur Auflösung des Parlaments. „Einige sehen das Netz als Ergänzung zur bestehenden repräsentativen Demokratie an, während andere radikaler sind und postulieren, die elektronischen Medien zu nutzen, um die bisherigen Raum- und Zeitprobleme der direkten Demokratie zu überbrücken. Sie sehen das Ende der alten Institutionen der repräsentativen Demokratie voraus und träumen von elektronischen Stadtversammlungen und elektronischer `Knopfdruck-Demokratie`.“ (Buchstein 1996(a), 584f)

Im folgenden möchte ich knapp die Vorzüge und Probleme von direkter und repräsentativer Demokratieform schildern, um dann daraus einen Kompromiß aus beiden abzuleiten, eine repräsentative Demokratie, die durch direktdemokratische Elemente ergänzt wird.

Anschließend gehe ich auf die Bedeutung von Öffentlichkeit sowie deren Zusammenhang mit Medien in Bezug auf Wahlen ein.

Zusammenfassend formuliere ich einige wichtige Punkte, auf deren Grundlage meine weiteren Untersuchungen fußen und die als Kriterien für eine partizipative, demokratische Nutzung des Internet durch „Formen direkter Demokratie“ dienen.

3.1 *Demokratiethoretische Überlegungen*

Laut dem Neuen Brockhaus ist: „Demokratie (grch. demos „Volk“, kratein „herrschen“) die, -/-n, Volksherrschaft, eine Form des polit. Lebens, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und die Willensbildung der Gemeinschaft oder des Staates vom Willen des gesamten Volkes ableitet. Das Volk als eigentlicher Träger der Staatsgewalt ist berufen, seinen Willen in Mehrheitsentscheidungen kundzutun, entweder unmittelbar (Unmittelbare oder direkte D., z.B. auf der Landsgemeinde in einigen schweizer. Kantonen) oder durch die Wahl von Abgeordneten zur Volksvertretung (mittelbare oder repräsentative D.); die letztere ist heute die gebräuchlichste...“.(Brockhaus 1978)

In Meyers Lexikon wird Demokratie beschrieben als „[griech. "Herrschaft des Volkes"]“, die Staatsform, die den totalitären und autoritären Regierungssystemen entgegengesetzt ist. In der klass. Staatsformenlehre wurde die D. (seit der Antike) als Alternative zur Monarchie und Aristokratie begriffen.

Der D.begriff ist v. a. an die Idee der Volkssouveränität (Volk als Inhaber der Staatsgewalt) gebunden: Die Regierung wird nach allg. freien und geheimen Wahlen direkt oder indirekt vom Volk für eine bestimmte Zeitdauer gewählt (Volkswahl). Bei der Ausübung der ihr anvertrauten Macht wird die Regierung durch das Volk oder durch die von ihm befugten Organe kontrolliert. Alle Handlungen des Staates müssen mit der Mehrheit des Volkswillens (Mehrheitsprinzip) sowie mit Verfassung und Gesetzen übereinstimmen (Rechtsstaatsprinzip). Ausgehend von der Gleichheit aller Bürger hat der Staat die Menschen- und Bürgerrechte als Grundrechte des Bürgers zu achten, zu gewährleisten und zu schützen. Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte gelten ebenso als Merkmale der D. wie eine wirksame Opposition

als Alternative zur Regierung; konstitutiv für die D. sind v. a. die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Pluralismus) sowie vom Staat unabhängige Organe der öffentl. Meinung (Pressefreiheit). Zw. einzelnen Elementen der D. herrscht oft ein Spannungsverhältnis: D. verlangt einerseits die Durchsetzung des Mehrheitswillens, andererseits sucht sie durch Grundrechte, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung, Rechts- und Sozialstaatlichkeit die Folgen von Mehrheitsentscheidungen zu mildern. Zahlr. Verfassungen berücksichtigen dies durch die Errichtung von Teilgewalten (Föderalismus), durch Differenzierung der Volkssouveränität (Mehrkammersystem) sowie durch eine unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit.“ (Meyers Lexikon 1998)

3.1.1 Die antike Demokratie

„Die antike Demokratie wurde in engem, symbiotischem Zusammenhang mit der polis konzipiert. Und die griechische polis war keineswegs der Stadtstaat, als den wir sie zu bezeichnen pflegen - denn sie war in keinem Sinne ein Staat. Die polis war eine Stadtgemeinschaft, eine koinonia. Thukydides sagte es mit drei Worten: „ndres gar polis - die Männer sind die polis“ (Sartori 1992, 274). Dies dürfte schon Abweichungen von unserer Idealvorstellung von Demokratie beinhalten.

„Der Unterschied zwischen den antiken und den modernen Demokratien ist nicht nur einer der geographischen und demographischen Größenordnungen, (...) sondern auch einer der Ziele und Werte“ (Sartori 1992, 275).

Bei der antiken Demokratie handelt es sich um eine direkte Demokratie, was aber nicht heißen soll, daß es keine Führung gab, sondern es „wurden Beamte durch Los oder Wahl zur Erfüllung bestimmter Aufgaben bestimmt. Doch im Rahmen der Unvollkommenheit alles Menschlichen war die antike Demokratie zweifellos die stärkste mögliche Annäherung an eine wörtliche Demokratie. (...) Die direkte Demokratie ermöglicht die ständige Mitwirkung des Volkes an der direkten Ausübung der Macht, während die indirekte Demokratie im wesentlichen in einem System der Beschränkung und Kontrolle der Macht besteht.“ (Sartori 1992, 276)

„Die wirkliche Selbstregierung, wie sie die Griechen praktizierten, verlangte vom Bürger die vollständige Hingabe an die öffentliche Sache. Selbst regieren hieß, sein Leben mit dem Regieren zuzubringen. (...) Die politische Hypertrophie führte zur wirtschaftlichen Atrophie: Je vollkommener die Demokratie wurde, desto ärmer wurden ihre Bürger: (...) Daraus dürfte sich ergeben, daß indirekte Regierungssysteme Vorteile haben, die wir viel zu leicht unterschätzen“ (Sartori 1992, 278).

3.1.2 Direkte Demokratie

„In der direkten D. übt das Volk in Gestalt einer Volksversammlung die Staatsgewalt unmittelbar aus. Es entscheidet in Volksabstimmungen (Plebiszit) über alle Gesetze und polit. Maßnahmen sowie über die Bestallung aller wichtiger Amtsträger; diese sind weisungsgebundene Vollstreckungsorgane (imperatives Mandat); zudem gibt es keine Aufspaltung der Staatsgewalt auf verschiedene unabhängige Staatsorgane.“ (Meyers Lexikon 1998)

„Direkte Demokratie in einer reinen Form ist ein umfassendes gesellschaftliches Prinzip, in dem der Bürger, als homo politicus, permanent an allen politischen Meinungsfindungen und Entscheidungen teilnimmt.“ (Neymanns 1996)

Da die Entscheidungsfindung in der direkten Demokratie die Teilnahme aller Bürger an allen politischen Debatten voraussetzt, kann dieses Prinzip nur auf kleinere Gruppen angewandt werden.

Sartori spricht auch von einer Selbstregierungsdemokratie: „Eine buchstäbliche, authentische direkte Selbstregierungsdemokratie gibt es nur in verhältnismäßig kleinen Gruppen - etwa bis zur Größe von Versammlungen.“ (Sartori 1992, 123)

Mit der Ausbildung moderner Flächenstaaten ist die direktdemokratische Herrschaft nicht mehr umsetzbar. „Größe wird somit zum zentralen Bestimmungsfaktor von Demokratie, die unter diesen gewandelten Bedingungen seit Ende des 18. Jahrhunderts als repräsentative Demokratie entstand.“ (Zittel 1997, 24)

Für Dahl und Tufte ist die Bedeutung des Faktors Größe für den Demokratietyp vom jeweiligen Kommunikationssystem abhängig. „Die angenommene Unvereinbarkeit von räumlicher Ausdehnung und direkter Demokratie gilt aus dieser Perspektive nur für den Fall eines wenig entwickelten Kommunikationssystems.“ (zitiert aus Zittel 1997, 25)

Es gibt wohl Verfechter der direkten Demokratie in ihrer ursprünglichen Bedeutung, aber realiter ist eine Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie.

3.1.3 Repräsentative Demokratie

„Die repräsentative D., in der das souveräne Volk die Herrschaft im Staat mittelbar (indirekt) über Abg., verstanden als Repräsentanten des Volkes, ausübt, ist die Form, die heute überwiegt. Die in freier, geheimer und allg. Wahl bestimmten Abg. handeln gemäß eigener Verantwortung (freies Mandat). Die Zeit ihres Wirkens ist begrenzt, ihr Auftrag muß periodisch in Wahlen erneuert werden. Auf der Grundlage von Verfassungsnorm und Rechtsstaatlichkeit kontrollieren die Abg. die Regierung und beschließen Gesetze und polit. Maßnahmen.“ (Meyers Lexikon 1998)

Die Beteiligung der Bürger beschränkt sich hier auf die Wahl von Repräsentanten, die im Parlament über die Themen entscheiden. Für Jean-Jacques Rousseau war die Repräsentativverfassung nicht mit dem demokratischen Grundgedanken vereinbar. „Das englische Volk glaubt frei zu sein; es täuscht sich gewaltig, es ist nur frei während der Wahl der Parlamentsmitglieder; sobald diese gewählt sind, ist es Sklave, ist es nichts.“ (zitiert aus Zittel 1997, 24f)

Für andere ist die repräsentative Demokratie ein notwendiges Übel, da die direkte Demokratie abhängig von Größe und Bevölkerungszahl nicht zu realisieren sei. Die politische Monopolstellung der Parteien im Hinblick auf die Gestaltung von Politik stößt nicht mehr auf eine unhinterfragte Legitimation und Akzeptanz.

Die Regelung des politischen Prozesses durch Eliten ohne die engere Beteiligung des Bürgers funktioniert nach Harald Neymanns in wirtschaftlich stabilen Zeiten, Rezessionen hingegen führen zu Unzufriedenheit mit dem politischen System, die zu Politikverdrossenheit oder politischem Extremismus führen kann (vgl. Neymanns 1996).

„Dieser Sachverhalt wird begleitet von gewichtigen sozialstrukturellen Veränderungen, Prozessen eines Wertewandels, qualitativen Veränderungen innerhalb der Präferenzordnungen der Bürger und Bürgerinnen sowie einer beträchtlichen Zunahme des Wechselwähler- und Nichtwählerpotentials in den verschiedenen westlichen Ländern.“ (Luthardt 1997, 14)

Worte wie Politikverdrossenheit, Parteiverdrossenheit, Machtlosigkeit gegenüber dem Staatsapparat werden häufig verwendet. So sind 80 % der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, „daß sie keinen oder fast keinen Einfluß auf die Politik haben.“ (Bonner Erklärung für Direkte Demokratie 1992, 125) Das öffentliche Ansehen der Parteien hat in den letzten Jahren stark gelitten und kann am Rückgang der Parteienmitgliedschaft beobachtet werden. „Durch die Empfindung „Die da oben machen doch was sie wollen“ wurden unzählige Menschen in die

Resignation und politische Apathie oder in die politische Gewalt getrieben. (...) Dieser Auszeichnung unserer Demokratie auf der einen Seite steht jedoch positiv das stetig wachsende Engagement von Menschen in Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen auf der anderen Seite gegenüber.“ (Bonner Erklärung für direkte Demokratie 1992, 125)

Daraus kann man schließen, daß zwar eine Parteiverdrossenheit durchaus vorhanden ist, aber die Bürgerschaft dennoch an Politik bzw. an der politischen Mitwirkung interessiert ist. Die Möglichkeiten, an der Politik aktiv zu partizipieren sind jedoch weitestgehend eingeschränkt.

Selbstorganisierte Bürgergruppen kann man auch als „Protestreaktion auf Mängel und Mißbrauch im demokratischen Alltagsgeschäft“ (Schnetz 1991, 205) betrachten. Sie setzen Themen auf die politische Tagesordnung, bewirken eine Gegenkraft, decken Mißstände auf und beeinflussen Entscheidungen. Sie beteiligen sich „von unten“ an der Demokratie. (vgl. Schnetz 1991, 205)

Die Einführung von Formen direkter Demokratie könnte als Therapie die repräsentative Demokratie aus ihrer Krise herausführen.

3.1.4 Formen direkter Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie

Befürworter von Formen direkter Demokratie hoffen, daß das „institutionell verkrustete und politisch abgeschottete sowie entscheidungsschwache System der repräsentativen Interessenvermittlung deblockiert wird. Zielvorstellung ist es, daß durch ein qualitatives Mehr an Partizipation, Transparenz und Responsivität wieder stärker die Belange der Bürger und Bürgerinnen ins Auge gefaßt werden“ (Luthardt 1997, 14).

Die Politikmuster der direkten Demokratie werden als eine Bereicherung der Interessenvermittlung interpretiert. Zudem werden diejenigen westlichen Politiksysteme, die über direktdemokratische Politikinstrumente verfügen, als institutionell und partizipativ „offener“ interpretiert. Instrumente direkter Demokratie können als systemnotwendige Bestandteile einer partizipativen Demokratie verstanden werden, deren Zielsetzung sowohl vom „mündigen“ und politisch aktiven Bürger als auch vom reflexiven Bezug staatlichen Handelns auf denselben und auf die Gesellschaft ausgeht. (vgl. Luthardt 1997, 15)

Welchen Beitrag können Formen direkter Demokratie im politischen System leisten?

Geht man davon aus, daß das repräsentative Politikmuster als Basisprinzip fungiert und Formen direkter Demokratie ein strukturgestaltendes Funktionselement sind, folgt, daß Formen direkter Demokratie nicht das repräsentative System ablösen, nicht Alternative, sondern Ergänzung darstellen, indem der Bürgerschaft die Option von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid zu ausgewählten Sachthemen zur Verfügung gestellt wird. „Gerade komplexe Demokratien sind nicht nur durch einen hohen Grad an Arbeitsteilung und durch ein institutionell höchst differenziertes und voraussetzungsvolles Arrangement an institutionellen Formen und Verhaltensregeln geprägt. Hinzu kommt (...), daß der „Bedarf“ an verbindlichen politischen Entscheidungen erheblich ist. Von daher sind die Verfahrens- und Organisationsprinzipien einer demokratisch legitimierten Delegation und Repräsentation unverzichtbar und durch keine anderen Integrations- und Entscheidungsmuster zu ersetzen“ (Luthardt 1997, 16)

Der direktdemokratisch organisierte Politikprozeß stellt die demokratisch legitimierte Ausnahme dar. (vgl. Luthardt 1997, 16)

Für Seche (1995) sichert die Volksabstimmung einen „höheren Konsens zwischen Regierenden und Regierten, macht die Zuschauer- zur Teilnehmer-Demokratie und erhöht die Bereitschaft von Parteien, Prinzipienreiterei durch sachgemäße Argumente zu ersetzen“ (Seche 1995, 84).

Durch Formen direkter Demokratie können:

- eine direktere, engere Beteiligung an politischen Sachentscheidungen,
- eine bessere Identifizierung mit dem Staat,
- unabhängigere Durchsetzung von Bürgerinteressen,
- mehr Rückkoppelung der Bevölkerung zum Parlament,
- mehr Bürgernähe,
- öffentliche Sachdiskussionen jenseits parteipolitischer Verhärtungen

stattfinden, sowie die Kompetenz von Bürgerinitiativen in die Gesetzgebung einfließen. (vgl. Bonner Erklärung für direkte Demokratie 1992, 125)

Auch Luthardt (1997) sieht die Chance von direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten hauptsächlich darin, daß Themen, die durch die Entscheidungsträger nicht beachtet, beiseite geschoben werden oder schlicht einfach unter den Tisch fallen, durch die Basis ans Licht gebracht werden können. Er spricht in diesem Sinne auch von Warn- und Thematisierungsinitiativen oder Instrumenten der Veto- und Blockademacht. (vgl. Luthardt 1997, 17)

Andreas Seche geht davon aus, daß Formen direkter Demokratie wirken, indem sie nicht wirken. „Damit (...) die einmal liebevoll unter den Parteien ausgehandelten Gesetze nicht per Referendum in der Versenkung verschwinden, werden referendumsrelevante Gruppen in der Schweiz von Anfang an in den Gesetzgebungsprozeß einbezogen.“ (Seche 1995, 83)

Natürlich hat die Einführung von Formen direkter Demokratie auch Nachteile: Die Verzögerung des Gesetzgebungsverfahrens und eine kostenintensive Prozedur der Informationsbringung zu den jeweiligen Sachfragen. Von Politikern wird gerne das Argument gebracht, daß komplexe Sachverhalte das Wissen von Experten erfordern, um zu verantwortungsvollen Entscheidungen zu gelangen.

Andere sehen in Formen direkter Demokratie im Plebiszit kein geeignetes Instrument zur Stärkung der Demokratie. Als nicht kompromißfähig, eingeschränkt auf Ja und Nein, Schwarz und Weiß könne durch das Plebiszit kein Konsens erarbeitet werden, der auch die Interessen der Minderheiten berücksichtigt. Und somit können diese Formen direkter Demokratie nicht einer pluralistischen Gesellschaft entsprechen. Anstelle als Mittel gegen die Parteiverdrossenheit zu wirken, würden sich die Parteien seiner selbst (des Plebiszits) bedienen und somit das Volk unterlaufen. (vgl. Luthardt 1997, 13)

Zu beobachten ist aber eine Veränderung der Debatte um direkte Demokratie, insbesondere nach 1945 wurde die Erosion des Weimarer Verfassungs-, Demokratie- und Gesellschafts-systems den direktdemokratischen Elementen der Weimarer Verfassung zugeschrieben. Die Angst vor Demagogie wurde auf direktdemokratische Institutionen projiziert, Luthardt spricht von „Plebisphobie der Nachkriegsära“. Heute ist die Debatte durch differenzierte institutionelle, empirische und methodische Ausführungen geprägt. (vgl. Luthardt 1997, 18)

Viele Bundesländer haben in ihren Landesverfassungen Elemente direkter Demokratie in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheidungen aufgenommen.

Mit der wachsenden Bedeutung des Internet könnte eine dritte Transformation der Demokratie stattfinden. Autoren wie Grossman (1998) sehen die Zukunft der Demokratie durch eine Transformation zu direkteren Demokratieformen bestimmt. (vgl. Grossman 1998, 89)

Abschließend noch das Zitat von 100 Gesellschaftswissenschaftlern vom November 1989: „Sie [die direkte Demokratie] ist weder ein Allheilmittel noch risikolos, sondern die Chance eines demokratischen Lernprozesses“. (zitiert aus Schnetz 1991, 207)

3.2 Konzepte von Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist ein schwammiger Begriff, eine genaue Analyse der Merkmale von Öffentlichkeit ist so gut wie unmöglich. Eine Definition von Öffentlichkeit ist „gesellschaftl. Kommunikations-, Informations- und Beteiligungsverhältnisse, die die Entstehung und die fortwährende Dynamik einer öffentl. Meinung mögl. machen. In einer Demokratie wichtiger Aktionsbereich der Vermittlung von staatl. Ordnungsmacht und kontrollierender wie ziel- und richtungsweisender polit. Willensbildung.“ (Meyers Lexikon 1998)

Demokratie als politische Staatsform bedarf einer Öffentlichkeit, die sie trägt und gestaltet und mittels Wahl bestimmt. Somit ist das wesentliche Element der Demokratie die Öffentlichkeit, ein viel diskutierter Begriff, der sowohl als Kategorie eines Gesellschaftsbereichs dient, wie auch als Gesellschaftsideal.

Eines dieser Leitbilder für Öffentlichkeit stammt aus der Antike und bezieht sich auf den griechischen Marktplatz, die Agora in Athen, diesen Ort der Urdemokratie, den Marktplatz nördlich der Akropolis, das Zentrum, wo das Leben der Polis stattfand. Waren wurden ge- und verkauft, die Agora war Treffpunkt, Nachrichtenzentrale, Versammlungsort, Ort der Unterhaltung und des Amüsemments in einem, „das Leben draußen, vor der eigenen Tür“ (Roesler 1997, 174).

„Die enge Verbindung von Agora und Politik stammt daher, daß auf diesem Marktplatz diejenigen Versammlungen abgehalten wurden, die Belange von allgemeinem Interesse für die Polis regelten.“ (Roesler 1997, 174)

Die zentrale Bedeutung der Öffentlichkeit für die Demokratie kommt also daher, „weil sich in ihr die Diskussion konstituieren soll, die erweist, was für eine Gemeinschaft zu tun ist; zumindest was zu tun sein sollte“ (Roesler 1997, 174). Für Hanna Arendt, die sich an die griechische Vorstellung von Öffentlichkeit anlehnt, „erweist sich das Öffentliche, Gemeinsame, Wirkliche als im Wesen pluralistisch, das nur existiert, weil es verschiedene Perspektiven auf ein Gemeinsames gibt (...) Öffentlichkeit ist damit die Bedingung von Wirklichkeit, einer allen zugänglichen Welt (...) das sich aber nur aus der Vielheit der Perspektiven ergibt“ (zitiert aus Roesler 1997, 177).

Eine andere Betrachtungsweise von Öffentlichkeit entstand in der Zeit der Aufklärung: die „bürgerliche Öffentlichkeit“. „Im Unterschied zum öffentlichen Treiben auf dem Marktplatz zerfällt sie in kleine, lokale Aktionen, widmet aber mehr der Diskussion Aufmerksamkeit, als dem, was sonst auf dem griechischen Marktplatz geschah“ (Roesler 1997, 174). Vielfältigere Orte und Gelegenheiten wurden wahrgenommen, um den geistigen Gedankenaustausch zu pflegen. Kaffeehäuser, Salons, geheime Gesellschaften (Freimaurer), Bücher, der Privatbrief, neu aufkommende Zeitungen usw. sind einige hier zu erwähnende Beispiele. „Zeitgleich entstehen auch neue Formen der Rechtsprechung, der Staatsform, kurz: neue Formen der Gestaltung einer Gesellschaft, bei der eben die Gesellschaft ein Wörtchen mitzureden haben will“. (Roesler 1997, 174)

Laut Habermas formiert sich in den Salons, Tischgesellschaften, Kaffeehäusern, Geheimbünden usw. eine Sphäre, die eine permanente Diskussion unter Privatleuten darstellt, und somit zu einer „öffentlichen Meinung“ führt. (Habermas 1995, 97) Für Habermas sind drei Merkmale für Öffentlichkeit unausweichlich: 1.) Gleichheit der Beteiligten hinsichtlich ihres Status, 2.) prinzipiell kann alles Gegenstand des Rasonnements werden, nichts bleibt als Thema ausgeschlossen, weil es sich nicht schickt, darüber zu reden und 3.) eine prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums, alle müssen dazugehören können. (Habermas 1995, 98)

Peters (1994) definiert Öffentlichkeit als Ort der Interaktion. Dort, wo BürgerInnen „aus ihren privaten Lebenskreisen heraustreten, um sich über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu verständigen“ und über Angelegenheiten, „die Gegenstand organisierter kollektiver Verantwortlichkeit und Entscheidungen sind (oder sein sollten)“, debattieren, findet Öffentlichkeit statt. (Peters 1994, 44f, zitiert aus Neymanns 1996).

Meinungs- oder Willensbildung findet in der Regel in Interaktion mit anderen Individuen oder in Gruppen statt, bedarf folglich einer Öffentlichkeit (vgl. Neymanns 1996). In der „Öffentlichkeit“ treffen staatliche Institutionen, BürgerInnen und/oder andere soziale Systeme aufeinander. Zum einen werden den Bürgern Informationen über das politische System vermittelt, zum anderen erfährt das politische System über Themen der Bürger (Gerhards/Neidhardt 1993, 54).

Es gilt zwei wichtige demokratische Funktionen in, durch und mittels Kommunikation in der Öffentlichkeit sicherzustellen: „erstens die Vermittlung von Interessen der Bürgerschaft in den Bereich staatlichen Entscheidungshandelns hinein; zweitens sollte der Kommunikationsraum die Transparenz gesellschaftlicher Problemlagen sowie von Herrschaftsstrukturen und -prozessen herstellen. Erst diese Publizität ermöglicht die Kontrolle der Repräsentanten und die unverzichtbare Partizipation der Repräsentierten.“ (Marschall 1997, 305)

Unter Repräsentation sollte nicht nur die einmalige Bestellung in ein Wahlamt verstanden werden, sondern auch das Interesse am ständigen Diskurs mit der Bürgerschaft und die Umsetzung der Wünsche der Mehrheit.

Für die politischen Funktionseleiten hat die Öffentlichkeit zwei Seiten (vgl. Göhler 1995, 9-12): Öffentlichkeit beschränkt einerseits durch die Einforderung von Transparenz die Machtspielräume der Eliten. Andererseits ist sie die Voraussetzung von Macht, denn durch Öffentlichkeit können die Durchsetzungschancen für politische Programme und die Wahl- oder Wiederwahlschancen politischer Akteure gesteigert werden.

3.3 Medienöffentlichkeit und Demokratie

Medien, insbesondere Massenmedien, sind Teil eines „umfassenderen Kommunikationssystems Öffentlichkeit“ (Gerhards 1995, 149). In modernen Gesellschaften bilden Massenmedien das wichtigste Subsystem von Öffentlichkeit. Massenmedien verbreiten dauerhaft Informationen über vielerlei Themen an ein breites Publikum, ein Massenpublikum. Hier interessiert, welchen Einfluß die Massenmedien auf den demokratischen Prozeß der Willensbildung und Entscheidungsfindung ausüben. „Die durch Massenkommunikation hergestellte Öffentlichkeit verwebt sich mit den Prozessen politischer Entscheidung, indem sie Themen vorgibt und Aufmerksamkeit unter sich aufteilt und damit auch unterschiedliche Bedeutsamkeit vorschlägt.

Die politische Generalfunktion der Massenkommunikation ist so in der Herstellung von Öffentlichkeit zu erkennen.“ (Bergsdorf 1980, 76)

Die durch Massenmedien veröffentlichte Meinung kann in zweierlei Weise auf die Entscheidungsträger und die Entscheidungen des politischen Systems wirken: Zum einen dient die (veröffentlichte) öffentliche Meinung den Parteien als Ersatzindikator der Bedürfnispräferenzen der Bürger, an der sie dann ihre eigenen Handlungen ausrichten, um eine Wählermehrheit zu gewinnen. Zum anderen beeinflussen die Massenmedien die Bürgerschaft durch Rezeption der veröffentlichten Meinung, und somit deren politische Einstellungen, die dann wiederum bei Wahlen ihren Ausdruck finden. (vgl. Gerhards 1995, 151)

Die Machtposition der Massenmedien „beruht auf der Tatsache, daß sie öffentliche Meinung generieren, die Einfluß auf die Meinungsbildung und die Ausbildung von Wahlpräferenzen nimmt.“ (Gerhards 1995, 152)

Bergsdorf schreibt den Massenmedien eine Bildungs-/Informationsfunktion zu: „Die erste Aufgabe der Massenmedien im parlamentarischen System ist ihre Bildungsfunktion. (...) Ihre politische Bedeutung erhält die Bildungsfunktion der Massenmedien dadurch, daß sie den politischen Informationsstand in einer Gesellschaft insgesamt erhöhen und dem einzelnen die Möglichkeit geben, sich im aktuellen Bereich ein politisches Tageswissen zu verschaffen.“ (Bergsdorf 1980, 77)

Aus der idealtypischen Sichtweise des parlamentarischen Systems ergibt sich für die Bildungsfunktion der Massenmedien, daß die Bürgerschaft mit umfassender Information versorgt wird, um politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, zu bewerten und aktiv an der Diskussion teilnehmen zu können. Daraus folgt für Massenmedien, „daß sie auch umstrittene Themen auswählen, (...) Ereignisse, die nur Minderheiten betreffen, (...) interessieren, (...) indem der Kampf der Meinungen bis zur Entscheidung herausgearbeitet wird und auch die mit dem Mehrheitsprinzip getroffene Entscheidung nicht durch Verschweigen der weiterkämpfenden Minderheitsmeinungen zementiert werden kann.“ (Bergsdorf 1980, 78)

Über das, was politisch relevant ist „entscheiden in den Massenkommunikations-Systemen einer parlamentarischen Demokratie eine Vielzahl von Institutionen und Personen und zwar nach unterschiedlichen und oft kontroversen Gesichtspunkten“ (Bergsdorf 1980, 79). Politische Presseerklärungen werden einer Selektionsprozedur der jeweiligen Redakteure bzw. Zeitungen unterworfen. Der Rezipient bedient sich dabei offensichtlich derjenigen Informationsquellen, die für ihn/sie eine große Glaubwürdigkeit besitzen. Dem Fernsehen wird z.B. - wahrscheinlich aufgrund der Untermalung der Informationen mit Bild- bzw. Videomaterial, dessen „Objektivität im Sinne einer Nicht-Manipulierbarkeit scheinbar evident ist“ (Bergsdorf 1980, 81) - eine besondere Glaubwürdigkeit beigemessen.

Laut Gerhards (1995) werden Form und Inhalt der massenmedial vermittelten Informationen durch drei verschiedene Selektionsmuster bestimmt: 1. Das Nachrichtenangebot, das den Medien zur Verfügung steht¹, 2. die Nachrichtenfaktoren² und 3. die institutionelle Verankerung der Medien selbst³. (vgl. Gerhards 1995, 155)

¹ „Dieses wiederum ist nicht naturgegeben, sondern hängt ab von den Ereignissen und von den Akteuren der Gesellschaft, die Informationen produzieren und vermitteln (Pressemitteilungen, Pressekonferenzen etc.)“ (Gerhards 1995, 156)

² Als Nachrichtenfaktoren werden bezeichnet: Status der Akteure, Relevanz, Dynamik, Konsonanz, Valenz, Human Interest. (vgl. Gerhards 1995, 157)

³ Unter institutioneller Verankerung versteht man z.B. privatwirtschaftliche, öffentlich-rechtliche oder staatliche Institutionen, die hinter den Massenmedien stehen.

Welche Auswirkungen haben diese Selektionskriterien für das Informationsangebot, das die Massenmedien anbieten? Budgetstarke Organisationen haben im Vergleich zu weniger finanzstarken Gruppierungen weitaus größere Möglichkeiten, Informationen und Nachrichten in entsprechender Form zu produzieren und technisch zu verteilen.

Die Ausrichtung an Nachrichtenfaktoren bedeutet, daß statushöhere und prominentere Akteure in den traditionellen Massenmedien überrepräsentiert werden und kontinuierlichen Prozessen weniger Aufmerksamkeit zukommt als überraschenden Ereignissen. Gewaltsame, kontroverse, erfolgreiche und wertverletzende Ereignisse werden überbetont, wobei komplexe Sachzusammenhänge seltener Eingang in die Medien finden.

Die Abhängigkeit der Massenmedien von der Aufmerksamkeit des Publikums bestimmt diese Nachrichtenfaktoren. (vgl. Gerhards 1995, 158)

Die institutionelle Verankerung der Medien ist ein weiteres Selektionskriterium, seit 1984 ist z.B. das Fernsehen auch für private Anbieter geöffnet und tritt in Konkurrenz zum öffentlich-rechtlichen Angebot. Private Anbieter sind abhängig von Einschaltquoten und richten ihr Angebot folglich an den Massen aus. Demgegenüber kommt den öffentlich-rechtlichen Anstalten die gesetzlich festgelegte Funktion zu, das Publikum mit politischen Informationen zu versorgen, zur öffentlichen Meinungsbildung und zur politischen Sozialisation beizutragen. „Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit des Programms sind gesetzlich vorgeschrieben.“ (vgl. Gerhards 1995, 159)

Da die öffentlich-rechtlichen Anstalten gesetzlich geregelte Anstalten sind, somit unmittelbar von der Politik abhängen und zudem die Mitglieder des Rundfunk- und Verwaltungsbeirats, die den Intendanten wählen, in weiten Teilen nach Parteibuch gewählt werden, kann man von einer engen Verflechtung von Politikinteressen und Programminhalt sprechen. (vgl. Gerhards 1995, 160)

Aus diesen Abhängigkeiten ergeben sich Inhalte, die einerseits einen Pluralismus von Positionen und Meinungen wiedergeben, der sich aber auf etablierte Meinungen beschränkt, und die sich andererseits, durch die Nachrichtenfaktoren bestimmt, hauptsächlich auf Skandale, Konflikte und Personen beziehen.

Weitere Funktion der Massenkommunikation ist die Kritik- und Kontrollfunktion, „die die Arbeit von Regierung und Verwaltung mit Hilfe eines institutionalisierten Instrumentarismus einschließlich Sanktionsmöglichkeiten zu kontrollieren vermag“ (Bergsdorf 1980, 87).

Regierung, Opposition und Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung müssen sich dieser Kritik- und Kontrollfunktion ebenso stellen wie Themen des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens (wie z.B. die Clinton-Affäre).

Das Internet, das langsam aber beständig zum Massenmedium avanciert, gewinnt durch seine „Interaktivität, Schnelligkeit (...) und Multimedialität“ (Zittel 1997, 25) an Bedeutung. Die Stärke des Mediums liegt darin, eine Vielzahl an möglichen Kommunikationsmöglichkeiten zu bieten. Es ermöglicht Individualkommunikation ebenso wie Kommunikation unter mehreren Teilnehmern. Durch das Existieren des Rückkanals erhofft man sich eine demokratisierende Wirkung des Mediums, in dem alle miteinander kommunizieren können unter den Prämissen der Gleichheit, Partizipation und des Pluralismus. Inwieweit das neue Medium Internet einer Selektion von Informationsangeboten entgegenwirken und somit zu einer umfassenderen Versorgung der Bürgerschaft mit relevanter politischer Information führen kann, wird in Kapitel drei und vier erörtert.

3.4 Zusammenfassung

Grundlage für die weitere Untersuchung bilden die positiven Auswirkungen, die Formen direkter Demokratie haben können, z.B. die bessere Identifizierung mit dem Staat, eine unabhängigere Durchsetzung von Bürgerinteressen, mehr Rückkoppelung der Bevölkerung zum Parlament, mehr Bürgernähe, die Möglichkeit, öffentliche Sachdiskussionen jenseits parteipolitischer Verhärtungen führen zu können.

Jedes Angebot, welches diese Punkte in irgendeiner Art und Weise unterstützt, wird von mir als Annäherung an Formen direkter Demokratie betrachtet. Dies reicht von der transparenten Informationsversorgung über mehr Bürgernähe durch einfachere Kontaktaufnahme und die Möglichkeit zur Diskussion bis zu Formen zur Unterstützung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid.

Als Ergänzung der repräsentativen Demokratie können mehr Bürgerbeteiligung durch die Diskussion in einer demokratischen Öffentlichkeit stattfinden, aber auch Meinungsumfragen, Unterschriftensammlungen und Abstimmungen können durch das Internet schnell, kostengünstig und einfach durchgeführt werden. Inwieweit Prinzipien der Demokratie wie Meinungsfreiheit, Gleichheit, Pluralismus, Pressefreiheit und Mehrheitsprinzip durch das Medium Internet besser unterstützt werden können und ob diese Potentiale auch in die Tat umgesetzt werden, ist Inhalt dieser Untersuchung.

Untersucht wird:

1. Inwieweit die Struktur und die Kommunikationsmöglichkeiten des Internet eine demokratisierende Wirkung aufweisen.
2. Welche Schwächen das Internet bezüglich einer demokratischen Nutzung hat.
3. Welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden müßten, um eine demokratische Nutzung des Internet zu ermöglichen.
4. Welchen Kriterien ein Webangebot zur Erstellung einer demokratischen Netzöffentlichkeit entsprechen sollte und
5. welche Kriterien den Meinungs- und Willensbildungsprozeß und den Entscheidungsprozeß aktiv unterstützen können.
6. Ob die Parteien überhaupt mehr Bürgerbeteiligung wollen und welche Möglichkeiten sie im Medium Internet zu deren Realisierung sehen und schließlich umsetzen.

Ein ganz wichtiges Kriterium für Demokratie ist die Gleichheit aller BürgerInnen. Es gilt herauszufinden, inwieweit die Gleichbehandlung aller BürgerInnen durch die dezentrale Struktur des Internet und die vielfältigen Kommunikationmöglichkeiten begünstigt oder untergraben wird. Wird durch die Computer-vermittelte-Kommunikation die Entstehung einer wirksamen Opposition als Alternative zur Regierung unterstützt? Kann im Internet eine demokratische Öffentlichkeit nach Habermas'schen Kriterien entstehen? Ist die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Pluralismus) im Netz besser umsetzbar bzw. schwerer zu kontrollieren, als dies im realen Leben oder durch traditionelle Medien bisher der Fall war? Gerade die Meinungsfreiheit scheint im Internet keine Grenzen zu kennen und durch die kostengünstige Verbreitung von Informationen sowie alle Arten der Kommunikation können sich Organisationen orts- und zeitunabhängig organisieren. Bestehen bessere Verfahren zur Durchsetzung des Mehrheitswillens ohne die Grundrechte anzutasten, dabei den Minderheiten jedoch genügend Schutz zu bieten. Kann der Meinungsbildungsprozeß durch transparente Informationsversorgung und

einen Diskussionsplatz und können Entscheidungsprozesse mit Hilfe des Internet unterstützt werden?

Da sich die Demokratie in der Öffentlichkeit konstituieren soll und diese mittlerweile über Medien vermittelt wird, stellt sich die Frage, ob das Medium Internet im Vergleich zu den traditionellen Medien ganz andere Chancen zur Entstehung einer demokratischen Öffentlichkeit im Sinne Habermas' bietet. Unterliegen die Inhalte des Internet ebenfalls massenmedial-typischer Selektionskriterien, durch die eine Filterung der Inhalte vollzogen wird, oder kann jedes Thema von jedem/r zur Sprache gebracht werden und in einer öffentlichen Diskussion debattiert werden? Kann die Aufteilung in Sender- und Empfängerrollen im Internet verschwinden und ein gleichberechtigter Dialog entstehen? Wird der Agenda-Setting-Effekt durch das Internet durchbrochen und bestimmen nicht mehr die Gate-Keeper-Rollen die Themen und somit die Diskussion?

Somit wird also klar, wie wichtig die Öffentlichkeit und die Massenmedien, welche diese konstituieren, für die Demokratie sind. Die Möglichkeiten des Internet hinsichtlich seiner Fähigkeit, Öffentlichkeit nach Habermas'schen Kriterien herzustellen, Medien in der politischen Kommunikation zu demokratisieren, und natürlich die Merkmale, die allgemein für eine Demokratie unumgänglich sind, zu sichern, sollen im weiteren untersucht werden, da dies die Grundlage für eine direktdemokratische Nutzung bildet.

4 Demokratische Potentiale des Internet

Netzbefürworter wie Howard Rheingold, Bill Gates, Nicolas Negroponte und Esther Dyson sehen im Medium Internet die große Chance für eine neue Ära der Demokratie heraufziehen. Eine Weltgesellschaft, die ohne zentrale Führung, ohne Grenzen für jede/n die Möglichkeit bietet, mit der ganzen Welt⁴ zu kommunizieren und gleichberechtigt, basisdemokratisch über die Belange der „virtuellen Welt“ zu entscheiden. „Für die californischen Computerfreaks der 80er Jahre, die WELL⁵ und andere Netze aufbauten, nahm der Traum einer anarchistischen „Demokratie von unten“ Gestalt an.“ (Buchstein 1996(b), 165)

Auch amerikanische Politiker haben sich die „Cyber-Demokratie“ auf die Fahnen geschrieben und nutzen den wirtschaftlichen Boom der Computerszene für ihre Wahlkämpfe aus. Al Gore z.B. sprach von einem „neuen athenischen Zeitalter der Demokratie“ (zitiert aus Rilling 1997). Auch der US-Milliardär und frühere Präsidentschaftskandidat Ross Perot träumt von „neuen Formen der Volksherrschaft. Wenn jeder Haushalt am Draht hängt, können politische Abstimmungen so häufig stattfinden wie Telefonumfragen zu Fernsehshows“ (zitiert aus: Der Spiegel: Angst vor der Anarchie, 1996, 142). „Virtuelle Demokratie“, „elektronische Republik“, „elektronische town-hall-meetings“ und ähnliche Begriffe werden gerne und oft verwendet.

Inwieweit das Internet die technischen Möglichkeiten bietet, die Volkssouveränität unter Berücksichtigung des Mehrheitsprinzips, des Rechtsstaatprinzips, der Gleichheit aller Bürger, des Minderheitenschutzes, der Meinungs-, Organisations- und Pressefreiheit, die zur Bildung einer Opposition notwendig sind, aktiv zu unterstützen, möchte ich in diesem Kapitel genauer erörtern.

Zuerst gehe ich auf die Entstehung einer neuen, aktiven Öffentlichkeit ein, da Öffentlichkeit von substantieller Bedeutung für die Demokratie ist. „Im Demokratiemodell, sei es im repräsentativen oder im direktdemokratischen, kommt politischer Öffentlichkeit eine substantielle Bedeutung zu. Öffentlichkeit ist eine demokratische „Institution“.“ (Saretzki 1995, 307)

In diesem Teil wird vor allem auf die von Habermas beschriebenen Merkmale der Öffentlichkeit und ihre Realisierung im Internet eingegangen.

Im zweiten Teil dieses Kapitels soll auf die Verbesserung der Meinungs- und Willensbildung und des Entscheidungsprozesses eingegangen werden, die sich auf die neu entstandene Öffentlichkeit beziehen.

„Durch das Internet scheint es erstmals ein basisdemokratisches Forum für die Massengesellschaft zu geben.“ (Werth 1997, 535)

4.1 Entstehung von Öffentlichkeit

Öffentlichkeit in einer Massengesellschaft kann natürlich nicht mehr mit der Öffentlichkeit der antiken Polis oder der Clubs der Aufklärer verglichen werden, die durch unmittelbare Kommunikation bestimmt wurde. Doch schon in der Zeit der Aufklärung wurden Medien, wie Zeitungen und Privatbriefe, für den Dialog untereinander benutzt. Diese Medien trugen ebenfalls zur Erstellung einer Öffentlichkeit bei und führten somit zu unserer heutigen Vorstellung von Öffentlichkeit, die sich hauptsächlich durch Massenmedien konstituiert. Das Problem der

⁴ Wenn man von der mangelnden informationstechnologischen Infrastruktur in Entwicklungsländern absieht.

⁵ (Whole Earth Electronic Link) Name einer US-amerikanischen Kult-Mailbox in San Francisco, gegründet von Ex-Hippies.

Massenmedien ist die einseitige Kommunikation, die keinen Rückkanal anbietet, um einen öffentlichen Dialog zu erlauben. „Anstelle der Diskussion ist die Verkündung getreten. (...) Das einzige, was noch an die Vorstellung einer Debatte erinnert, ist die Verkündung eines anderen Mediums zu dem gleichen Thema. Öffentlich im Sinne von allen zugänglich ist höchstens Information, keine aktive Teilnahme mehr. Die Diskussion, oder was von ihr übriggeblieben ist, führen andere: sogenannte Meinungsführer.“ (Roesler 1997, 179)

Nach Habermas (1995) sind Merkmale für Öffentlichkeit: 1. Gleichheit und damit Ebenbürtigkeit und Parität, 2. Alles kann Gegenstand des Diskurses sein und 3. Die Unabgeschlossenheit des Publikums.

4.1.1 Chancengleichheit im Internet

Im Internet besteht prinzipiell Gleichheit, jede/r, der über einen Computer, ein Modem und die erforderliche Software verfügt, kann gleichberechtigt an der Nutzung des Netzes teilnehmen. Wie bei den Gesellschaften der Aufklärer spielt der Status keine Rolle, im Netz sind alle gleich. „Jede Initiative, Behörde, Partei oder Interessengruppe kann ihre für wichtig gehaltenen Erkenntnisse und Meinungen im Netz plazieren, und der Bürger kann sich einen ungefilterten Zugang zu diesen Informationen verschaffen.“ (Buchstein 1996(a), 588)

Die egalisierende Wirkung der Computer-vermittelten-Kommunikation, die sowohl Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Religionszugehörigkeit verbirgt wie auch Diskriminierung aufgrund von Behinderung oder Randgruppenzugehörigkeit verhindert, bietet die Chance zum gleichberechtigten Dialog aller Menschen. „Die Tatsache, daß der andere nur über den Text existiert, den wir auf unserem Bildschirm von ihm sehen, macht uns wohl geneigter, ihn oder sie als ebenbürtig zu betrachten. Es scheint, als mache der Bildschirm alle gleich.“ (Roesler 1997, 183)

Jede/r kann sich an der Diskussion in Newsgroups/Diskussionsforen oder in „chat-Räumen“ beteiligen. Die Themen werden von den TeilnehmerInnen bestimmt, führen dadurch zu einem noch nie dagewesenen Pluralismus und ermöglichen so die freie Entfaltung der eigenen Meinung. Auch das Anbieten von WWW-Seiten ist theoretisch für jedermann/frau gleichberechtigt möglich, falls die notwendigen Computer/HTML-Kenntnisse vorhanden sind.

Das Internet nivelliert Autorität und bietet somit Menschen aller Altersklassen, nationaler Zugehörigkeit etc. die Möglichkeit, gleichrangig miteinander zu kommunizieren. „Unsere Computer sind unsere großen Gleichmacher.“ (Warren 1994 zitiert aus Stegger 1996, 790)

Die Anonymität spielt dabei eine nicht zu vernachlässigende Rolle, durch sie wird eine Egalisierung der Kommunikationspartner ermöglicht, die Vorurteile aufgrund von Äußerlichkeiten verhindern soll.

Steinacker erwähnt hierzu, daß es gerade die anonymen Vorgänge sind, die die Eckpfeiler unserer Demokratie darstellen. Als Beispiele hierzu erwähnt sie die freien und geheimen Wahlen, wie sie in Artikel 38 des Grundgesetzes vorgeschrieben werden, Volkszählungen oder auch das Bezahlen mit Münzen (vgl. Steinacker 1992, 2).

Auch in einem hochtechnisierten Staat sollten Freiräume für den Einzelnen garantiert werden. Ein Beispiel dafür ist die Schaffung anonymer Kommunikation. „Sie befriedigt ein Bedürfnis, das heute vorhanden ist und in unserem gesellschaftlichen Kontext als legitim gilt“ (Steinacker 1992, 5). Gerade die Form der anonymen Kommunikationsmöglichkeit kann Bürger motivieren, Kritik zu üben, ohne mit eventuellen Unannehmlichkeiten in der Privatsphäre oder im Arbeitsumfeld rechnen zu müssen.

Dies trifft natürlich nur unter der Voraussetzung zu, daß jede/r die gleichen Zugangsmöglichkeiten hat, bzw. über die notwendige Ausstattung und das Know How verfügt. Selbst Gates meint: "Der Information Highway wird erst in dem Augenblick ganz in unsere Gesellschaft integriert sein, wenn er praktisch jedem Bürger zur Verfügung steht, nicht nur den Eliten." (Gates 1995, 368)

4.1.2 Meinungs-/Informationsfreiheit

Zweites Merkmal der Öffentlichkeit nach Habermas ist: daß prinzipiell alles Gegenstand des Diskurses sein kann. Aus diesem Merkmal ergibt sich der zu den Grundprinzipien einer Demokratie gehörende Pluralismus. Freie Meinungsäußerung bzw. der freie Informations- und Datenfluß müssen in einer demokratischen Gesellschaft gewährleistet sein.

Die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen darf nicht erstickt werden, jede gesellschaftliche Gruppe darf sich frei äußern und organisieren. Hier bietet das Internet umfassende Möglichkeiten. Zum einen können BürgerInnen Themen, die ihnen wichtig sind, selbst zur Sprache bringen und somit den „Agenda-Setting-Effekt“ überwinden, und zum anderen können sich Gruppen und Initiativen einfacher und kostengünstiger organisieren. Für die politische Kommunikation bedeutet die potentielle Entwertung der klassischen Medien (Zeitungen, Fernsehen), daß die top-down durch eine bottom-up Kommunikation ergänzt wird.

Die dezentrale Organisation des Netzes führt zu einer Aufhebung der klassischen Sprecher- und Publikumsrollen, und somit zu einer Enthierarchisierung politischer Kommunikation. Es kommt zu einer „Entwertung der bei klassischen politischen Medien relevanten Filter und „Gatekeeper“-rollen, so daß die Themendefinition („Agenda-Setting“) demokratisiert und die klassische „Abwärtskommunikation“ („one-to-many“) durch Aufwärtskommunikation und horizontale Kommunikation („many-to-many“) ergänzt wird“ (Rilling 1997).

Die Informationen werden nicht durch kontrollierte Organe über Massenmedien verteilt, sondern sie können von jedem angeboten werden. Eine der wichtigsten daraus erwachsenden Konsequenzen ist die fehlende Kontrollierbarkeit. Gerade diese bietet unterdrückten, verfolgten Menschen die Möglichkeit, auf staatliche Mißstände aufmerksam zu machen und Unzulänglichkeiten in der Berichterstattung zu überwinden.⁶

„Politische Diskussionen in weltweiten Netzen setzen autoritäre Regime unter Druck, Menschenrechtsveränderungen werden weltweit bekannt und dokumentiert.“ (Bühl 1997, 303) In „informationstechnisch hoch integrierten Gesellschaften (wird) die Wiederkehr totalitärer Herrschaftssysteme immer unwahrscheinlicher. Emphatisch gesagt: Kommunikationsnetzverdichtung wirkt freiheitsbegünstigend.“ (Lübbe/Neumann 1996)

Das Internet dient als Plattform für eine uneingeschränkte Weltöffentlichkeit, und zudem bietet es gerade weniger populären kleineren Organisationen die Chance, auf sich aufmerksam zu machen. In diesem Sinne können die Netze „von den Bürgern und Gruppen als effiziente und mächtige Instrumente zur Artikulation von Meinungen, Bündelung von Interessen, Organisation von Aktionen etc. genutzt werden.“ (Stegger 1996, 793)

Bezogen auf den politischen Begriff der Öffentlichkeit, wie Brecht (1992) sie versteht, läßt sich nun eine lebendige Öffentlichkeit herstellen, das heißt eine Öffentlichkeit, die nicht nur konsumiert oder empfängt, sondern die aktiv, direkt, unmittelbar und verändernd auf das einwirken

⁶ Über den Putsch in Rußland oder das Massaker in China wurden übers Internet diejenigen Informationen schnellstens übermittelt, die einer Zensur an den Staatsgrenzen zum Opfer gefallen wären.

kann, was ihr angeboten wird. Dadurch kann die Öffentlichkeit wieder stärker partizipieren und wird somit wesentlich stärker ins Geschehen hineingezogen.

„So kann prinzipiell alles Gegenstand des Raisonnements werden, nichts bleibt als Thema ausgeschlossen, etwa weil es sich nicht schickt, darüber zu reden.“ (Habermas 1995, 98)

4.1.3 Raum- und Zeitunabhängigkeit

„Der Information Highway wird alle nationalen Grenzen überwinden und zu einer Weltkultur oder zumindest einem regen Austausch von kulturellen Aktivitäten und Werten führen.“ (Gates 1995, 379)

Die Unabgeschlossenheit des Publikums, d.h. daß der Diskurs nicht nur in geschlossenen Zirkeln oder über Zeitungen stattfindet, muß gewährleistet sein. Öffentlichkeit soll sich nicht nur an ausgewählte Zielgruppen richten, sondern alle müssen dazu gehören können. (vgl. Habermas 1995, 98)

Die Unabgeschlossenheit des Publikums ist im Internet nicht nur gewährleistet, sondern gehört sogar zu dessen Prinzip, denn das Internet ist ein Netzwerk aus Computernetzen und somit willkürlich erweiterbar. Die Nutzung erstreckt sich mittlerweile auf die ganze Welt, und die Anzahl der Internet-Server unterliegt einem steten Wachstum. Da Kommunikation weltweit möglich ist, kann von der Auflösung des Raumes als Bedingung für Kommunikation gesprochen werden. Teilnehmer aus der ganzen Welt können miteinander kommunizieren. Man benötigt keinen physischen Raum mehr, um eine Agora umzusetzen, ein virtueller Marktplatz ist entstanden.

Eng verbunden mit der Interaktivität des Internet ist seine dezentrale Technologie. So können nicht nur die Position von Sender und Empfänger grundsätzlich ausgetauscht werden, es kann auch an eine beliebige Anzahl von Teilnehmern gesendet werden.

Dabei können die NutzerInnen unabhängig von vorgegebenen Sendezeiten agieren und sich unmittelbar auf das Interessierende beziehen, womit ein direkter Diskurszusammenhang bestehen bleibt.

Da der Bürger hier seine wirklichen Interessen und Bedürfnisse geltend machen kann, kann dem Medium ein gewisser emanzipatorischer Charakter zugesprochen werden, der wohl Brechts Ansicht der proletarischen Öffentlichkeit zugute kommt.

Einige Autoren sehen in den neuen technischen Möglichkeiten sogar Chancen für die Länder des Südens. „Denkbar wäre, daß mit den neuen technischen Möglichkeiten die Länder des Südens Entwicklungsstadien überspringen und sich verstärkt auf die Nutzung und Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien einstellen, statt nach dem Muster einer nachholenden Entwicklung weiterhin in umweltverschmutzender Schwerindustrie oder anderen verarbeitenden Industriezweigen zu investieren.“ (Baum 1998)

Auf alle Fälle eröffnen die modernen Kommunikationstechnologien neue, schnelle und kostengünstige Möglichkeiten des Wissenstransfers insbesondere im akademischen Bereich und könnten somit dazu beitragen, das akademische Informationsgefälle zwischen Norden und Süden zu verringern.

Bill Gates sieht in der nicht vorhandenen Infrastruktur der Telefonsysteme sogar einen Vorteil für die Entwicklungsländer, denn dort könne man ohne den Umweg von Telefonleitungen, erst überirdisch dann unterirdisch, sofort das Mobilfunknetz nutzen. (zitiert aus Baum 1998)

Einig sind sich alle Autoren, daß Nichtregierungsorganisationen (NGO) mittels der modernen Kommunikationstechnologien ihre Kampagnen weltweit koordinieren und ihre Lobby/Arbeit beträchtlich effektivieren können.

„Das Netz wird uns enger zusammenrücken lassen, falls wir das möchten, oder uns in eine Million medienvermittelte Gemeinschaften zersplittern.“ (Gates 1995, 395)

4.1.4 Leichter, kostengünstiger, universeller Zugang

Individuen und Gruppen können zu geringeren Kosten effektiv kommunizieren, Informationen austauschen, Absprachen treffen. Dieses Potential ist von vielen kleinen Gruppen, die sonst nur begrenzte Kommunikationsmöglichkeiten hatten, erkannt worden und stellt eine weitreichende Neuerung besonders für kleine Organisationen dar.⁷

„Selbst wenn sich das Modell politischer Entscheidungsfindung nicht ausdrücklich verändert, wird der Information Highway Gruppen, die sich für bestimmte Anliegen oder Kandidaten einsetzen, mit mehr Einfluß ausstatten. Möglicherweise bildet sich dadurch eine größere Zahl von Bürgerinitiativen und politischen Parteien. (...) Der Information Highway erleichtert Nachrichtenübertragungen jeder Art. Schwarze Bretter und andere Online-Foren gestatten sehr direkte Kontaktaufnahmen unterschiedlicher Form: (...) Menschen, die gleiche Interessen haben, können sich online finden und organisieren, ohne daß es die geringste Mühe kostet.“ (Gates 1995, 391)

So gehören z.B. Mailing-Listen, eine Art elektronischer Verteiler, zu einer extrem schnellen und kostengünstigen Form der Informationsübermittlung, die eine ausgezeichnete Alternative zu den gängigen Medien wie Rundbriefen, Telefonaktionen etc. darstellen. Die Kosten einer einzelnen Nachrichtenübermittlung liegen im Pfennig-Bereich. Hinzu kommt, daß die Verteilung automatisch von den Rechnern übernommen wird, wodurch die ganze manuelle Arbeit des Kuvertierens und Versendens entfällt. (vgl. Stegger 1996, 790)

Wie zahlreiche Projekte belegen, eignet sich das neue Medium insbesondere für die Einrichtung lokaler, regionaler oder nationaler Diskussions-Zirkel zu beliebigen Themen. Ohne den Einfluß einer selektierenden Zwischeninstanz kann hier eine direkte Kontaktaufnahme zwischen Bürgern oder zwischen Bürgern und Politikern stattfinden. Politische Diskussions-Foren scheinen geeignet, eine neue Ebene zu schaffen, die konstruktiv zur Positionsfindung oder Problemlösung genutzt werden kann. So sieht auch Moser: „...das Internet als Mittel gegen politische Apathie und Politikverdrossenheit“ (Moser 1997)

4.2 Den Meinungs-/Willensbildungs- und Entscheidungsprozess fördern

Nicht nur die Gleichheit in der Kommunikation, sondern auch gleiche Chancen beim Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen tragen zur Demokratisierung bei, indem jede/r genügend Informationen, die zum Meinungsbildungsprozess erforderlich sind, abrufen kann (insofern diese öffentlich übers Netz zur Verfügung gestellt werden). So Gates: „Auf dem Highway wird Gleichberechtigung herrschen: Wer die Datenautobahn benutzt, hat den gleichen Zugang zu den wichtigsten Online-Ressourcen wie alle anderen.“ (Gates 1995, 370)

Die Meinungs- und Willensbildung nimmt eine zentrale Rolle im demokratischen, politischen Entscheidungsprozeß ein. So zielt auch das Ideal der staatsbürgerlichen Erziehung auf den „mündigen Bürger“, der über die Versorgung mit öffentlicher Information befähigt werden soll,

⁷ Beispiele hierzu sind amnesty international (ai) und die Association for Progressive Communication (APC)

an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen und seine Interessen einzubringen. Dazu bedarf es des nötigen Diskussionsplatzes, mit den entsprechenden Beteiligten, eine Grundversorgung mit notwendiger Information und genügend Zeit, um durch Diskussion und Deliberation zu einer Entscheidung zu gelangen.

Es scheint, als könne die Brechtsche Theorie vom Kommunikationsapparat durch die neue Informationstechnologie Wirklichkeit werden. Mit Hilfe der vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten des Internet läßt sich genau der Teil der Öffentlichkeit wieder herstellen, der in den anderen Massenmedien bislang ausgeschlossen war, nämlich die eigene Mitwirkung.

Zeit- und Ortsunabhängigkeit ermöglichen den Informationsabruf bzw. die Teilnahme an einer Diskussion, ohne an Sendezeiten oder bestimmte Orte gebunden zu sein. Meistens besteht die Möglichkeit, über Gästebücher, e-mail oder Diskussionsforen direkt einen Kommentar abzugeben. Gerade in Diskussionsforen kann man sich direkt am Diskussionsverlauf beteiligen, ohne sich zu einer bestimmten Zeit einloggen zu müssen. Durch die Bereitstellung einer eigenen Homepage besteht für jede/n die gleiche Chance, als Informationsanbieter aufzutreten.

Mit der Interaktivität, die das neue Medium innehat, könnten mehr Formen direkter Demokratie durch „elektronisches Wählen“ oder zumindest durch Meinungsumfragen, die mit Hilfe des Internet kostengünstig, schnell und einfach durchzuführen wären, realisiert werden und somit ein Wandel vom reinen Meinungsbildungsinstrument zum definitiven Entscheidungsinstrument vollzogen werden. Online-Medien können bei jeder Form plebiszitärer Partizipation Verwendung finden (vgl. Zipfel 1998, 47).

Die Interaktivität des Internet mit seiner polydirektionalen Kommunikation kann unzweifelhaft als seine innovativste Errungenschaft angesehen werden.

4.2.1 Bessere Informationsmöglichkeiten

Komplexe Gesellschaften benötigen für ihre Existenz einen permanenten Zugang zu Informationen über alle Ereignisse, die für ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von Bedeutung sind (vgl. Bergsdorf 1980, 79). Diese Informationen werden dem Bürger zumeist über die Massenmedien zur Verfügung gestellt. Aus Gründen mangelnder Interaktivität sind die traditionellen Massenmedien jedoch nicht in der Lage, das spezielle Informationsbedürfnis des Individuums zufrieden zu stellen, sondern wenden sich zumeist an eine spezielle Zielgruppe. Dem politisch interessierten Bürger bleibt es dann überlassen, das für ihn passende Informationsangebot selbst zusammenzustellen. Dies geschieht zumeist in Bezugnahme verschiedener Medien, wie etwa Zeitungen, Fernsehen, Bücher.

Nach Gates wird uns die Informationstechnologie nicht nur „mehr Freizeit bringen“ sondern auch „den Horizont unserer kulturellen Aktivitäten erweitern, weil sie für eine bessere Informationsverteilung sorgen wird.“ (Gates 1995, 360)

Gerade die Offenlegung staatlicher Prozesse, wie in den USA durch das Recht auf Akteneinsicht im „Freedom of Information Act“ von 1966 festgelegt, bringen mehr Transparenz, und administrative Entscheidungsabläufe werden für den/die „einfache/n BürgerIn“ erst nachvollziehbar. Dies könnte zu mehr Bürgerbeteiligung führen. Die Veröffentlichung von Regierungsdokumenten⁸ wird durch die Möglichkeit der elektronischen Publikation erheblich vereinfacht und sollte zur Selbstverständlichkeit werden, da mit dem Internet „eine preiswerte, schnellere

⁸ In den USA wurde eine Datenbank namens „Thomas“ der Library of Congress, in der Gesetzestexte und Beratungsprotokolle des Kongresses in Washington D.C. übers Netz allgemein zugänglich gemacht werden, eingerichtet.

und durch die elektronischen Werkzeuge auch qualitativ verbesserte Versorgung mit Informationen“ (Stegger 1996, 793) möglich ist.

„Genau diese Erhöhung der Transparenz stimuliert aber die Mitwirkung interessierter Bürger am Entscheidungsprozeß selbst“ (Leggewie 1998, 29) und diese Mitwirkung könnte sich durch elektronische Abstimmungen oder Plebiszite äußern.

„Statt nur Fotos und abgewogene Stellungnahmen können die Wähler durch umfassende Informationen über Abgeordnete einen sehr viel direkteren Eindruck von ihnen gewinnen - von dem, was sie tun, und der Art, wie sie abstimmen.“ (Gates 1995, 393)

Zusammenfassend bedeutet die leichte Zugänglichkeit zu lokal verfügbarer politischer Information die Verbesserung der politischen Bildungschancen für den „mündigen Bürger“.

4.2.2 Diskussionsmöglichkeiten

Formen direkter Teilnahme, d.h. die Möglichkeit einer öffentlichen Diskussion, die alle Beteiligten chancengleich und gleichberechtigt miteinbezieht, tragen zur Demokratisierung bei.

Dazu gehört auch, daß die Themen der Debatte von den Bürgern selbst festzulegen sind und eine prinzipielle Unbegrenztheit der Diskussion gewährleistet sein muß.

An dieser Stelle wird gern die Idee des brechtschen Kommunikationsapparates rezipiert. Brecht schlug in einem Artikel aus den dreißiger Jahren, als der Rundfunk in Deutschland aufkam, vor, Radiokanäle mit einem Rückkoppelungskanal zu verbinden, um so die Kommunikation umgekehrt, nämlich zwischen Zuhörer und Sender, und somit den Dialog zu ermöglichen. (vgl. Brecht 1992)⁹

Im Internet sind sämtliche Formen der Kommunikation vereint. Es ist nicht nur eine einseitige, vertikale one- oder few-to-many-Kommunikation erlaubt, sondern eine bidirektionale Interaktion sowohl als Individual- wie auch als Massenkommunikation. Im Internet ist die Kommunikation ohne räumlich definierten Ort, ohne Zeit und gewissermaßen auch ohne Autor möglich. Asynchrone ebenso wie synchrone Formen bestehen im Internet nebeneinander und bieten für alle eine adäquate Kommunikationsmöglichkeit. Damit verschwimmen die Hierarchien zwischen Sender und Empfänger, indem jeder Teilnehmer Sender und Empfänger von Information zugleich sein kann.

In der zunehmenden Informationsflut ohne Partizipationsmöglichkeiten der traditionellen Medien (Fernsehen) sehen Kritiker der Moderne eine „Entmündigung“ des Bürgers, der seine Nachrichten von Nachrichtenmachern aufbereitet bekommt, ohne jedoch den entsprechenden Diskussionsraum zur Verfügung gestellt zu bekommen.

So beklagt auch Poster das Fehlen öffentlicher Orte als organisatorische Zentren für politische Diskussionen und Initiativen, die zwar noch bestehen, jedoch nicht mehr als Rahmenbedingungen für interaktives Geschehen fungieren. „Offenbar wirken die Medien isolierend auf die Menschen, indem sie die herkömmlichen Orte politischen Geschehens verdrängen“ (Poster 1997, 164), lautet seine Ansicht. Direkte Demokratie ist jedoch als Demokratie des Diskurses gedacht. Entscheidungen werden getroffen, indem man miteinander spricht, indem man die

⁹ „Der Rundfunk ist aus einem Distributionskanal in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, d.h. er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen also den Zuschauer nicht nur zu hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern in Beziehungen zu setzen.“

Vgl. Brecht, B.: „Der Rundfunk als Kommunikationsapparat“, in Werke Band 21, Frankfurt, 1992, S.553

Ideen des anderen anhört und seine eigenen erläutert, dafür bedarf es eines Raumes - einer Plattform.

„Am Ende wird der Highway eine entscheidende Plattform des politischen Diskurses sein.“
(Gates 1995, 392)

Einigkeit herrscht allgemein darüber, daß die Zeit, in der Öffentlichkeit von der persönlichen Begegnung geprägt war, eindeutig vorbei ist. Größeres Interesse besteht vielmehr in der Frage, wie in einer Zeit, in der der politische Diskurs über elektronische Medien getragen wird, diese Medien die neuen Formen des dezentralen Dialogs ermöglichen.

4.2.3 Abstimmmöglichkeiten

Die geringen Kosten einer Internetwahl könnten einen weiteren Schritt in Richtung direkter partizipativer Demokratie bedeuten, da bedingt durch die Einfachheit der Informationsbeschaffung und dem gesunkenen Aufwand bei der eigentlichen Abstimmung der Wahlvorgang erleichtert wird. Dadurch ließe sich die Anzahl der Abstimmungen und damit die enge Beteiligung der Bürger am politischen Prozeß erhöhen und könnte somit „als Orientierungsrahmen für die Politik dienen“ (Bühl 1997, 303). So konstatiert auch Gates „Nur wenige Vorzüge der Online-Interaktivität sind von solch potentieller Bedeutung - oder werden so oft übersehen - wie die Verbesserung der Demokratie mit Hilfe des Internet. Mit interaktiven Netzwerken verbundene Personalcomputer werden Bürgern die Möglichkeit gegeben, mit nahezu einzigartiger Leichtigkeit und Unmittelbarkeit an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Die Art des politischen Dialogs wird sich in seinem Wesen verändern, wenn der Zugang zu öffentlichen Institutionen und die Verständigung mit Regierungsbüros ebenso wie untereinander für jedermann alltäglich geworden ist.“ (Gates 1996, 4)

Ein Schlager des Computermilliardärs Ross Perot im letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf war die direkte „elektronische Demokratie“: Mündige Bürger stimmen kurzfristig in den Computernetzen über ihre Angelegenheiten ab. Alles schnell und kostengünstig, damit eigentlich fast täglich wiederholbar. (Stegger 1996, 793)

„Zum ersten Mal werden Politiker in der Lage sein, repräsentative Meinungsumfragen unmittelbar mizuerleben. Wähler werden ihre Stimme zu Hause oder mit dem Wallet-PC abgeben können, wodurch sich die Gefahr von Auszählfehlern oder Wahlfälschungen verringern wird.“
(Gates 1995, 391)

Wie in den oben angegebenen Ausführungen festzustellen ist, besitzt das Internet additive, komplementäre und innovative Kommunikationsaspekte. Zwar wird sich noch herausstellen, ob eine traditionelle Kommunikationsform substituiert wird, doch zeigt z.B. die Erfahrung, daß auch mit dem Aufkommen des Massenfernsehens das Radio nicht verdrängt wurde.

5 Kritische Stimmen

Für die Netzapologeten wie Negroponte (1995), Gates (1995) und Dyson (1997) genügen die technischen Voraussetzungen und der allgemeine öffentliche Zugang der Bevölkerung zum Netz, um eine bessere Demokratie zu gewährleisten. „Die Idee der elektronischen Demokratie basiert auf der Überzeugung, daß Computernetzen aufgrund ihrer spezifischen Kommunikationsstrukturen ein partizipationsfreundliches Potential innewohnt.“ (Wetzstein et al. 1995, 69)

Es gibt aber auch einige Stimmen, die dem demokratisierenden Potential des Netzes eher skeptisch gegenüber stehen. „Wenn das Internet eine Stärkung der Demokratie (...) sowie eine Verbesserung der bestehenden Strukturen der Massenmedien zur Emanzipierung der öffentlichen Meinung hervorbringen soll, dann müssen egalitäre Strukturen und Prozesse zur Verbreitung von Information und zur Meinungsbildung als die existierenden in real life dominieren.“ (Neymanns 1996)

Im Folgenden möchte ich anhand einer knappen Zustandsbeschreibung der NutzerInnen-/AnbieterInnenstruktur des Netzes und deren Kommunikationsverhalten auf einige Aspekte aufmerksam machen, die einer gleichberechtigten, demokratischen, politischen Nutzung des Internet entgegenstehen.

5.1 *Wie sieht es mit der Gleichheit im Netz aus?*

Solange keine gleichen Zugangsmöglichkeiten für alle bestehen, d.h. Menschen von der Nutzung der verschiedenen Informations- und Kommunikationsmedien ausgeschlossen sind und somit nicht am politischen Prozeß teilhaben können, kann keine sinnvolle Nutzung in demokratischem Sinne stattfinden.

Laut Rainer Rilling (1996) geht es um Ungleichheit bezüglich folgender Punkte:

- in der Verfügung über die der Netzkommunikation vorausgesetzten Basisressourcen (Energie, Telefon usw.), die nur bei ca. einem Fünftel der Weltbevölkerung vorliegt;
- in der geographischen Verteilung der Standorte der Netzwerkcomputer weltweit und innergesellschaftlich, die Kontinente und geopolitische Großräume ausblendet und statt dessen im lokalen wie globalen Maßstab bereits vorhandene Knoten und Routen hoher Kommunikationsdichte unterstützt;
- im Eigentum an Übertragungsnetzen, Servern, Betriebssystemen, Routern usw., das, analog zur historischen Entwicklung der politischen Ökonomie der Printmedien, des Radios und des Fernsehens, den Weg vom öffentlichen und privatem Klein-eigentum zum monopolförmigen Großeigentum geht;
- in der politischen Herrschaft über die institutionellen Arrangements der Netze, die, wie das Beispiel der Corporation- und Communitynetze zeigt, demokratisch kaum legitimiert sind;
- in der Geschlechter-, Sozial- und Qualifikationsstruktur der NetznutzerInnen und individuellen Provider;
- in den administrativen oder finanziellen Zugangskosten zu Netzen;

- in den Zugängen zu Bandbreiten bzw. Übertragungsgeschwindigkeiten und damit in den Möglichkeiten, an neuen hochschwelligem Netzkreisläufen teilhaben zu können;
- in der Produktion und Nutzung interaktiver Dienste und insgesamt in der Ressourcenungleichheit zwischen den vormals auf dem Netz stark präsenten privaten und akademischen Anbietern und den heute das Netz beherrschenden ökonomischen Providern;
- in der technischen, kulturellen, sozialen und kommunikativen Kompetenz und der Beherrschung der englischen Sprache
- in der Zeichenausstattung, d.h. Namensgebung und ihrer Beziehung zu Realnamen, und hinsichtlich des Eigentums (Copyright) am Content: Bilder, Texte, Zeichen sind bekanntlich nicht frei, sondern in Eigentumsverhältnissen verwickelt, die sich auch auf dem Netz reproduzieren.

5.2 Mediennutzung

Die Gründe der Nutzung des Internet sind so vielschichtig wie seine NutzerInnen, berufliche wie private Nutzungsziele lassen sich schwer voneinander trennen. So haben bei der W3B-Umfrage 50 % geschäftliche/berufliche, 61,4 % private und 27,8 % wissenschaftliche/universitäre Nutzung angegeben, wobei Frauen und Männer sehr unterschiedliche Nutzungsinteressen haben. Der Trend weg von der ausschließlich universitären Nutzung ist deutlich erkennbar. Bei den Verwendungszwecken ist nur eine knappe Führung mit 76,3 % beim Informations-/Nachrichtenabruf zu verzeichnen, Software herunterladen, Unterhaltung, berufliche/wissenschaftliche Recherche und Produktinformationen abrufen konkurrieren alle mit ca 60 %. Nur 10 % geben an, das Netz für Spiele zu nutzen, und 50 % zum Kommunizieren.

Die Ranglisten von Suchmaschinen erlauben Rückschlüsse auf die Präferenzen der Internet-NutzerInnen, die nicht durch Befragungseffekte verfälscht sind. Auffällig ist die Dominanz von Themen wie Pornographie und Computer/Netze. Diese Statistiken bestätigen die Behauptung von Rilling (1997), wonach eine Site wie „Wissenschaft plus Politik“ statt ihrer 30 bis 150 Zugriffe pro Tag ebenso viele Zugriffe pro Sekunde verzeichnen könnte, wenn sie PolitikplusSex-XXX.com hieße. (vgl. Hagen/Mayer 1998, 110, Rilling 1997)

Als Probleme geben die NutzerInnen an: hohe Telefongebühren (70,1 %), langsam (55,9 %), schlechte Auffindbarkeit von Angeboten und oberflächliche/kommerzielle Information. (W3B-Umfrage, Oktober/November 1997)

Betrachtet man allein den Anteil der Sites mit politischen Informationen, die im Netz zu finden sind, im Vergleich zu anderen Themengebieten, stellt man fest, daß es sich um ein äußerst randständiges Thema handelt.

„Der Anteil politischer Sites in der Bundesrepublik dürfte bei gut einem halben Prozent liegen“ (Rilling 1997). Die Explosion der kommerziellen Angebote und der „privatistischen Homepage-Tsunami - mit Kopfbild, Hotlist und Verweis auf die letzten Urlaubsvergnügungen nach dem Motto „Alle schreiben - keiner liest. Online allein.“ -, diese Kombination von Kommerz und Kopfbildern“ (Rilling 1996) weist den politischen Netzprojekten einen vollständig marginalen Rang zu.

Auf der Fachkonferenz „Innovation durch Telekommunikation“ über „Internet und Politik“, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn veranstaltete, erteilte Bimber (Santa Barbara)

allen Hoffnungen, das Internet führe - den Zugang vorausgesetzt - zu einer höheren politischen Partizipation, einem größeren Engagement und damit zu einem steigenden Einfluß der UserInnen auf Entscheidungen, eine klare Absage. Den UserInnen werde damit eine politische Motivation unterstellt, die aber keinesfalls bestehe. Denn anders als Institutionen hätten „die meisten Bürger an den meisten Themen meistens kein Interesse“. Und weil die Anonymität der digitalen Kommunikation persönliches Vertrauen kaum entstehen lasse, entstünden auch keine virtual communities, die mit echten Gemeinschaften des unmittelbaren Umgangs zu vergleichen seien.“ (Werber 1998)

So schreiben auch Hagen/Mayer: „Die Vermutung, Internet und kommerzielle Online-Dienste könnten dazu führen, daß Bürger in größerem Umfang direkt auf Informationsangebote etwa von Behörden oder Parteien zugreifen, läßt sich bislang noch nicht bestätigen. Politische Informationen, die über Online-Netze bezogen werden, stammen ganz überwiegend aus den traditionellen Quellen: den Massenmedien.“ (Hagen/Mayer 1998, 117)

5.3 Veränderte Kommunikation?

Multimedia und weltumspannende Telekommunikationsnetze verändern und erweitern die Formen menschlicher Kommunikation. Das Interaktivitätspotential der Online-Medien wirft die Frage auf, ob durch sie eine Verbesserung der politischen Partizipation möglich ist und damit die Frage, ob dies für die Demokratie von Vorteil sein wird. (vgl. Zipfel 1998, 47)

Fraglich ist, ob das Internet den politischen Kommunikationsprozeß additiv-komplementär vermehrt, ob es innovativ neue Chancen eröffnet oder ob es bestehende Möglichkeiten substitutiv verdrängt (Leggewie 1996).

Bei der interaktiven multimedialen Kommunikation handelt es sich um eine unpersönliche, zweiseitige, mittels Wort-, Schrift-, Bild- oder Tonzeichen an ein disperses Publikum gerichtete Kommunikation. Dies bedeutet, daß der bisher im Prozeß der traditionellen Massenkommunikation passive Konsument aktiv werden muß, um eine zweiseitige Kommunikation entstehen zu lassen (Jarzina 1995, 41).

Interaktive Medien wie das Internet setzen die grundsätzliche Dialogbereitschaft beim Anwender voraus. Die anfänglich stark kommunikative Netzgemeinde ist einem stetigen Wandel unterworfen. „Alteingesessene, computererfahrene und diskussionsfreudige „Netizens“ verlieren stark an Bedeutung zugunsten von „Newbies“, die sich in vielfacher Hinsicht unterscheiden. Es ist eine offene Frage, ob die neuen Nutzer der Netze in gleichem Maße interaktiv tätig werden oder ob nicht eher konsumptive und rezeptive Formen die Überhand nehmen.“ (Stegger 1996, 794)

5.3.1 Reduktion der Kanäle

Im Gegensatz zu bisherigen Formen der Kommunikation über Briefe und Telefon, besonders aber im Vergleich zur face-to-face Kommunikation geht die Internetkommunikation mit dem Verlust der nonverbalen Kommunikationsmöglichkeiten wie Gestik, Mimik, sprachbegleitende Signale einher, was eine Reduzierung der Kommunikationskanäle darstellt, die zu einem Verlust an Identität führen kann. In der face-to-face Kommunikation haben die analogen Informationen den größten zusätzlichen Informationsgehalt, schon beim Telefon oder noch extremer beim Brief reduziert sich die Anzahl der Kanäle stark.

Im Internet existieren zunächst keine analogen Kanäle wie Gestik, Mimik oder Handschrift, nicht einmal Alter oder Geschlecht muß bekannt gemacht werden. Die Reduktion der Kanäle führt zu einem Verlust von Identität: Die an der Kommunikation Teilnehmenden lassen sich

nur an dem messen, was gesagt wird. Dies führt einerseits dazu, daß keine Vorurteile existieren können, die sich auf Äußerlichkeiten oder Dialekte beziehen, so daß aufgrund des Fehlens der weiteren Informationen neben den rein verbalen bzw. schriftsprachlichen eine egalisierende Tendenz vermutet werden kann, die eine strukturell gleichwertige Diskussion hervorbringen könnte. (Neymanns 1996)

Andererseits führt diese „völlige Anonymisierung und Egalisierung der Kommunikationspartner“ (Wetzstein et al. 1995, 75) zu einer Herausbildung von Identitäten, die unliebsame tatsächliche Eigenschaften verschweigen. Eine Charakteränderung von schüchtern zu draufgängerisch oder ein Geschlechterwandel ist möglich. Es besteht auch die Chance, multiple Identitäten anzunehmen, je nach Bedarf. Laut Turkle (1995) führt dies eher dazu, daß Probleme nicht gelöst werden, sondern mit einer neuen Identität besetzt. (Turkle 1995, 241ff)

Eine soziale Kontrolle, die zur Führung eines rationalen Diskurses oder zur Anerkennung der anderen anhalten, gibt es im Internet ebensowenig wie einen Zwang zur Rechtfertigung, wie er vor allem in der face-to-face Kommunikation existiert. „Aus mißliebigen Situationen kann man sich leicht ausloggen und somit der Verantwortung entziehen. (...) Das kann dazu führen, daß Störer die Kommunikation behindern, daß extreme Meinungen zur Provokation eingebracht werden oder daß man ganz einfach bemängelte Ansichten von anderen nicht beachtet und aneinander vorbei redet.“ (Neymanns 1996)

Die möglichen multiplen Identitäten sind nicht gebunden, sie lassen sich beliebig verändern. Während eine Charakteränderung bzw. ein Untertauchen im realen Leben mit größeren Anstrengungen verbunden ist, kann im Internet der Charakter mit dem Ausloggen aus dem Netz und somit alle Verantwortung für das unter dem abgelegten Charakter gesagte erlöschen. (Neymanns 1996) Anonymisierung und Virtualisierung der Charaktere kann somit zu einer verstärkten Ignoranz oder Ablehnung von Konsequenzen für die Handlungen im Internet führen.

Für politische Diskussionen ist jedoch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung des Bürgers wichtige Voraussetzung für eine qualitative Auseinandersetzung.

Zur Kompensation der reduzierten Kanäle haben sich im Internet Ersatzausdrucksweisen wie Smilys und Akronyme herausgebildet, die Gemütszustände oder Konnotationen ausdrücken sollen. Ein sehr wichtiges Requisit für die Insider-Erkennung ist die eigene Signatur, die an jede e-mail angehängt wird und durch Sprüche und/oder Graphiken eine besondere Darstellung der eigenen Identität erlaubt. Diese sind mittlerweile zu einer Art neuer Kunstform herangereift. (Helmers 1994, 13f) Die Nutzung von Smilys, Akronymen und Signaturen deutet auf große Netzerfahrung hin, durch die eine Trennung von Insidern und „Newbies“ möglich ist. Eine neue Ebene der Ungleichheit ist entstanden, die die Netzelite vom Rest abhebt, oder etwas salopper formuliert die Spreu vom Weizen trennt.

5.3.2 Rollendifferenzierung

Wie in den herkömmlichen Massenmedien auch haben sich im Internet Sprecher- und Publikumsrollen entwickelt, die sich auf den unterschiedlichen Ebenen der Netzkommunikation zeigen. Zum Teil sind diese Rollen formal definiert und zum Teil haben sie sich aus strukturellen Hierarchien ergeben. Meinungsführerschaft und Professionalität sind die Gründe, die zu Rollendifferenzierungen führten.

Formale netzinterne Rollenzuweisung beginnt schon bei der Rolle des Netzadministrators (auch SysOp genannt). „Eine mit Verwaltungsaufgaben betreute Person beschränkt also - demokratisch nicht legitimiert - die Diskussionsmöglichkeiten der Nutzer. (...) Die Folgen sind

offensichtlich: Die Begrenzung der zugänglichen Newsgroups führt zu einer Einschränkung der Themenvielfalt, der vor allem politisch und moralisch kontroverse Foren zum Opfer fallen.“¹⁰ (Neymanns 1996)

Andere formale Rollen im Netz kommen den Moderatoren von Newsgroups oder Foren zu. Die meisten Newsgroups sind zwar unmoderiert, aber viele der komfortableren WWW-Foren werden moderiert, und bei synchroner Kommunikation (chat) kann eine Stringenz selbst in kleineren Gruppen ohne Moderation kaum gewahrt werden. Inwieweit die Moderatoren sich an eine reine Organisationsfunktion halten, kann aufgrund der Vielzahl von Gruppen nicht beurteilt werden, eine Möglichkeit des Mißbrauchs ist jedoch gegeben (vgl. Wetzstein et al. 1995, 204).

Im Gegensatz zu formalen Hierarchien, die sich aus verwaltungstechnischen oder organisatorischen Gesichtspunkten heraus entwickelt haben, entwickelten sich strukturelle Hierarchien aus der Ausweitung der Nutzung, durch einen weitgefächerten NutzerInnenkreis und der zunehmenden Komplexität der angebotenen Dienstleistungen.

Die Komplexität des Mediums kann durch ambitionierte Privatanwender kaum mehr bewältigt werden, die Erstellung von eigenen Informationsinhalten wird weitestgehend von „Profis“ übernommen. Den Kampf um die Aufmerksamkeit der NutzerInnen gewinnen die Anbieter, die mit immer neuesten Attraktionen aufwarten und nicht die privaten Homepages mit gleichbleibendem Inhalt ohne graphische Besonderheiten.

Eine weitere Differenzierung in Sprecher- und Publikumsrolle manifestiert sich im Phänomen der Meinungsführerschaft (Wetzstein et al. 1995, 208). Wie auch in den klassischen Medien existieren im Internet Rollenmuster analog zu denen des Journalisten, Herausgebers und des Publikums, auch wenn der Prozeß der Ausdifferenzierung sicherlich noch keinen Abschluß gefunden hat. Es bilden sich also „communication Junctions“ (Buchstein 1995, 16), deren Meinungen öfter zu Rate gezogen werden und stärker ins Gewicht fallen.

Den Aussagen der Meinungsführer wird eine höhere Aufmerksamkeit als den Nachrichten der anderen Teilnehmenden zuteil.

Bei den Meinungsführern im WWW kann zwischen zwei Typen unterschieden werden: 1. Personen oder Institutionen, die ihre Autorität nicht im Internet erworben haben und ihr Angebot primär ins Netz übertragen (z.B. Zeitungen, Magazine, Parteien) und 2. Personen und Institutionen, die erst durch das Internet zur ihrer Meinungsführerschaft gekommen sind und neue Informationen anbieten (The Well, Hotwired, wissenschaftliche Einrichtungen, Suchmaschinen etc.). (vgl. Neymanns 1996)

Es kristallisieren sich „opinion leader“ (Wetzstein et al. 1995, 210), die häufiger frequentiert werden. Die daraus resultierende Verzerrung der Reichweite und somit des Einflusses der verschiedenen Anbieter führt dazu, daß privaten, kleinen Anbietern weitaus weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird als Professionellen.

So reduziert sich die Komponente der Gleichheit zu einem erheblichen Maße. „Die netzweltliche Verdoppelung realgesellschaftlicher Ungleichheit, die zentrumsfavorisierende Programmlogik des Hypertextes und die Verstärkungseffekte der Suchmaschinen sind Hürden, die

¹⁰ Durch die Sperrung aller Newsgroups zum Themenfeld „Sex“ des Online-Diensteanbieter CompuServe im Herbst 1995, der wegen pornographischem Material mit der bayrischen Staatsanwaltschaft in Konflikt geraten war, konnten die Nutzer auch keine Newsgroups, die sich mit Homosexualität oder Emanzipation oder mit sexuellem Mißbrauch befassen, aufrufen.

bewältigt werden müssen, wenn das Netz als Medium und Ort von Demokratiepoltik genutzt werden soll.“ (Rilling 1997)

5.3.3 Regeln der Kommunikation

Im Internet existiert ein Verhaltenskodex, die sogenannte „Netiquette“, die allgemeine Regeln für die Computer-vermittelte-Kommunikation beinhaltet. Natürlich gibt es keine Kontrolle ob der Einhaltung dieser Regeln, aber dennoch werden Verstöße gegen diese Regeln sanktioniert.

Die Regeln dienen einerseits der Kommunikation, da sie lähmendes Verhalten sanktionieren, andererseits führen sie zu einer Außenabgrenzung der einzelnen Gruppen. (Neymanns 1996) Für Torres (1995) sind die „Newsgroups (...) keine öffentlichen Foren, wo jeder das Recht auf Einspruch hat, sondern eher Privaträume, in denen man sich aufhalten darf, sofern man die Regeln anerkennt, die sich die Gründungsgruppe gegeben hat. (...) Derartige Begrenzungen führen zu einer Vermehrung von abgeschotteten Räumen, was deutlich zeigt, daß bloße Vielfalt noch kein Pluralismus ist.“ (Torres 1995 zitiert aus Neymanns)

5.3.4 Geschwindigkeit

E-mails benötigen wenige Sekunden, bis sie beim Empfänger eintreffen, Kommentare in Diskussionsforen können leicht und online verfaßt werden. Beiträge neigen zu Formlosigkeit, sind aber oft auch durch Unüberlegtheit gekennzeichnet. Schnelle Reaktionsmöglichkeit provoziert oft einen zu aggressiven „Ton“, da eine gewisse Anonymität die Hemmschwelle senkt. So gibt es in manchen Firmen zur Konfliktvermeidung die Regelung, 24 Stunden Bedenkzeit für die Absendung von Kritik einzuhalten. (Neymanns 1996)

Gerade in der sonst eher gelobten Schnelligkeit des Internet sehen seine Kritiker einen potentiell negativen Einfluß, so kann innerhalb weniger Minuten eine Antwort produziert werden, die eine Gefahr von unreflektierten Kommentaren bedeutet. (Buchstein 1996(b), 169)

Kritiker sehen auch die Möglichkeit des Internetvoting weniger als qualitative Entscheidungen an, sondern als reine Willensbekundungen, die zum Populismus neigen. So hält auch Buchstein Internetvoting „wenig geeignet, zu einer anspruchsvollen Entscheidungsfindung“ (Buchstein 1996(b), 169) zu kommen. Außer acht gelassen werden darf hierbei auch nicht das rein technische Problem der Wähleridentifikation, um Manipulationen bei demokratischen Wahlen zu verhindern.

5.4 Demokratie und Online-Informationen

Eine Idealvorstellung von Demokratie geht davon aus, das Volk könnte sich selbst regieren, wenn es über genügend Informationen über politische Fragen verfügt. Das Problem der politischen Kommunikation liegt aber nicht in der mangelnden Vielfalt der Informationen, eher das Gegenteil ist der Fall, „daß nämlich die Expansion des Mediensystems zu einer Informationsflut geführt hat“ (Zipfel 1998, 42).

Es finden sich zahlreiche Autoren, die davon überzeugt sind, „daß ein Mehr an Informationen nicht grundsätzlich zu mehr Informiertheit führt, also zu mehr Wissen und Verstehen, mehr Orientierungs- und Entscheidungsfähigkeit“ (Schulz zitiert aus Zipfel 1998, 42). So gilt auch für Marschall (1997): „Mehr Information führt nicht automatisch zu mehr Transparenz“ (Marschall 1997, 317)

Buchstein folgert mit Bezug auf Online-Medien weiter, daß die gestiegene Komplexität und der Informationsüberfluß den Cyberbürger vor das praktische Problem stellt, die relevanten Informationen, die er für sein politisches Urteilsvermögen braucht, von den unwichtigen zu

trennen. Dadurch würde die Glaubwürdigkeit der Information im Netz verloren gehen und die NutzerInnen sich in obskure Weltansichten flüchten oder resignieren (vgl. Buchstein 1996(a), 597).

Transparenz in der Demokratie entsteht nicht allein durch die Bereitstellung von Information, „sondern muß die inhaltliche Seite der Information hervorheben, muß wie der Name eigentlich sagt, das Erkennen und das Verständnis fördern. Und um dies zu erreichen, bedarf es nicht unbedingt neuer Medien, sondern eines anderen Verständnisses der politischen Akteure gegenüber der politischen Kommunikation mit der Öffentlichkeit.“ (Zipfel 1998, 43)

Die Filterfunktionen der traditionellen Medien im Vergleich zu Online-Medien, die Informationen in sozusagen „lesegerechte“ Häppchen formen und das „Wichtige“ vom „Unwichtigen“ trennen, „schränken die Informationsflut nicht nur ein, sondern sie sorgen auch für eine Art qualitative Kontrolle der Information und damit für eine gewisse Glaubwürdigkeit der Nachricht“ (Zipfel 1998, 50). Das Fehlen dieser massenmedialen Selektionsfilter bei Online-Medien begünstigt das Anbieten von Angeboten aus dem extremistischen und konspirationstheoretischen Feld. Einerseits ist dieser unzensurierte Diskurs wünschenswert, da dadurch ein „kollektiver Lernprozeß“ (Stamm 1988, 286 zitiert aus Marschall 1997) zustandekommen kann. Gefährlich wird dieser Meinungspluralismus andererseits dann, wenn sich die Unterscheidungsdimension „wahrhaft/falsch“ auflöst. (Marschall 1997, 317)

5.5 Öffentlichkeit und Online-Medien

Öffentlichkeit ist Korrektur- und Kontrollfaktor der repräsentativen Demokratie. Öffentlichkeit ist der Raum, in dem der Pluralismus der Meinungen und Interessen sich entfalten kann (vgl. Oberreuter 1982, 27 zitiert aus Zipfel 1998, 45).

Für die Öffentlichkeit von Online-Medien wird oft die Befürchtung geäußert, es komme zu einer Klassenteilung (vgl. Buchstein 1996(a), 586f), auf der einen Seite die technologischen „Habenichtse“ und auf der anderen Seite ein „elitärer Kreis der wohlhabenden Kopfarbeiter“ (vgl. Zipfel 1998, 45). Fehlendes oder ungleich verteiltes Wissen wirkt sich negativ auf das politische Urteilsvermögen der Öffentlichkeit aus und beeinträchtigt somit zentrale politische Prämissen und Bedingungen der Demokratie.

Zum anderen sehen Kritiker im virtuellen Marktplatz die Auflösung gemeinschaftlicher Institutionen, den verstärkten Trend zur Entsolidarisierung und Fragmentarisierung der Gesellschaft. „Es entsteht eine Gesellschaft im Übergang, in der neue Formen der Solidarität erst noch gefunden werden müssen“ (Heuser 1996, 88). Auch Leggewie sieht im WWW anstatt zunehmender Partizipation eher eine Partikularisierung, eine Aufteilung in zahlreiche Teilöffentlichkeiten, eine „Tribalisierung von Öffentlichkeit“. (Leggewie 1996)

Damit ist eine Aufsplitterung der Öffentlichkeit in viele Teilöffentlichkeiten gemeint, jede mit eigenen individuellen und gruppenspezifischen Interessenslagen. Die Fragmentierung in Teilöffentlichkeiten stellt die Effizienz des politischen Willensbildungsprozesses in Frage. „Sollte die Nutzung von Online-Medien Teilung und Fragmentierung der Öffentlichkeit fördern, wäre dies schädlich für die Demokratie.“ (Zipfel 1998, 46)

5.6 Kontrolle auf, im und durch das Netz

Die Konkurrenz zwischen staatlichen und kommerziellen Interessen, das Netz zu kontrollieren, wird zur Zeit häufig thematisiert (z.B. in der Debatte um ein Kryptographie-Verbot bzw. die Einrichtung von Trust-Centren oder anderer regulativer Gesetze, z.B. die Bereitstellung eines Universaldienstes). Interessen von Seiten des Staates, Auflagen und Gesetze zum Schutz der

Bürgerschaft vor Kriminalität zu erlassen, lassen sich mit privatwirtschaftlichen Interessen schwer vereinen.

Immer mehr kommerzielle Anbieter machen sich das Netz zu eigen, „Unterhaltungsindustrie, Versandhandel, Banken, andere Dienstleister - nicht zu vergessen die traditionellen Medien - machen sich die offensichtlichen Vorteile der elektronischen Kommunikation zunutze“ (Stegger 1996, 786). Geschwindigkeit und Kosten rechnen sind gegenüber traditionellen Medien (Brief oder Fax), und es können Medienbrüche weitestgehend vermieden werden. Die Entwicklung des WWW machte durch seine graphische Oberfläche und die einfache Benutzbarkeit durch Hypertextualität die Nutzung als Werbemedium und für professionelle Informationsdiensteanbieter interessant. Mehr und mehr kann beobachtet werden, daß Dienste nicht mehr kostenlos angeboten werden, und die Tendenz, Produktpaletten gleich über Bestellformulare anzubieten, ist nicht zu übersehen. Mit den am Markt sich langsam etablierenden Möglichkeiten auch mit digitalem Geld zu bezahlen eröffnen sich ungeahnte Chancen, die von vielen Anbietern gerne genutzt werden.

Welche Auswirkungen könnte die zunehmende Kommerzialisierung des Netzes auf eine politische, demokratische Nutzung haben?

Sollen Entwicklung und Nutzung des Internet von demokratischen, sozialen und öffentlichen Aspekten bestimmt werden, „so muß die kommerzielle Nutzung an zweiter Stelle stehen“ (Schiller 1998, 134). Wenn sich aber kommerzielle Ambitionen durchsetzen, schwinden demokratische, soziale Potentiale.

Zur Unvereinbarkeit von Kommerz und Humanität gibt es zahlreiche Beispiele aus der Geschichte, eines dafür ist die Entwicklung des Radios in den USA. In den 20er Jahren wollten die USA der Öffentlichkeit eine signifikante Präsenz im Radio einräumen, welche jedoch durch den kommerziellen Sektor weitestgehend verdrängt wurde (Schiller 1998, 135). Ganz ähnlich sieht die Entwicklung beim Fernsehen aus, das in Deutschland durch die Privatisierung eine „Entpolitisierung“ durchlaufen hat.

Die Gesetze des Marktes führen nach Barber nicht zur Demokratie, sondern unterstützen eine Monopolisierung und Privatisierung, und die „Privatisierung ist der Tod der Demokratie“ (Barber 1998, 129). Wie das Fernsehen, das sich an einem Massenpublikum orientiert, Inhalte, die „zu radikal, zu religiös oder zu atheistisch, zu exzentrisch und abseitig und daher zu weit vom Mittelmaß entfernt, als zu unpopulär“ (Barber 1998, 126) ablehnt, werden sich auch die Medienmonopolisten um ein populäres und somit markträchtiges Informationsangebot bemühen.

Das Überleben vieler bisher kostenloser kleiner Diensteanbieter scheint dadurch äußerst gefährdet, da sich die Werbekunden natürlich dem lukrativsten Angebot widmen werden.

Die Hoffnung, durch Privatisierung ein größeres und breit gefächerteres Angebot zu erhalten, wurde beim Fernsehen mit seinen über 500 Kanälen und doch den gleichen Inhalten nicht erfüllt.

Kontrolle von Seiten des Staates bezieht sich hauptsächlich auf das kriminelle Potential, das durch die Kommunikation auf den Netzen gefördert wird. Die Diskussion dreht sich dabei meist um Kinderpornographie, Verbreitung von Dokumenten mit radikalen Inhalten und um die Kommunikation von extremistischen und kriminellen Vereinigungen. „Die anonymen, für Anbieter relativ preisgünstigen, kaum reglementierbaren Zugangsmöglichkeiten (...) locken besonders solche Gruppen, die über die traditionellen Medien, die ja stets eine Art Wächter der politischen Konventionen sind, normalerweise nicht zum Zuge kommen. Es wird geschätzt,

daß mindestens 50 der 250 „Hate-Groups“ der USA online vertreten sind. (...) Die Nutzung der Netze durch radikale Gruppen geschieht auf zweierlei Weise. In offenen, thematisch spezialisierten Foren, zu denen jeder Zugang hat, bzw. auf allgemein zugänglichen Web-Seiten können sie für ihre Positionen werben. Die interne Kommunikation zur Absprache von Strategien, Planung von Aktionen etc. erfolgt daneben über geschlossene Mailing-Listen oder ähnliche Systeme. Zum Schutz vor einem - theoretisch möglichen - Abhören werden geheime Botschaften zusätzlich verschlüsselt. (...) In den amerikanischen Netzforen werden von Demokraten traditionell neonazistische oder andere radikale Äußerungen nicht mit Verboten, sondern mit dem massiven Einsatz von Gegenstellungnahmen bekämpft. Eine Zensur der im übrigen in den USA nicht verbotenen Neonazis oder anderer radikaler Gruppen findet jedenfalls im Netz nicht statt.“ (Stegger 1996, 792f)

Probleme gibt es hauptsächlich aufgrund der unterschiedlichen Gesetzeslagen der vielen im Internet vertretenen Nationen.

Auf einer zwanglosen Sitzung des Telekommunikationsministerrates am 24 - 25 April 1996 in Bologna waren die Minister bei der Diskussion der Regelung des Internet durch die EG allgemein der Meinung, daß eine übertriebenen Reaktion zu vermeiden sei, da sie aufkommende Dienstleistungen ersticken und die Entwicklung der Informationsgesellschaft verlangsamen könnte.

Sie räumten jedoch ein, daß bezüglich Themen wie Privatsphäre, geistige Eigentumsrechte und Schutz gegen kriminelle Tätigkeiten eine gewisse Form der Regelung über die nationale Gesetzgebung hinaus erforderlich sei. Einige Delegationen schlugen vor, daß evtl. Maßnahmen auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angebracht wären. Dies könne in der Form eines multilateralen Verhaltenskodex oder einer internationalen Konvention sein (BMBF 1995).

Zwar gibt es immer wieder nationale Versuche, unerlaubte oder unerwünschte Nutzungen des Netzes zu unterbinden, doch sehen die Kritiker die bisherigen Versuche dazu als unverhältnismäßig an.

In totalitären Systemen ist eine Verschärfung staatlicher Kontrolle im Internet zu verspüren. So unterliegen in etwa 100 Ländern Internet-Gateways der Regierungszensur und -überwachung.¹¹

Die Verlagerung der menschlichen Kommunikation ins Internet provoziert geradezu die Überwachung der Bürgerschaft. „Die oder der einzelne hinterlassen digitale Schatten oder Spuren (hinsichtlich geschäftlichen Verhaltens, sexueller Präferenzen, politischer Anschauungen), die gesammelt und in Dossiers zusammengefaßt von Regierungen, Polizeiapparaten, Informationshändlern oder privaten Geschäftsleuten benutzt werden können.“ (Rheingold 1994, 587)

Persönlichkeits- und Nutzungsprofile lassen sich erstellen, die für viele Unternehmen von Interesse sind. Die NutzerInnen sind sich oft nicht darüber im Klaren, daß jedes ausgefüllte Formular zu Marketingzwecken benutzt und weitergeleitet werden kann. Nicht nur der Staat,

¹¹ Zum Beispiel die VR China, dort werden Internet Zugänge über die offizielle Presseagentur, bzw. die China Internet Kooperation kontrolliert. Einen Überblick über „Medienkritische Initiativen im Internet“, den sog. „Watchdogs“, die sich vor allem mit den Unzulänglichkeiten der Nord- Süd Berichterstattung beschäftigen, findet sich bei Bold, K., <http://www.epo.de/serie/mediawatch.html>

der damit Kriminalität aufdecken möchte, ist an solchen Daten interessiert, sondern auch private Unternehmen nutzen die Möglichkeit der Marktforschung aus.

Im Gegensatz dazu wird die Kommunikation per e-mail in zahlreichen Staaten als privat angesehen und steht unter dem Schutz des Briefgeheimnisses. Hier wäre eine strafrechtliche Verfolgung noch schwerer umzusetzen (Neymanns 1996).

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste durch den Bundesrat werden Persönlichkeitsrechte, Pressefreiheit, Datenschutz und das Fernmeldegeheimnis weitreichend eingeschränkt.¹²

„Die Informations- und Kommunikationstechnologie gefährden auf der anderen Seite BürgerInnenrechte in hohem Maße. Eine ausgesprochen vielfältige Überwachungstechnologie ist kostengünstig verfügbar und findet breite Verwendung. (...) Jede Nutzung von Computernetzen hinterläßt sensible Datenspuren. Welcher Dienst wie oft und in welcher Folge aufgerufen wurde, läßt sich ebenso leicht zusammenstellen wie eine Liste aller Kommunikationspartner. Über KonsumentInnen werden Kundenprofile erstellt, die weit über das hinausgehen, was staatlichen Stellen - bis auf Ausnahmen - über BürgerInnen erfassen dürfen. (...) Der effektive Schutz der Daten von BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen ist bisher beim Umbau der Gesellschaft außer Acht geblieben.“ (Bernhardt/Ruhmann 1996, 126)

Ohne Skrupel nutzen schon jetzt viele kommerzielle Anbieter das Netz zu „Cyber-Marktanalysen“, wie Toys R Us seine Spielzimmer-Seiten, angeblich von erzieherischem Wert und spaßig, zu Marktforschungszwecken auswertet (Barber 1998, 124).

5.7 Erforderliche Maßnahmen für eine demokratische Nutzung des Internet

Grundlegende Voraussetzung der politischen Partizipation von Öffentlichkeit via Internet ist, daß die Gewährleistung der informationellen Grundversorgung und der Umgang mit dem neuen Kommunikationsmedium gesichert ist.

Eine Analyse von Rilling (1996) der zahlreichen Konzept-, Strategie-, Planungs- und Programmpapiere, die seit 1993 von der Bundesregierung oder verschiedenen EG-Einrichtungen publiziert wurden, zeigt, daß mögliche Transformationen des politischen Systems durch das Netz nicht thematisiert, in ein unpolitisches Problem der Verwaltungsrationalisierung verwandelt oder als Bedrohung des parlamentarischen Modus indirekter Demokratie betrachtet werden. „In den offiziellen Strategiepapieren der Bundesregierung würden Fragen nach Demokratie in der Informationsgesellschaft nicht gestellt oder nur karg und reserviert behandelt.“ (Rilling 1996)

Seit 1996 fanden einige Kongresse zur Informationsgesellschaft¹³ statt, die in ihren Erklärungen Forderungen zur Ausgestaltung der Informationsgesellschaft aufstellten.

¹² Vgl. IuKDK vom 22.Juli 1997, BGBl. IS.1870

¹³ z.B. der 1. und 2. Kongreß Informationsgesellschaft - Medien - Demokratie in Hamburg 1996 und Frankfurt 1998, die Konferenz Internet & Politik in München 1997

Forderungen nach:

- **Zugang für alle**
- **Recht auf eine informationelle Grundversorgung**
- **Recht auf freie Meinungsäußerung**
- **Medienkompetenz**
- **Schutz privater Daten**

6 Bewertungskriterien

Die vorhergehenden Kapitel bilden die Grundlage zur Entwicklung der Bewertungskriterien, anhand derer die Angebote der Parteien im WWW im Vorfeld der Bundestagswahl untersucht werden sollen. Ich beziehe mich hier hauptsächlich auf die in Kapitel vier herausgearbeiteten Potentiale, die dem Internet innewohnen und einen Strukturwandel der Demokratie unterstützen könnten. Gerade durch die kostengünstige Bereitstellung von Informationen kann der Meinungs- und Willensbildungsprozeß unterstützt werden. Aber auch ganz andere Formen der Beteiligung können durch das Internet realisiert werden. Eine einfachere, schnellere Kontaktaufnahme der BürgerInnen mit den gewählten VertreterInnen kann durch e-mail unterstützt werden. Aktive Bürgerbeteiligung durch das Angebot von Diskussionsforen und Online-Fragestunden können den politischen Prozeß demokratisieren, und durch Abstimmungen können die Bürgerinteressen in die politische Entscheidung einfließen. Hierbei kann es sich sowohl um Abstimmungen mit beratender Funktion handeln als auch um Abstimmungen oder Unterschriftensammlungen, die über Sachfragen entscheiden.

Voraussetzung für ein partizipatives Angebot im Web ist natürlich die Bereitschaft oder der Wunsch der Parteien nach mehr Bürgerbeteiligung. Erst wenn diese Bereitschaft vorhanden ist, stellt sich die Frage, ob die Parteien das Medium Internet zur Unterstützung von mehr Bürgerbeteiligung für geeignet halten.

6.1 Positionen der Parteien

Grundlage für ein Angebot der Parteien im Web, das mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht, ist wie oben aufgeführt natürlich die Bereitschaft der Parteien zu mehr Beteiligung bzw. vielleicht sogar zu Formen direkter Demokratie, beispielsweise durch Volksentscheid. Wie im vorhergehenden Kapitel erläutert, stehen der demokratischen Nutzung des Internet noch einige Aspekte entgegen. Parteipositionen zu den Themen Zugang für alle, informationelle Grundversorgung, Vermittlung von Medienkompetenz, Erhalt der Meinungsfreiheit in den Netzen und Schutz der Privatsphäre sind deshalb von besonderem Interesse, da somit erst eine demokratische Nutzung, die nicht nur einer Elite vorbehalten bleibt, möglich wird.

Daraus ergeben sich die folgenden Punkte, zu denen ich Parteistandpunkte gesammelt habe:

- Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung
- Bürgerbeteiligung durch das Internet
- Informationelle Grundversorgung
- Medienkompetenz
- Meinungsfreiheit
- Schutz der Privatsphäre

6.2 Das Informationsangebot

Wie sieht das Informationsangebot aus? Vermittelt das Angebot aktuelles Tageswissen, um politische Entscheidungsprozesse verstehen, bewerten und aktiv an der Diskussion teilnehmen zu können? Bietet das Webangebot der Parteien transparente Informationen? Hierunter verstehe ich Auskünfte über Entstehung, Struktur und Funktionsweise der Parteien ebenso wie die Offenlegung der Finanzierung und hierarchischer Strukturen, wie die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen.

Untersucht wird, ob das Angebot übersichtlich strukturiert ist, ob Orientierungshilfen (Suchfunktion, Index, Navigationselemente) angeboten werden, ob die Daten aktuell sind und ob Parteipublikationen (z.B. Mitgliederzeitschriften) online angeboten werden. Ebenfalls von Interesse ist die Bereitstellung von Archiven, die den UserInnen genügend Hintergrundmaterial zu Verfügung stellen.

Die Kriterien für die Untersuchung des Informationsangebots nochmals auf einen Blick:

- Transparenz (gibt es Auskunft über Entstehung, Struktur, Funktionsweise)
- Organisation des Angebots
- ist es übersichtlich strukturiert
- gibt es Suchfunktion, Navigationselemente oder einen Index
- Aktualität der Daten
- Angebot von Online-Zeitungen oder -Zeitschriften
- Online-Abo's
- Downloads
- Archive
- Metainformationen (Adress- oder Linksammlungen)

6.3 Das Kommunikationsangebot

Wie steht es mit der Bürgernähe durch die schnelle und einfache Nutzung des Rückkanals? Werden e-mails beantwortet? Wird ein Interesse an der Meinung der UserInnen zum parteieigenen Webangebot durch Gästebücher realisiert? Interessant wäre an dieser Stelle natürlich auch, welchen Sinn diese Gästebücher erfüllen, ob sie gelesen werden und ob die Anregungen in irgendeiner Form in die Parteipolitik einfließen. Auf diese Aspekte kann ich leider nicht eingehen, da die Erhebung und Auswertung dieser Daten den zeitlichen Rahmen meiner Diplomarbeit sprengen würde.

Durch das Angebot von Online-Bestellmöglichkeit, Online-Mitgliederanträge oder Online-Spende kann den UserInnen mehr Komfort geboten werden, der einen entscheidenden Mehrwert gegenüber den Angeboten traditioneller Medien darstellt. Diese Angebote vereinfachen die Kontaktaufnahme mit den Parteien und können somit zu einem intensiveren Kontakt zwischen Parteiführung und Basis führen, wenn nicht sogar zur Akquisition von Neumitgliedern.

6.4 Das Partizipationsangebot

Bieten die Parteien zusätzlich zu ihrem top-down-Angebot Möglichkeiten der Beteiligung von der Basis aus, bottom-up? Wird die Meinungs- und Willensbildung durch die Möglichkeit zu diskutieren unterstützt? Wenn Diskussionsplätze angeboten werden, werden diese moderiert, findet eine Zensur statt, sind diese Plätze für jeden offen, muß man sich „ausweisen“, d.h. benötigt man eine UserInnen-Kennung, oder muß man eine e-mail angeben, um mitdiskutieren zu dürfen? Es gibt auch geschlossene Diskussionsforen, die entweder einen finanziellen Beitrag verlangen oder eine Parteizugehörigkeit voraussetzen. Ein weiteres Merkmal für die Entstehung einer demokratischen Öffentlichkeit ist die Möglichkeit der freien Themenwahl durch die DiskussionsteilnehmerInnen, alles muß thematisiert werden dürfen, keine Themen sind von der Diskussion ausgeschlossen. Werden die DiskussionsteilnehmerInnen gleichwertig behandelt,

oder findet eine Einteilung nach „statusmerkmalen“ statt? Auf die Diskussionsforen im Web bezogen, bedeutet dies eine Kennzeichnung der Beiträge z.B. mit der Parteiangehörigkeit oder eine Kennzeichnung der Beiträge der Redaktion.

Live-Chats oder Online-Konferenzen, die meist als Fragestunden organisiert werden, bei welchen sich jeweils ein Prominenter der Politikszene den Fragen der Onliner stellt, unterstützen selbstverständlich auch den Meinungsbildungsprozeß. Die BürgerInnen können Fragen stellen, für deren Beantwortung sich die Politiker noch keine vorgefertigten Phrasen zurechtgelegt haben. Durch die direkte Chance, Argumente auszutauschen, können von beiden Seiten (Politiker und Bürgerschaft) Mißverständnisse aufgeklärt oder Standpunkte übermittelt werden. Abstimmungen, Meinungsumfragen und Unterschriftensammlungen wären auch denkbare Beteiligungsmöglichkeiten, deren technische Umsetzung kein Problem darstellt. Bei Abstimmungen kann es sich um mindestens zwei unterschiedliche Angebote handeln. Einerseits können durch Abstimmungen Meinungsbilder erstellt werden, die eine beratende Funktion übernehmen können und somit in den politischen Entscheidungsprozeß einfließen. Andererseits können auch Abstimmungen mit entscheidendem Charakter durchgeführt werden, wie dies z.B. beim Virtuellen Ortsverein (VOV) der SPD der Fall ist. Im VOV werden Vertreter durch Wahlen per Internet und Sachentscheidungen über „requests for discussion“ und „requests for vote“ entschieden. Bei Abstimmungen sind Sicherheitsvorkehrungen, die z.B. mehrfaches Abstimmen verhindern sollen, unumgänglich. Es gibt dank Verschlüsselungstechnik aber schon Verfahren, die ein mehrmaliges Abstimmen verhindern und trotzdem eine anonyme Abstimmung ermöglichen.

6.5 Infotainment-Angebote

Infotainment-Angebote sind Webangebote, die eher Unterhaltungswert aufweisen als eine Informationsfunktion erfüllen. Aber gerade bei solchen Angeboten werden meist keine Mühen (technischer Aufwand) gescheut, um diese wirkungsvoll zu implementieren. Gerade auch die Interaktivität kommt in diesen Infotainment-Angeboten oft zum Einsatz.

6.6 Rückwirkung des Webangebots auf die Parteipolitik

Interessant wäre natürlich, inwieweit die Parteien das Material aus den Diskussionsforen, Gästebüchern, Online-Konferenzen oder ähnlicher Angebote auswerten und in die Parteipolitik einfließen lassen. Oder ob diese Angebote reiner Selbstzweck sind und hauptsächlich die BürgerInnen bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützen sollen. Aus zeitlichen Gründen kann aber auf diese Frage leider nicht eingegangen werden.

6.7 Nutzung der Angebote

Die Nutzung der Angebote läßt natürlich auch gewisse Rückschlüsse auf die Qualität des Angebots zu. Benutzerfreundlichkeit und eine prinzipielle Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerschaft spiegelt sich in der Akzeptanz der NutzerInnen und kann somit bedingt an der Zugriffshäufigkeit abgelesen werden. Die Datenbank „Thomas“ in den USA verzeichnete 1996 z.B. 200 000 Zugriffe im Monat, im Vergleich dazu die SPD 120 000 Zugriffe im Monat. (vgl. Rilling 1996)

Auch an den Einträgen in den Gästebüchern kann man die Zufriedenheit oder eben die mangelnde Zufriedenheit der NutzerInnen ablesen. Auf diese zwar sehr interessanten, aber schwierig auszuwertenden Daten, kann ich aus Zeitgründen leider auch nicht eingehen.

7 Positionen der Parteien

Kapitel sieben widmet sich den Stellungnahmen der Parteien zur Informationsgesellschaft, wobei nur solche Aspekte, die in direktem Bezug zu einer demokratischen Nutzung des Internet stehen, hier zitiert werden. Die Schwerpunkte aller Parteien liegen allerdings auf der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatzschaffung und andere wirtschaftlich ausgerichtete Aspekte, wie z.B. der Datensicherheit, Copyright u.ä., die für die kommerzielle Nutzung des Internet von Bedeutung sind.

Wie in Kapitel sechs bereits begründet, beschränke ich mich auf die Themenblöcke demokratische Partizipation der Bürger, Informationelle Grundversorgung, Medienkompetenz und Meinungsfreiheit/Schutz der Privatsphäre, weil diese in direktem Zusammenhang mit einer gleichberechtigten, demokratischen Nutzung stehen.

„Diejenigen etwa, die in der dezentralen technischen Struktur des Netzes besondere Chancen für basisdemokratische, graswurzelartige Politikelemente sehen, müßten den traditionellen Volksparteien eigentlich ein Dorn im Auge sein.“ (Werber 1998)

7.1 Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung

Die CDU schreibt in ihrem Grundsatzprogramm von 1994: „Die repräsentative Demokratie hat sich bewährt und wesentlich zur Stabilität unseres Gemeinwesens beigetragen. Sie schließt Elemente unmittelbarer Demokratie nicht aus. Diese können das repräsentative System vor allem auf den regionalen Ebenen sinnvoll ergänzen. Volksentscheide auf Bundesebene lehnen wir ab.“ (CDU Grundsatzprogramm 1994, 75)

Im Gegensatz dazu die SPD: „Parlamentarische Demokratie vermindert und ersetzt nicht die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Daher wollen wir die Bürgerbeteiligung ausweiten und das Petitionsrecht effektiver gestalten. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen Volksbegehren und Volksentscheid in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidungen ergänzen. Die verfassungsrechtlichen Beschränkungen der Mehrheitsmacht gelten auch für die direkte Bürgerbeteiligung“ (Grundsatzprogramm der SPD 1989). Auch im Wahlprogramm 1998 spricht sich die SPD für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene aus. (SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998(a))

Auch die Bündnisgrünen haben die Forderung nach Volksinitiativen in ihrem Wahlprogramm 1998 festgeschrieben. „Durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid soll der Auftrag des Grundgesetzes endlich eingelöst werden, wonach die Staatsgewalt vom Volke »in Wahlen und Abstimmungen« ausgeübt wird. Sie sind eine Chance für mehr aktive politische Beteiligung der BürgerInnen.“ (Bundestagswahlprogramm 1998 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die F.D.P. unterstützt auf kommunaler Ebene die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung: „Die Bürger werden vom Bürgerbegehren bis zum Bürgerentscheid an politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene beteiligt. Diese Kommunalisierung der Politik führt zur "fußläufigen Demokratie" mit mehr Bürgerbeteiligung.“ (F.D.P., Wiesbadener Grundsätze, beschlossen auf dem Bundesparteitag der F.D.P. am 24. Mai 1997(a) in Wiesbaden)

Die PDS will: „die bevormundende Bürokratie des Staates zurückdrängen; die Beseitigung aller Sperrklauseln; direkte Bürgerbeteiligung, Selbstverwaltung und öffentliche Kontrolle; Wirtschaft und Arbeitsleben demokratisieren; mehr gesetzlich abgesicherte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Gewerkschaften, Kommunalvertretungen, Bürgerinitiativen, Frauen- und

Behindertenbewegungen, Umweltschutz- und andere demokratische Verbände; Gegenöffentlichkeiten stärken, die Medien demokratisieren und die Beteiligung der gesellschaftlichen Bewegungen und Gewerkschaften an der öffentlichen Meinungsbildung; die Manipulation der Menschen durch Meinungsproduzenten, Warenwerbung und Unterhaltungsindustrie zurückdrängen; die Auflösung aller Geheimdienste; die Sicherung und bewußte Wahrnehmung des durch die Verfassung garantierten Widerstandsrechts“ (Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998)

In einer Bundestagsrede vom 29.05.1998 bezeichnete Ludwig Elm (PDS) „die grundgesetzliche Regelung von Volksentscheid, Volksabstimmung und Volksbegehren als eine der wichtigsten zu lösenden Verfassungsfragen im vereinigten Deutschland.“ (Elm, PDS 1998)

7.2 Bürgerbeteiligung durch das Internet

„Die Auswirkungen auf Politik und Demokratie beschrieb die Bundestagspräsidentin (Rita Süßmuth) so, daß der Bürger direkt am politischen Willensbildungsprozeß teilhaben könne, indem er „interaktiv“ mit politischen Akteuren kommunizieren und Informationen als gleichberechtigter Interaktionspartner abrufen könne. Dadurch werde die Kompetenz der Gemeinschaft gegenüber dem Staat gestärkt. Der Bürger erlange ein direktes und selbstbestimmtes Mitsprache- und Informationsrecht.“ (Pressezentrum des Deutschen Bundestages, Bundestag Heft 9/15.05.96)

In einer Rede von Peter Hintze (CDU) kommt die Angst vor einer „elektronischen Knopfdruck-Demokratie“ zum Ausdruck: „Wir erleben heute, daß auf der einen Seite die neuen Möglichkeiten begeistert genutzt werden - etwa die Diskussionsforen im Internet. Wir erleben aber auf der anderen Seite, daß die gute alte Parteiversammlung eine Renaissance erfährt. Die Menschen wollen offensichtlich Politik auch erleben, und zwar gemeinsam. (...) Auch in Zukunft werden Wahlen nach dem vertrauten Verfahren durchgeführt. (...) Die Stimmabgabe muß mehr sein als ein Mausclick beim Teleshopping oder eine Internet-Bestellung beim Pizza-Service.“ (Hintze 1997)¹⁴

Die SPD sieht auf kommunaler Ebene Einsatzgebiete für eine Bürgerbeteiligung durchs Internet. „Neue Formen der Bürgerbeteiligung sind auch in der kommunalen Planung, etwa bei Bebauungsplänen zu erproben. So eröffnen die neuen Medien die Chance, das Verhältnis zwischen Verwaltung, Ordnungsbehörden und Bürgern positiv zu gestalten und Vorurteile abzubauen. (...) Es geht darum, bei den neuen interaktiven Medien die klassische Trennung zwischen Anbietern und Nutzern aufzuheben. Um die Meinungsvielfalt zu sichern, wird die SPD offene, interaktive Netzstrukturen fördern. (...) Wir wollen Modelle „elektronischer Demokratie“ nutzen, neue Formen demokratischer Teilhabe fördern und erproben.“ (SPD 1997(b)) In dem Abschlußbericht der Schwerpunktkommission Gesellschaftspolitik im Juli 1997 (der SPD) heißt es sogar: „Politik muß dabei helfen, die vielfältigen Möglichkeiten elektronischer Demokratie und Partizipation, die auf interaktive Kommunikation aufbauen, zu entwickeln.“ (SPD 1997(a)) Diese Möglichkeiten werden als Ergänzung der repräsentativen Demokratie betrachtet.

Bündnis 90/Die Grünen wollen „eine Wiederbelebung der Demokratie (...) [eine] vereinfachte Teilhabe der BürgerInnen an für sie relevanten Entscheidungen und einer medialen Interaktivität, die die Rezipienten auch zu ProduzentInnen werden läßt.“ (Bündnis 90/Die Grünen 1996, 13) Dies wollen die Grünen durch „Projekte von unten“ fördern - „Projekte, die die Vernetzung gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen wie Schulen und Bibliotheken lokal, regio-

¹⁴ Es war sehr mühsam, Stellungnahmen der CDU zu diesem Thema zu finden, die Materialien, die mir von der CDU zugesandt wurden, lieferten leider keine themenbezogenen Zitate. Auch Recherchen auf dem CDU-Server und dem Bundestags-Server ergaben leider wenig verwertbare Treffer.

nal, national und international einfach und kostengünstig fördern; Projekte, die verständlich und einfach relevante Informationen aufbereiten und vermitteln; Projekte, die sich durch eine dezentrale und hierarchiefreie Struktur auszeichnen und wirkliche Interaktivität ermöglichen.“ (Bündnis 90/Die Grünen 1996, 13)

Die F.D.P. sieht durch die Beteiligung der Bürger hauptsächlich eine Chance zur Rationalisierung der Verwaltungen. „Die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltungen kann schneller, billiger und direkter werden; **ganze Verwaltungen werden überflüssig.**“ (F.D.P. 1997(b), 5) Aber es sollen auch „Bürgersprechstunden im Internet angeboten werden. Öffentliche Informationen und Ausschreibungen sollten (...) online zugänglich werden.“ (F.D.P. 1997(b), 5f)

Für die PDS bieten die „Massenmedien, besonders die neuen interaktiven elektronischen Medien, (...) die Chance, gesellschaftliche Information und Kommunikation zu fördern, die der Erhaltung und Erweiterung der Demokratie dienen. Sie könnten Wesentliches dafür leisten, nicht nur einer "Informationsgesellschaft" schlechthin näher zu kommen, sondern einer informierten Gesellschaft, deren Mitglieder sich auch über die Medien an der gesellschaftlichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung weit mehr als bisher beteiligen können. Doch die Unterwerfung der Medien (einschließlich des Internet) unter die Marktgesetze belebt weder Gesellschaftlichkeit noch Demokratisierung, sondern führt zur Vereinzelung der Individuen. (Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998) So befürchtet die PDS, daß keine Verbesserung der Demokratie zu erwarten ist, obwohl durch das Internet „die Chancen für den (...) informierten Bürger bestehen. (...) Ob die Möglichkeit, alle vier Jahre (...) über den Mausclick wählen zu können, tatsächlich eine Erhöhung der Partizipationsmöglichkeit darstellt, dürften wohl nur die wenigsten positiv beantworten.“ (Bierstedt, PDS 1998)

7.3 Informationelle Grundversorgung

Einig sind sich alle Parteien, daß es nicht zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft kommen darf. Unterschiedlich sind die Methoden, wie dies verhindert werden könnte.

Die CDU geht davon aus, daß durch Liberalisierung und Privatisierung Vielfalt entsteht und zu einem günstigen Angebot führen wird. (vgl. Zukunftsprogramm 1998 der CDU) Zu diesem Thema war es mir leider, trotz ausgiebiger Recherche, nicht möglich, brauchbares Material über die oder von der CDU zu finden.

Die CSU hat sich in Sachen Grundversorgung bisher sehr engagiert gezeigt. „Zum bayrischen Fortschritt gehört, daß jeder Bewohner des Landes auf Wunsch einen kostenlosen Internet-Zugang bekommen soll.“ Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber denkt dabei aber vor allem an die heimische Wirtschaft, der er mit seiner „Offensive Zukunft Bayern“ ein „in ganz Deutschland einzigartiges Innovationsprogramm“ verschreiben will.“ (Der Spiegel: Angst vor der Anarchie, 1996, 136)

Für die SPD kann Chancengleichheit im Informationszeitalter nur durch eine „gestaltende Politik“ geschehen. So sieht sie eine der wichtigsten Aufgaben der Politik in der Schaffung einer Informationsinfrastruktur, „die offen für den Zugang aller Bürger ist und die Chancengleichheit verwirklicht. (...) Für die Zukunft muß die flächendeckende und bezahlbare Versorgung der Bevölkerung mit moderner Telekommunikationstechnik gesichert werden. Dazu bedarf es u.a. eines leistungsfähigen Universaldienstes. Neben der Versorgung von Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung muß eine Vielzahl öffentlicher Zugangsstellen z.B. in Bibliotheken und Bürgerhäusern eingerichtet werden, damit alle Bürger die Möglichkeiten interaktiver Medien nutzen können.“ (SPD 1997(b))

Aus diesen Gründen fordert die SPD ein „Grundrecht auf Information“, „das sich auf die ganze Palette der informationellen Grundversorgung in der Informationsgesellschaft erstreckt“. (SPD 1997(b))

Die Bündnisgrünen fordern „Informationelle Grundversorgung: Die Nutzung informationstechnischer Dienste soll für alle Bürgerinnen und Bürger zu erschwinglichen bzw. minimalen Kosten offenstehen. Dabei darf es zu keinerlei Diskriminierung kommen, das bedeutet auch eine einheitliche Tarifierung in der Fläche“. (Bündnis 90/Die Grünen 1996, 19)

Für die F.D.P. gilt: „Die Informationsgesellschaft stärkt die liberale Demokratie. (...) Niemand darf aus politischen, religiösen oder sozialen Gründen vom Zugang zu öffentlichen Informationswegen ausgeschlossen werden. (...) Öffentliche Einrichtungen und Institutionen sollten dem Bürger als Serviceangebot den Zugang zum Internet ermöglichen.“ (F.D.P. 1997(b), 5)

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt sprach anlässlich des Kongresses „Informationsgesellschaft“ der F.D.P.-Bundestagsfraktion am 18. Mai 1998 davon, daß „die neuen Techniken das Wissen und die Kultur demokratisieren: - Jeder hat die Chance, aus allen Quellen der Welt zu schöpfen und - Jeder hat die Chance, mit seinen Werken ein Millionenpublikum zu erreichen.“ (Rexrodt 1998, 2) Er sieht vor allem drei Handlungsfelder, 1. die Sicherheit der NutzerInnen, 2. den Zerfall der Gesellschaft in jene mit Zugang und jene ohne Zugang zu verhindern und 3. Demokratie und Pluralismus in den Netzen zu erhalten. Hierbei schreibt er dem Internet Demokratisierungspotentiale zu, „Autoritäre Regime, zum Beispiel in Asien, stellen mit Schrecken fest, daß sie ihre Länder gegen unliebsame Informationen von außen kaum mehr abschotten können. Demokratie und Pluralismus sind dort auf dem Vormarsch, das hält niemand mehr auf. Das Internet leistet dazu einen wichtigen Beitrag.“ (Rexrodt 1998, 7) Andererseits setzt sich die F.D.P. in ihrem Entwurf zum Wahlprogramm 1998 für die konsequente Beseitigung von Regulierungen, die dem Wettbewerb und damit dem Standort Deutschland schaden könnten, ein.

Die PDS fordert Grundlegende Reformen, „damit allen Menschen nach ihrem Willen und Können Zugang zu jeder Form und Stufe von Bildung, Ausbildung, Kultur, Information und den Netzen der neuen Medien, frei von gesellschaftlichen Barrieren, möglich wird. (...) Um möglichst allen Teilen der Bevölkerung die Nutzung der neuen Medien - z. B. Internet - zu ermöglichen, fordert die PDS den kostenlosen Zugang öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken, Rathäuser usw. zu den Netzen. Notwendig ist generell eine deutliche Senkung der Orts-Telefongebühren.“ (Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998)

„Das Prinzip der Grundversorgung muß vom Gesetzgeber (...) auf die Netzkommunikation ausgedehnt und für diese strukturell gesichert werden. Das kann sowohl durch die Schaffung eines öffentlich-rechtlich organisierten Netzbereichs geschehen wie durch die rechtliche und materielle Förderung nichtkommerzieller Bürgerkommunikation im Netz. (...) Grundversorgung muß bedeuten, daß die Bürger durch jegliche Medien und mittels Informationspflicht von Institutionen weitaus besser als bisher üblich für die Beurteilung des gesellschaftlichen Diskurses und für eigenes Eingreifen in ihn ausgerüstet werden, wie auch direkt Gelegenheit dazu erhalten.“ (Bierstedt, PDS 1998)

In diesem Zusammenhang wurde von der PDS auch die Forderung nach einem freien Zugang zu den „Daten von Behörden nach dem Vorbild des „Freedom of Information Act““ (PDS 1995(a), 8) laut. Auch die Grünen fordern „Akteneinsicht“, um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. (vgl. Bundestagswahlprogramm 1998 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

7.4 Medienkompetenz

In einer Rede von PD Dr. Jörg-Dieter Gauger (CDU) zur Begrüßung und Einführung für Staatsminister Anton Pfeifer MdB am 04.11.1997 heißt es: „Wir haben daher in der Bundesregierung als unsere Zielvorstellung formuliert, dazu beizutragen, daß bis zum Jahr 2000 alle weiterführenden Schulen in Deutschland an das Internet angeschlossen sein sollen und daß die Arbeit mit Informationsnetzen in den Fachunterricht integriert wird. (...) Aber sie [die Informations- und Kommunikationstechnik] kann natürlich weder Unterricht noch Lehrer ersetzen, ein Computer ist kein Pädagoge (...) Das Ziel ist die Integration in den Fachunterricht, nicht etwa die Ausbildung zu jungen Programmierern oder Medienspezialisten. (...) Medienkompetenz kann sich dabei nicht allein auf das Umgehen-Können mit den neuen Medien beschränken. Sondern Medienkompetenz bedeutet, durch Bildung und Erziehung der Gefahr vorzubeugen, daß Simulation und Realität verwechselt werden, daß die Manipulationskraft der Medien unterschätzt wird und bedeutet, daß der Schüler in die Lage versetzt wird, zwischen Fiktion und Realität zu unterscheiden.“ (Gauger (CDU) 1997)

Wie die CDU steht auch die SPD hinter der Forderung „alle Schulen ans Netz“. Im SPD-Wahlprogramm heißt es: „Medienkompetenz wird mehr und mehr zur Schlüsselqualifikation“ (SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998(a))

Um die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechniken ausschöpfen zu können, so die SPD: „sind außerordentlich hohe Investitionen erforderlich. (...) Es entsteht ein Bedarf an kontinuierlicher Weiterbildung, an „lebenslangem Lernen“. Phasen der Erwerbstätigkeit werden mit Phasen der Qualifikation abwechseln. (...) Im Mittelpunkt der erforderlichen Bildungs- und Qualifikationsoffensive steht die Medienkompetenz, d.h. der kompetente und kritische, kreative und verantwortungsvolle Umgang mit den neuen Medien und elektronischen Informationen. So wie wir lesen, schreiben, Textinterpretation usw. in der Schule lernen, so muß auch der Umgang mit den audiovisuellen und interaktiven Medien gelernt werden. Medienkompetenz meint aber nicht nur den bewußten Gebrauch, sondern auch das Wissen über Hintergründe, Strukturen, Gestaltungsformen und mögliche Wirkungen der Medien. Medienpädagogik muß Fähigkeiten zur sinnvollen Nutzung und kreativen Gestaltung vermitteln als Voraussetzung dafür, daß mündige Bürgerinnen und Bürger durch einen verantwortlichen Mediengebrauch Qualitätsmaßstäbe beeinflussen und damit zur selbstbestimmten Gestaltung der Medienumwelt beitragen.“ (SPD 1997(b))

Die Grünen vertreten auch die Ansicht, daß die Vermittlung von Medienkompetenz dringende Voraussetzung bildet, die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen zu können.

„Der Tendenz zu einer Zweiklassenstruktur der Informationsgesellschaft muß frühzeitig entgegengewirkt werden. (...) Stärkung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger ist dabei eine unabdingbare Voraussetzung.“ (Bündnis 90/Die Grünen 1996,19)

„Kompetenter und kritischer Umgang mit multimedialen IuK-Systemen ist schon in der Schule zu vermitteln. Das kann jedoch weder LehrerInnen noch das Erlernen von Fähigkeiten wie soziale und kommunikative Kompetenz ersetzen. Der Einsatz von Computern in Schulen macht nicht weniger, sondern mehr Lehrkräfte notwendig.“ (Bündnis 90/Die Grünen 1996, 26)

Die F.D.P. fordert „Die Grundlagen für Medienkompetenz müssen bereits im Vorschulalter gelegt werden. (...) Die Handhabung von Informationstechnologien wird zukünftig zu den Grundkulturtechniken gehören, wie Lesen, Schreiben und Rechnen. (...) Informationen finden, selektieren, zusammenstellen, verknüpfen und bewerten werden wichtige Lernziele sein. (...)“

Die Schulen müssen mit den nötigen Anlagen ausgestattet sein.“ (F.D.P. Entwurf Wahlprogramm 1998). Die Ausstattung der Schulen soll nicht durch staatliche Regulierungsmaßnahmen sondern durch privates Sponsoring gewährleistet werden.

Für Rexrodt genügt es nicht „die Computer und die Programme allen zur Verfügung zu stellen, (...) Aufklärung und Bildung sind auch notwendig, damit sich unsere Gesellschaft nicht in eine „Informationselite“ einerseits und ein sogenanntes „Unterhaltungsproletariat“ andererseits spaltet.“ (Rexrodt 1998, 5)

Die PDS möchte ein Recht auf Wissen und Schulung umsetzen. Deshalb fordert sie die Bundesregierung auf, Regelungen im Bildungsbereich vorzuschlagen, „wie z.B. im Rahmen der politischen Bildung, der Schul-, Fort-, und Weiterbildung der Bevölkerung die erforderliche soziale und kommunikative Kompetenz im Umgang mit der Datenvielfalt vermittelt werden kann und die Bürgerinnen und Bürger für den Umgang mit ihren elektronisch gespeicherten persönlichen Daten, ihrer virtuellen Biographie, sensibilisiert werden können. (...) Ein allgemeines Recht auf hard- und softwareseitigen Zugang zu Information bleibt folgenlos, solange dem potentiellen Nutzer die soziale und fachliche Kompetenz zum Umgang mit derselben fehlt.“ (PDS 1995(a), 6)

7.5 Meinungsfreiheit und Schutz der Privatsphäre

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber drängt bezüglich der Zensur des Netzes auf „international wirksame Vereinbarungen“ (Angst vor der Anarchie. Politik im Cyberspace. Der Spiegel 1996; Jg. 50, Heft 13, Seite 132-142). Verbrechensbekämpfung und Jugendschutz sind für die CDU wichtige Aspekte, aber aus wirtschaftlichen Gründen verhält sie sich ambivalent gegenüber Regelungen, welche eine Zensur der Netze oder den Datenschutz betreffen.

„Die Sozialdemokraten verlangen offene, interaktive Netzstrukturen wie das Internet, die es allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglicht, Nachrichten, Informationen und Daten zu empfangen und zu senden sowie die Meinungsvielfalt zu sichern.“ (Pressezentrum des Deutschen Bundestages, Bundestag Heft - Forschung Heft 1/22.01.97)

Um eine Nutzung der Kommunikationstechniken zu gewährleisten, „darf der Staat keine neue Überwachungsbürokratie schaffen. Derartige Pläne sind ungeeignet, Kriminellen das Handwerk zu legen. Sie würden nur dazu führen, daß rechtstreue Bürger um die Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen und Privatangelegenheiten fürchten müssen“. (SPD 1998(b))

Die Grünen mit ihrem Medienpolitischen Programm „orientieren sich vor allem an der in Artikel 5 des Grundgesetzes verankerten Meinungs- und Informationsfreiheit sowie den Grundsätzen des Pluralismus und der informationellen Grundversorgung. Diese Werte sind konstitutiv für eine kritische Öffentlichkeit und damit für die Demokratie. Medien dürfen weder dem Staat noch ökonomischen Interessen geopfert werden.“ (Bündnis 90/Die Grünen 1996) Die Bündnisgrünen legen besonderes „Gewicht auf den Datenschutz. Sie setzen sich für einen umfassenden und einheitlichen Schutz von Personendaten in elektronischen Diensten ein. Die genutzte Technik sei grundsätzlich so zu gestalten, daß möglichst wenig personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Ein „Mediennutzungsgeheimnis“ müsse den Bürger vor einer Überwachung seines Verhaltens schützen. Bestehende Rechtsvorschriften sollten den neuen Entwicklungen angepaßt werden. (...) [Auch für Anbieter sollte es keine besondere Zulassung geben] Der Zugang zum Internet sollte nicht reguliert werden. Schließlich seien „Meinungsfreiheit und nicht existente Zensur“ ein „Kennzeichen demokratischen Selbstbewußtseins“.“ (Pressezentrum des Deutschen Bundestages, Bundestag Heft - Forschung Heft 1/22.01.97)

So heißt es denn auch im Wahlprogramm der Grünen: „Internet und Mailboxen bieten neue Möglichkeiten einer offenen, vielfältigen und demokratischen Kommunikation. Wir lehnen daher Zensurmaßnahmen ab. Für die notwendige Verfolgung von Kinderpornographie und anderer strafbarer Inhalte bedarf es keiner neuen Gesetze, sondern der besseren technischen Ausstattung von Strafverfolgungsbehörden. NutzerInnen hinterlassen Datenspuren in elektronischen Netzen. Hier werden sensible personenbezogene Daten transportiert. Wir wollen daher verbesserte Regelungen zum Daten- und VerbraucherInnenschutz.“ (Bundestagswahlprogramm 1998 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Die F.D.P. lehnt den gläsernen Bürger ab. (...) Ziel ist prinzipiell die alleinige Verfügung des einzelnen über die seine Person betreffenden Daten. (...) Ein Kryptographie-Verbot sowie die Pflicht zur Hinterlegung von Schlüsseln bei staatlichen Stellen lehnt die F.D.P. ab. (...) e-mails sind zu behandeln wie Briefpost. Ebenso wie ein Briefgeheimnis muß es ein e-mail-Geheimnis geben. (...) Die F.D.P. setzt in erster Linie auf freiwillige Selbstkontrolle. (...) Wir brauchen ein weltweites Urheberrecht. (...) Urheber und ausübende Künstler sollten auch für die digitale Nutzung ihrer Werke und Leistungen eine angemessene Vergütung erhalten. (...) Die rechtliche Voraussetzung für die digitale Signatur und den Aufbau einer entsprechenden privatwirtschaftlich organisierten Informationstechnik-Sicherheitsinfrastruktur müssen auf europäischer und internationaler Ebene geschaffen werden.“ (F.D.P. 1997(b), 6)

Die PDS befürchtet, daß Kriminalitätsprävention zum Orwell'schen Überwachungsstaat führen könnte. „Weitaus größer als die daraus [aus den technischen Entwicklungen] resultierende Gefahr des kriminellen Mißbrauchs ist die der Verwirklichung der Orwell'schen Vision vom gläsernen Menschen. Dies zu verhindern erfordert demokratische Kontrolle und Regulierung soviel wie nötig statt so wenig wie möglich. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird bei unreguliertem Informationstechnik-Einsatz endgültig zur Fiktion.“ (PDS 1995(a), 3) Verhindert werden müsse, „daß Persönlichkeitsbilder aus den Daten zum Kommunikations- und Medienverhalten der Anwender entwickelt werden, personenbezogene Daten mißbräuchlich oder ohne Wissen der Betroffenen verwendet werden, unbefugte Personen in Kommunikationsprozesse eingreifen können. (...) Das elektronische Briefgeheimnis ist zu gewährleisten.“ (PDS 1995(a), 7f)

Ebenso wie für den Schutz der Privatsphäre setzt sich die PDS für die „Sicherung von Meinungsfreiheit, Pluralismus und Informationsvielfalt“ (PDS 1995(b), 3) ein. „Zensur auf Datenautobahnen und Datenträgern [darf] nicht stattfinden“ (PDS 1995(a), 5).

8 Überblick über politische Institutionen im Web

„Deutschland liegt, was die Nutzung elektronischer Netze für geschäftliche wie für politische Kommunikation angeht, noch deutlich hinter den USA zurück. (...) Zu Beginn des Jahres 1995 gab es praktisch keine politischen Informationen im deutschen WWW. Im Oktober 1995 waren dort schon über 50 Organisationen vertreten. Dazu gehören die großen Parteien, verschiedene Ministerien und Landesregierungen. (...) In der politischen Kommunikation spielten in Deutschland die „Mailboxen“ eine Art Vorreiterrolle.“ (Stegger, 1996, 795)

Die politischen Angebote im Netz wachsen seit 1995 beständig und bilden mittlerweile einen festen Bestandteil der Netzwelt. Die Parteien nutzen das Netz vorwiegend als Marketinginstrument, demonstrieren Technikglaube und Jugendlichkeit und sind laut Krempf (1998) „von Werbeagenturen durchgestylt, werden ständig aktualisiert,“ (Krempf 1998, 1) und dienen hauptsächlich der Verbreitung der jeweiligen Wahlkampfbroschüren. Ich möchte hier einen kleinen Überblick über die politischen Bundesinstitutionen¹⁵ im Netz geben, der natürlich keineswegs vollständig sein kann, da erstens das Angebot mittlerweile zu groß ist und zweitens täglich neue Web-Sites hinzu kommen. Die Angebote der Bundesministerien, der Bundesgerichte, der Bundesämter und der Bundesanstalten werden nur aufgezählt und nur auf das Angebot des Statistischen Bundesamtes, das Informationen zur Wahl bereitstellt, wird inhaltlich eingegangen. Da die Bundestagsfraktionen bei der intensiven Analyse der Parteien im Web in Kapitel neun nicht gesondert berücksichtigt werden konnten, wird hier eine knappe Beschreibung gegeben. Die zahlreichen „inoffiziellen“ Angebote, die Informationen rund um den Wahlkampf bieten, können aus Zeit- und Platzgründen nur exemplarisch aufgenommen werden. Da diese aber oft die interaktiven Potentiale des Netzes besser veranschaulichen, als dies bei den Institutionen des Bundes oder den Parteiangeboten der Fall ist, wollte ich auf die Aufnahme dieser „inoffiziellen“ Angebote in den Überblick nicht verzichten.

8.1 Bundespräsident - www.bundespraesident.de

Die Site des Bundespräsidenten bietet Informationen zum *Bundespräsidenten*¹⁶, zur *Frau des Bundespräsidenten*, zu Aktionen des *Bundespräsidenten im Inland*, wie *im Ausland*, über eine Initiative „*Fit fürs Informationszeitalter*“ von Unternehmen mit dem Bundespräsidenten, über den *Deutschen Zukunftspreis* (Preis des Deutschen Bundespräsidenten für Technik und Innovation) und über die bisherigen *deutschen Bundespräsidenten* (Biographien und Fotos). *Ein Rundgang durch das Schloß Bellevue* und *durch die Villa Hammerschmidt* werden angeboten, die *Reden von Roman Herzog* (auch in englischer, französischer und spanischer Sprache) können gelesen werden und über einen *Service*-Bereich können *Informationsmaterialien* (die gewünschte Bestellung muß man per Post aufgeben, eine Post Adresse ist angegeben) bestellt, e-mails an den Bundespräsidenten verschickt oder unter *Aktuelles* ausgewählte Termine des Bundespräsidenten eingesehen werden. Das Angebot steht wahlweise auch als Textversion zur Verfügung.

¹⁵ Die Angebote der Bundesländer sind viel zu zahlreich, als daß man sie hier mitberücksichtigen könnte.

¹⁶ Im Folgenden werden Rubriken oder Verweise auf weitere WWW-Seiten der Angebote *kursiv* geschrieben. In dieser Rubrik sind *Biographie*, *Amtsverständnis*, *Veröffentlichungen* vom Bundespräsidenten, *Literatur* über den Bundespräsidenten und *Stimmen* zum Bundespräsidenten enthalten.

8.2 Deutscher Bundestag - www.bundestag.de

Das Angebot des Deutschen Bundestages präsentiert *Pressemitteilungen, heute im Bundestag, die Woche im Bundestag* und Plenar- und Ausschußsitzungsprotokolle in der Rubrik *Aktuelles*. Die Rubrik *Abgeordnete* stellt *Biographien* und *Wahlkreisergebnisse* zur Verfügung. Die *Gremien* wie *Präsidium, Ältestenrat* und die unterschiedlichen *Ausschüsse* werden vorgestellt, zu *Europa (EP-Abgeordnete, Internationale Beziehungen etc.)* und natürlich zur Wahl '98 werden ebenfalls Informationen angeboten. Eine *Infothek (GG, GO, Weg der Gesetzgebung, Wahltermine etc.)* und *Datenbanken zur Gesetzgebung (DIP) und Parteienfinanzierung* stehen zur Verfügung. Zahlreiche Dokumente zum *Download*, Bestellung von *Infomaterial*, ein *Briefkasten*, eine *Mailingliste*, das *Gesamtverzeichnis der Abgeordneten*, ein *Diskussionsforum* und *Online-Konferenzen mit Fraktionsvorsitzenden* werden ebenso angeboten wie eine sehr komfortable *Suche* und die Anmeldung zu einem Besuch des Bundestages kann online vorgenommen werden. Verweise zu den *Fraktionen/Gruppen* erlauben einen Besuch bei denselben. Das Informationsangebot zur Bundestagswahl 1998 besteht aus Infos zu *Wahlen und Wahlverfahren*, zu den *Rechtsgrundlagen* und zur *Parteienfinanzierung*. *Wahlergebnisse bis 1994, einen Streifzug durch die Geschichte* sowie *Begriffe rund um die Bundestagswahl* und ein *Archiv* können abgerufen werden. Weitere Informationen zur Wahl können entweder beim Bundeswahlleiter gefunden werden, der über einen Link zu erreichen ist, oder über ein *persönliches Wahlpaket* bestellt werden. Informationen über den Umzug des Bundestages *von Bonn nach Berlin* werden ebenfalls bereitgestellt. Das besondere des Angebots des Bundestages stellen zweifellos die *Online-Konferenzen mit den Vorsitzenden der Fraktionen und der Gruppe* dar, deren Transkripte selbstverständlich auch eingesehen werden können.



Abbildung 8-1: Online-Konferenzen im Webangebot des Deutschen Bundestages

8.3 Bundesregierung - www.bundesregierung.de

Für das Webangebot der Bundesregierung und des Bundeskanzlers ist laut *Impressum* das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) verantwortlich. Angeboten werden Information über den *Bundeskanzler* (siehe Kap. 8.4), über das *Bundeskanzleramt*, die *Bundesregierung*¹⁷, über *Europa* und andere *Themen* (*Reformen für mehr Arbeitsplätze, Aufbau Ost, Wirtschaft, Soziales* etc.). *Presseinformationen* (*Pressemitteilungen, Termine, Bulletin, Periodika, Bilder*, ein *Archiv* und eine *Mailingliste*) und ein *Bestellservice* zur online Bestellung von Broschüren (auch als Download) werden angeboten. Ein Rückblick auf die letzten *50 Jahre Bundesrepublik*, ein Verweis zum „*YoungNet*“ (<http://www.youngnet.de>), *Suche* und *e-mail* Kontakt können in Anspruch genommen werden. Das Angebot ist auch in englisch, französisch und spanisch abrufbar.

8.4 Bundeskanzler - www.bundeskanzler.de

Zum *Bundeskanzler* bietet das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) *Kanzler News, Aufgaben, Lebenslauf, Stimmen der anderen, Stimmen der Medien, Prominente über den Kanzler, Der Bundeskanzler über ...*, *Stationen seit 1982* und eine *Kanzlergalerie* der Bundeskanzler seit 1949 mit Kurzbiographien. Informationen über das *Bundeskanzleramt*, die *Schwerpunkte der Politik* und Statements des Bundeskanzlers zu *Politik von A-Z* sowie seine *Reden und Ansprachen* können in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache gelesen werden. Ein ganz besonderes Schmankerl ist das Angebot „*Kanzler for Kids*“, graphisch sehr anspruchsvoll gestaltet mit vielen Fotos und Unterhaltsamem, z.B. den Lieblingsrezepten des Kanzlers. Ein Verweis zur Bundesregierung und die Kontaktaufnahme per e-mail stehen zur Verfügung.

8.5 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - www.bundesregierung.de/impressum/bpa.html

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ist unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellt. Es bietet Informationen über die *Gründung des Presse- und Informationsamtes* und über *Verfassungsrechtliche Grundlagen der Arbeit des Bundespresseamtes* an. Die Aufgabengebiete des Presse- und Informationsamtes werden dargelegt in den Bereichen *Informationen aus erster Hand, Informationsservice für Bürgerinnen und Bürger im Inland, für Medien, für das Ausland* und *für die Regierung*. Man kann *Fakten und Zahlen* über das Presse- und Informationsamt und Interessantes über die Info-Tour durch die neuen Bundesländer 1997 mit den *BPA-Infobussen* in Erfahrung bringen, sich den zukünftigen Sitz des *Presse- und Informationsamt in Berlin* anschauen oder ein *E-Mail* ans Presse- und Informationsamt schicken.

8.6 Bundesministerien

Einen Überblick der Bundesministerien und anderer Bundes- und Länderinstitutionen im Web wird von der „Initiative Informationsgesellschaft Deutschland“¹⁸ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) angeboten. Das Auswärtige Amt,

¹⁷ Mit Informationen über die *Ministerien, Arbeitsschwerpunkte, Organisation und Funktion* und über *Verfassungsrechtliche Grundlagen*.

¹⁸ Eine Liste der www-Adressen der Bundes- und Länderinstitutionen wird vom Server der „Initiative Informationsgesellschaft Deutschland“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie unter der www-Adressen <http://www.iid.de/service/bundeslinks.html> angeboten.

das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Justiz, das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Bundesministerium für Verkehr, das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg), das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bieten ihre Informationen per Webpages an.

8.7 Bundesgerichte

Der Bundesgerichtshof, das Bundesarbeitsgericht und das Bundesverwaltungsgericht stellen den NetznutzerInnen ein reichhaltiges Informationsangebot zur Verfügung.¹⁹

8.8 Bundesämter

Bundesamt für Finanzen (BfF), Bundesamt für Post und Telekommunikation (BAPT), Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB), Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred), Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel (BAWe), Bundeskartellamt, Bundeskriminalamt (BKA), Bundessortenamt (BSA), Luftfahrt-Bundesamt, Statistisches Bundesamt und Umweltbundesamt (UBA) sind mit ihren Informationsangeboten im Web vertreten.²⁰

8.8.1 Statistisches Bundesamt mit dem Bundeswahlleiter - www.statistik-bund.de

Auf das Angebot des Statistischen Bundesamtes gehe ich gesondert ein, da es Informationen zur Bundestagswahl anbietet. Gleich auf der Startseite kann man zum *Bundeswahlleiter* abzweigen. Der *Bundeswahlleiter* bietet Informationen über Aufgaben desselben, über *Wahltermine* von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen bis September 1999, über *Europawahl* und über die *Bundestagswahl*. Hinter dem Verweis zur *Bundestagswahl* verbergen sich *aktuelle Pressemitteilungen*, *Hintergrundinformationen*, *Ergebnisse früherer Bundes- und Landtagswahlen*, Informationen über das *Wählen von Deutschen im Ausland*, den *Wahltag* und den *Bundestag*, und schließlich kann man hier nochmals die *Wahltermine* einsehen. Eine *Sammlung der Unterlagen von politischen Parteien* (Satzung, Programm, Namen der Vorstandsmitglieder) müssen beim Wahlleiter hinterlegt werden und können gebührenfrei angefordert werden. Ein *Anschriftenverzeichnis der Parteien, die beim Bundeswahlleiter ihre Unterlagen hinterlegt haben*, das *Parteiengesetz*, das *Bundeswahlgesetz*, die *Bundeswahlordnung*, Auszüge aus dem *Grundgesetz*, ein *ABC der Bundestagswahl* und Informationen über den *Bundeswahlausschuß* und den *Landeswahlausschuß* findet sich auch in der Rubrik *Sammlung der Unterlagen von politischen Parteien*. Eine Linksammlung mit WWW Adressen zum Thema „Wahlen“ und eine *Hilfe*, die die Navigationselemente beschreibt, sind im Angebot enthalten.

¹⁹ Die Bundesgerichte sind auch in der Liste siehe oben enthalten.

²⁰ Die Bundesämter sind ebenfalls in dieser Liste enthalten.

8.9 Bundesanstalten

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA), Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), Bundesanstalt für Fleischforschung (BAFF), Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung (BAGKF), Bundesanstalt für Gewässerkunde (BFG), Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), Bundesanstalt für Wasserbau (BAW), Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ), Bundesforschungsanstalt für Ernährung (BFE), Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft (BFH), Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) sind im Web präsent.

8.10 Parteien / Fraktion (aus dem Bundestag)

8.10.1 Die Parteizentralen der Bundesverbände

Die Webangebote der Bundesparteien werden in Kapitel neun ausführlich analysiert, deshalb möchte ich an dieser Stelle nicht gesondert auf deren Angebote eingehen und auf Kapitel neun verweisen.

8.10.2 Fraktion der CDU/CSU - www.cducsu.bundestag.de

Die Site der CDU/CSU-Fraktion bietet Informationen in den Rubriken *Wir über uns*²¹, Politische Themen von A-Z (die politischen Bereiche mit *Ansprechpartner* und *Pressemitteilungen*), *Aufbau Ost*, *die 295 Abgeordnete von CDU und CSU* (Alphabetisch sortiert oder per Kartenklick für einen bestimmten Wahlkreis) und *Zeitthemen*²². In der Rubrik *Infodienste*, *Links* werden weitere Informationsdienste (*Bundestag aktuell*, *Stichworte der Woche*, *Klartext Bericht aus Bonn*, *Bürgerpost* etc. und natürlich viele Links) angeboten. Ein *Audiodienst* mit zahlreichen Stellungnahmen der CDU- und CSU-Politiker in Form von Audiodateien, die über Telefon oder Internet abrufbar sind und *Video-Clips mit Wolfgang Schäuble* können angeschaut und auf die eigene Festplatte kopiert werden. Die *Erfolgsbilanz*, das *Zukunftsprogramm*, der *Arbeitsbericht für die 13. Wahlperiode* und *Neue elektronische Broschüren* werden zum Download oder Online Lesen angeboten. Die Möglichkeit der Kontaktaufnahme per e-mail mit der Fraktion und mit dem Fraktionsvorsitzenden *Dr. Wolfgang Schäuble*, seine *Reden* und *Presstexte* werden geboten, und ein Hyperlink zur Site der *CSU-Landesgruppe* bietet CSU-Spezifisches.

8.10.3 Fraktion der SPD - www.spdfrak.de

Die SPD-Fraktion bietet zu den Rubriken *Wir über uns* (*Vorstand*, *Arbeitsgruppen*, die *Abgeordneten alle auf einen Blick* oder *in einer Liste in 10er-Schritten* oder per *Such-Formular*), *Veranstaltungen* (ein Veranstaltungskalender sortiert nach *Datum*, *Ort* oder *Rednern*), *Fraktionsmaterialien* (*Veröffentlichungen*, *Broschüren* und *Faltblätter* mit der Möglichkeit der *Suche* und ein *Presseservice-Abo*), *Bundestagsdrucksachen* (nach *Ausschüssen* sortiert oder durch *Suche* unterstützt), *Junge Abgeordnete* (*Dokumente der Jungen Abgeordneten*, eine Liste der Jungen Abgeordneten *von A-Z* und Informationen zu der *Jugendaktionswoche der*

²¹ Hier kann man Infos über *Fraktionsvereinbarungen*, *Grundsatzprogramm*, *Regierungsprogramm*, *Regierungserklärung*, die *Koalitionsvereinbarungen* und die *Arbeitsordnung* finden.

²² Bei meinen Untersuchungen der Web-Angebote ist es mir allerdings nie gelungen den Inhalt der Rubrik *Zeitthemen* abzurufen.

SPD-Fraktion) und *Europa-Abgeordnete* Informationen an. Andere SPD-Organisationen im Web können über die angebotenen *Links* besucht werden, und es werden drei unterschiedliche e-mail Variationen angeboten: 1. Für politische Fragen; 2. Zur Bestellung von Informationsmaterial und 3. Für technische Fragen und Probleme. Informationen zum technischen Aufbau des Webangebots und Empfehlungen für Bildschirmauflösung und Browser-Software werden in den Bereichen *Technik* und *Hilfe* offeriert.

8.10.4 Der Virtuelle Ortsverein der SPD - <http://vov.de>

Der Virtuelle Ortsverein der SPD (VOV) ist ein Zusammenschluß von NetzteilnehmerInnen, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören oder ihr nahestehen. Er ist vom Parteivorstand als Arbeitskreis anerkannt. Die Mitglieder des VOV kommunizieren über automatische Mailverteiler miteinander und diskutieren in den Newsgroups *de.org.politik.spd*, *de.soc.politik*, *de.soc.netzwesen*, *de.soc.recht.misc* und *de.soc.zensur*. Antragsentwürfe werden als Diskussionsaufruf (Request for Discussion) verschickt, und abgestimmt wird selbstverständlich auch elektronisch. Der Wahlleiter verschickt im Auftrag des Antragstellers einen Wahlauf Ruf (Call for Votes), und jedes VOV-Mitglied kann durch eine Mail an den Abstimmungsaccount wählen. Das Ergebnis wird über den Mailverteiler bekannt gegeben und ggf. in den Newsgroups und im WWW öffentlich gemacht. (vgl. Frequently Asked Questions des VOV, <http://vov.de/allgemeines/>)

Der Server bietet Informationen zu den Bereichen *Aktuelles*, *Allgemeines*, *Nachgedachtes*, *Schriftliches*, *Vernetztes*, *Verschiedenes*, *Internes* (nur für Mitglieder des VOV) und *Hilfe*. Zur Navigation werden Icons angeboten, ein *Index*, eine *anklickbare Graphik*, die die Struktur des Servers abbildet, und eine *Suchmaschine* erleichtern das Auffinden von Informationen.

8.10.5 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - www.gruenebt.de

Seit Oktober 1996 sind die Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen im Internet vertreten. Das Angebot der Bündnis 90/Die Grünen gliedert sich in fünf Bereiche: *Aktuell*²³, *Unsere Themen*, *Publikationen*, *Archiv* und *Über uns*. *Unsere Themen* bietet einen Zugang zur politischen Arbeit der Arbeitskreise und Fachbereiche. Im Bereich *Publikationen* sind alle von der Fraktion veröffentlichten Publikationen zum Online-Lesen, Download oder als Online Bestellung erhältlich. Das *Archiv* bietet Zugriff auf *Pressemitteilungen*, *Bundestagsreden*, *Stellungnahmen parlamentarischer Initiativen*, eine *Schlagwortliste* vereinfacht die Suche im *Archiv*. Die Rubrik *Wir über uns* enthält Informationen über *Abgeordnete*, *Fraktionsvorstand*, *Funktionsbereiche*, *Arbeitskreise*, *Arbeitsbereiche* und ein *Impressum*. Auf dem Server stehen eine *Site-Map* (Organigramm zur besseren Übersicht, was, wer und wo sich welche Informationen auf dem Fraktions-Server befinden), *Links* zu grünen Sites, *ein E-mail-Abo* (mit mehreren Auswahloptionen), ein moderiertes *Diskussionsforum* mit Anmeldung, die *E-Mail* Adressen der Fraktion und der Abgeordneten sowie eine *Suche* mit logischen Verknüpfungen, Klammerung, Bereichsauswahl und Trunkierung (*Tips zur Suche* liefern Hilfestellung) zur Verfügung.

8.10.6 Fraktion der F.D.P. - www.liberale.de/fraktion/

Die F.D.P.-Bundestagsfraktion als ein Angebot des F.D.P.-Servers bietet viele der Rubriken, die auf der „Dach“²⁴- Site des Liberalen-Servers auch zu finden sind, so die Bereiche *Aktuel*

²³ Hier werden *Pressemitteilungen*, *Pressekonferenzen*, eine *Terminvorschau*, aktuelle *Bundestagsreden* und Dokumente der *Parlamentarischen Initiativen* angeboten.

²⁴ Auf dem FDP-Server befinden sich Fraktion, Bundespartei und Junge Liberale unter einem „Dach“, und von der gemeinsamen Homepage kann auf das Angebot der Fraktion, der Partei und der Jungen Liberalen zugegriffen werden. Nur spezielle Bereiche sind auf den jeweiligen Sites unterschiedlich.

les²⁵, *Termine* (überregionale Termine), *Diskussion*, *Gästebuch* und *Hilfe*. Die Rubrik *Wir über uns* (*Fraktionsvorstand*, *Arbeitskreise*, *Impressum*) bietet Informationen speziell zur Fraktion. Eine *Aktuelle Bilanz*, die *Bundestagsabgeordneten* mit e-mail, *aktuelle Fotos*, *frühere Veranstaltungen*, *Live im Internet* (z.B. „*Dr. Hermann Otto Solms besucht die Internet-Firma Netlantic, Bayern*“) und ein *Live-Chat* werden auf der Homepage angeboten bzw. angekündigt. Das Design, Navigationselemente und die Menüleiste sind bei den Seiten der Fraktion identisch mit denen der „Dach“-Site der F.D.P. (siehe Kap. 9.1.1).

8.10.7 Bundestagsgruppe der PDS - www.pds-online.de/bt/

Die Bundestagsgruppe der PDS bietet über den Menüpunkt *Rubriken* Informationen über das Angebot des Servers. Die Rubrik *Aktuelles* bietet Neues im Online-Angebot der PDS und Informationen rund um den Server, bei *PDS live*²⁶ werden Online-Diskussionen und Protokolle der Live-Chats angeboten. *Kontakte* bietet Informationen über Struktur und Arbeitsweise der PDS-Bundestagsgruppe, e-mail-Adressen, Verweise zu anderen WWW-Seiten der PDS und zum PDS-Netz. Die Mitglieder der PDS-Gruppe im Bundestag findet man hinter *MDBs*, die Rubrik *Publikationen* bietet die Online-Ausgaben von *Wirtschaft - Soziales - Widerstand*, *Querblick* und *Rheinblick - Nachrichten aus Bonn* an, und täglich aktuelle *Pressemitteilungen* und *Bundestagsreden* kommen selbstverständlich in der Rubrik *Pressemitteilungen* vor. Die Rubrik *Anträge und Gesetzesentwürfe* ist selbstredend und bei *Themen* sind Publikationen, Reden, *Pressemitteilungen* und *Anträge* nach Themen aufbereitet. *A-Z* liefert Stichworte von *Abrüstung* bis zur *Zumutbarkeit* von Arbeit und was die PDS dazu zu sagen hat und natürlich, nicht zu vergessen, die *Termine* der PDS. In der Fußzeile wird zur Orientierung eine Menüleiste angeboten. *Kontakt* per e-mail und eine *Suche* stehen im Fußzeilen-Menü zusätzlich zu den thematischen Rubriken zur Verfügung. Die PDS-Hochschulzeitung *crosspoint* ist neuerdings in der Rubrik *Publikationen* zu finden, und *Pressemitteilungen* können per e-mail-Abo vom *Presseverteiler* angefordert werden.

8.11 Parteiunabhängige Angebote zur Bundestagswahl

Nur ein paar Beispiele interaktiver Angebote im Web sollen hier einen Eindruck dessen, was möglich ist, vermitteln.

8.11.1 Die Landeszentrale für politische Bildung NRW - www.lzpb.nrw.de

Die Landeszentrale für politische Bildung NRW bietet außer Informationen zu Wahlen auch eine *Testabstimmung* an. Klickt man auf den Verweis *Links* der Homepage und dann weiter auf *Wahlen 1998* findet man zahlreiche Informationen rund um die Wahlen. Es werden Rubriken angeboten wie *Aktuell*, *Wozu wählen?*, *Daten und Themen* (*Parteien*, *Wahlkampfthemen '98* etc.), *Wahlen im Netz* (*Experten zur Wahl*, *USA 2000*), ein *Netguide* (*Links zu Parteien*, *Online-Medien*, *Foren*, *Chats*, *Newsgroups*), *Wahlkampfwerkzeuge* (über *Medien*, *Öffentlichkeit* und die *Wählerschaft*), ein *Archiv* und die Rubrik *Prognosen*, in der man auch die *Testabstimmung* findet. Zur Teilnahme an der *Testabstimmung* müssen keine persönlichen Daten angegeben werden, es wird nur nach *Arbeitsweg*, *Verdienst*, *Geschlecht* und *Alter* gefragt. Sicherheitsmechanismen, die ein mehrmaliges Abstimmen verhindern, sind leider keine imple-

²⁵ Mit *Pressemitteilungen* von *Partei*, *Fraktion* und *Julis*, wobei eine Auswahlmöglichkeit der Anzeige z.B. von *Pressemitteilungen* nur von der Fraktion möglich ist. Ein *Journalistenservice* bietet *Aktuelle Informationen* der Partei als e-mail-Abo.

²⁶ Leider ist diese Rubrik auf der Homepage der PDS-Fraktion (30.07.98) nicht zu finden, und wenn man im Suchformular „*Live-Chat*“ eingibt, erhält man das Transkript des *Live-Chats* mit *Gregor Gysi* im November 1997.

mentiert, und so sind Rückschlüsse auf die Repräsentativität dieser Abstimmung schwer möglich.

8.11.2 Politik Forum Deutschland - www.politik-forum.de

Das Politik-Forum Deutschland ist aus einer studentischen Initiative entstanden mit dem Ziel, die politische Kultur und die Meinungsbildung jenseits des Massenmedien-Mainstreams zu fördern. Seit Oktober 1997 wird eine parteiunabhängige Plattform zur Diskussion angeboten. Die Besucher sollen die Themen, über die sie diskutieren möchten, selbst auswählen, und die Linklisten können von den BesucherInnen eigenmächtig erweitert werden. Es besteht die Möglichkeit, eine politische *These* zu verfassen und diese dann zur *Diskussion* zu stellen. Schließlich kann man über die These in Form einer *Umfrage* abstimmen lassen bzw. selber abstimmen. Es können anonyme Beiträge ebenso gemacht werden wie es möglich ist, seinen *Namen schützen* zu lassen. Ein *Gästebuch*, ein *Newsletter* als e-mail-Abo, Kontaktaufnahme per *E-Mail* und *FAQs/Hilfe*, die zum besseren Verständnis beitragen, stehen zur Verfügung. Eine *Linksammlung* zu politischen Institutionen/Informationen, die wie weiter oben schon erwähnt, durch die BesucherInnen selbst erweitert werden kann, wird angeboten und außerdem täglich ab 21:00 Uhr ein moderierter *Chat* mit freier Themenwahl.

8.11.3 Wahlkampf98 - www.wahlkampf98.de

Wahlkampf98 ist ein partei- und verlagsunabhängiges Internet-Projekt mit dem Ziel der Schaffung einer pluralistischen Plattform auf Basis täglich aktueller Informationen zum politischen Geschehen. Rubriken sind: *News*, *Informatives*, *Termine*, *Hilfe*, *Wahlkampf*, *Fun*, *Diskussion*, *Über uns*. „Inzwischen besteht eine Partnerschaft mit nahezu allen großen Printmedien. Auch die Bundestagsparteien werden voraussichtlich mit einem eigenen Angebot kooperieren. Seit Mitte März sind Foren installiert, ab Mai werden ein tagespolitischer Chat und weitere Service-Angebote zur Verfügung stehen.“ (Walther 1998, 16)

Auch eine online-Umfrage ist im Sortiment. Diese Umfragen werden monatlich durchgeführt, die Ergebnisse werden veröffentlicht. Per Mailwahantrag muß man sich zuvor identifizieren und bekommt dann durch einen Code die Berechtigung, an der Umfrage teilzunehmen. Diese Prozedur ist erforderlich, um mehrmaliges Abstimmen zu verhindern.

8.11.4 Wahlstreet - www.wahlstreet.de

Seit dem 28.03.98 bietet die Wahlstreet eine Börse für politische Themen. Initiiert wurde die Site von „Die Zeit“, „Tagesspiegel“ und „Ecce Terram“. Nach einer Anmeldeprozedur kann jede/r Aktien einer Partei erwerben, handeln oder abstoßen. Es soll sich hierbei um ein ernstzunehmendes Prognoseinstrument handeln. Durch die Selbstregulierungskräfte der Börse möchten die Initiatoren bessere Prognosen erzielen als durch Wählerumfragen.

8.11.5 Wahlen.de - www.wahlen.de

Wahlen.de ist eine Web-Site, die Umfragen zu aktuellen Themen durchführt. Es gibt kein Anmeldeverfahren, bis vor kurzem war auch mehrmaliges Abstimmen hintereinander möglich. Durch eine automatisch generierte Abstimmung, die ein sehr unwahrscheinliches Ergebnis produzierte, wurden die Betreiber alarmiert und haben Gegenmaßnahmen ergriffen. Inzwischen kann nur einmal täglich an der Abstimmung teilgenommen werden.

8.11.6 Spiegel Online Netz-Wahl - www.spiegel.de/wahlkampf/

Außer der Bereitstellung von Hintergrundinformationen zur Bundestagswahl und einer Reihe von „Spiegel“-Artikeln zur Wahl werden hier regelmäßig online-Umfragen durchgeführt und

ausgewertet. Durchschnittlich beteiligten sich an den ersten drei Umfragen ca. 3 000 NutzerInnen. Durch Ausfüllen eines online-Formulars unter Angabe von Alter, Geschlecht, e-mail Adresse, Bundesland, Ortsgröße und wie man bei der Bundestagswahl 1994 gewählt hat, muß man sich beim Server identifizieren. Nach dem Eintrag erhält die InteressentIn per e-mail eine Teilnahmeberechtigung in Form einer persönlichen Nummer. Mit dieser Nummer ist man dann zur Stimmabgabe berechtigt. Um diesen Schutz vor mehrmaliger Abstimmung zu unterlaufen, ist es nötig, mehrere e-mail Adressen zu haben.

9 Parteien im Wahlkampf '98 im Internet

In diesem Kapitel sollen anhand der in Kapitel sechs herausgearbeiteten Bewertungskriterien die Web-Sites der Parteien analysiert werden. Ich beschränke mich hier auf die Bundestagsparteien CDU (www.cdu.de), CSU (www.csu.de), SPD (www.spd.de), F.D.P. (www.liberales.de), Bündnis 90/Die Grünen (www.gruene.de) und PDS (www.pds-online.de). Die Untersuchung wurde in den Monaten Juni und Juli 1998 durchgeführt und beschreibt den Stand Ende Juli 1998. Gegenstand der Analyse ist, inwieweit die Parteien ein transparentes Informationsangebot bieten, das über Werbeslogans und wenig aussagekräftiges Bild- und Ton-Material hinausgeht, ob die Nähe zum Bürger sich z.B. durch das Beantworten von e-mails äußert und ob durch Gästebücher, Diskussionsforen, Chats, Online-Konferenzen oder Abstimmungen dem Bürger Mitsprache eingeräumt wird.

9.1 Das Informationsangebot

9.1.1 Organisation des Angebots

Seit Oktober 1995 gibt es die CDU online, und seit April 1996 besitzt das Online-Angebot ein Diskussionsforum. Das Webangebot der CDU teilt sich in folgende Rubriken: *Wir über uns* (Daten über Struktur und Geschichte der Partei), *Magazin* (das online-Magazin der CDU-Bundesgeschäftsstelle), *Aktuell* (Pressemitteilungen und tagesaktuelle Meldungen aus der Parteizentrale), *Politik* (Informationen zu den einzelnen Politikfeldern), *Forum/Chat* (rege besuchtes Diskussionsforum und eher schlecht besuchter Chat-Room), *Verbände* (der CDU), *Termine*, *CDU-Shop*, *Mitmachen*, *Surfbrett*, *suchen*, *E-Mail*. Dokumente zur Parteipolitik findet man in der Rubrik *Politik* nach den verschiedenen Ressorts aufgespalten. Zusätzlich findet man in dieser Rubrik Daten zum demographischen Wandel und Argumente gegen die anderen Parteien. Das *Zukunftsprogramm*, das *Grundsatzprogramm*, die *Leistungsbilanz 1994-1998* und Informationen zum Parteitag in Bremen können auch von der Rubrik *Politik* aus abgerufen werden.

Die Homepage der CSU bietet Informationen in den Bereichen *Presse/Aktuelles*, *Politik A-Z* (Dokumente der CSU zu den verschiedenen Ressorts), *Die CSU* (Geschichte, Organisation und Struktur der Partei), *Frauen Union*, *Junge Union*, *ein Gewinnspiel* (kann aber nur mit geeignetem Plug-In abgerufen werden), *Ja, ich mache mit* (online-Mitgliederformulare für die unterschiedlichen Vereinigungen), *Surf-Info* (Links zu CSU-Web-Pages), *Stichworte* (ein Suchformular mit und, oder und nicht-Operatoren), *e-mail* (mailto:landesleitung@csu-bayern.de) und ein extra Angebot zum *Wahlkampf '98*.

Die Web-Site der SPD ist schon seit geraumer Zeit im Wahlkampfkleid. Die Begrüßung erfolgt durch den *Kandidaten* Gerhard Schröder, der den NutzerInnen die Wahl lässt zwischen mehr Informationen über sich, der *Wahlkampf*-Page oder der *SPD-Homepage* und dem Diskussionsforum der SPD *Klartext*. Die SPD-Homepage bietet Informationen zum *Wahlkampf*, zu *Politik* (Wahlprogramm), *Aktuellem* (Pressemitteilungen, Programmatisches, Kongresse/Parteitage, Termine) und über die *Partei* (Parteizentrale, Personen/Gremien, AGs, Foren, SPD-Regional, Geschichte, Service, Netzwelt). Das Angebot in englischer Sprache wird auf den *English Pages* angeboten. Diskussionsraum findet man im *Klartext*-Forum. Eine Liste wichtiger e-mail Adressen kann unter der Rubrik *E-Mail* abgerufen werden, Informationen, wie man *Mitglied werden* kann, ein *Service*-Bereich und ein Impressum stehen ebenfalls zur Verfügung. Auch die Suche ist auf dem Server möglich. Verweise zur *Bundestagsfraktion*, *SPD im Europaparlament*, *Friedrich-Ebert-Stiftung*, *Willy-Brandt-Haus* und zum *Virtuellen Ortsverein der SPD* sind in der Fußzeile zu sehen.

Bei Bündnis 90/Die Grünen wird man durch das „ü“ und mit einem freundlichen „Hallo“ begrüßt und hat die Wahl zwischen *Partei-Angebot* und *Bundestagsfraktion*. Das Angebot besteht aus vier Rubriken: *Aktuelles* (Themen und Termine), *Zur Sache* (Grundsätze und Programm), *Durchblick* (Daten, Personen & Strukturen) und *Schrägstrich*, das online-Mitgliedermagazin der Grünen. Ansonsten stehen den UserInnen noch weitere Features zur Nutzung zur Verfügung, ein *Gästebuch*, ein *Diskussionsforum*, ein *Info-Service*, eine Liste der wichtigsten Ansprechpartner mit *Mail*, eine *Hilfe*-Seite mit Informationen über Konzept und Navigation, *Termine* der bündnisgrünen Veranstaltungen, eine *Adressensammlung* grüner Sites im Web, Bestellmöglichkeit sämtlicher Publikationen, Zeitschriften, Faltblätter, Plakate, Materialien zur Mitgliederwerbung etc. und natürlich ein *Impressum*.

Seit Dezember 1995 sind die Liberalen mit einem eigenen Informationsangebot im Internet vertreten. Die Liberalen vereinigen Partei, Bundestagsfraktion und Junge Liberale im blau-gelben Layout unter einem Dach. Zentrum bildet hier ebenfalls das gut besuchte Diskussionsforum. Der Server bietet eine Mischung aus Information, Service und Unterhaltung. (vgl. Faltblatt der F.D.P.: „Die Liberalen im Internet“)

Die Begrüßungs-Site der F.D.P. bietet allgemeine liberale Informationen zu allen Institutionen, die sich auf diesem Server befinden. Hier werden unter *Aktuelles/Pressemitteilungen* Informationen wie Pressemitteilungen von Partei, Fraktion und Jungen Liberalen ebenso angeboten wie Interviews, Gastkommentare oder Zitate eines Liberalen in Zeitungen, des weiteren Bundestagsdebattenbeiträge oder Beschlüsse der Partei. Ein *Terminkalender* bietet einen Überblick über Veranstaltungen der F.D.P. in ganz Deutschland. (vgl. Faltblatt der F.D.P.: „Die Liberalen im Internet“) Ein *Gästebuch* und ein *Diskussionsforum* bieten die Möglichkeit zur Kommunikation, ein *Service* bietet Seminare, Werbemittel und Publikationen und Verweise zu „wichtigen“ www-Adressen an. Zur Orientierung wird ein Index *Der Server von A-Z*, eine *Stichwortsuche* und die Menüleiste im linken Bildschirmbereich sowie eine Fußzeile mit Buttons angeboten. Man findet Reden, Live-Chats und Beschlüsse des *Bundesparteitags*, sowie einen Verweis zur *Wahlkampfwerkstatt* und das *Wahlprogramm*, das als pdf- oder doc-File heruntergeladen werden kann. Für liberale Verbände besteht die Möglichkeit, ihre WWW-Seiten auf dem Liberalen Server zu plazieren.

Von der Begrüßungs-Site kann man zum Angebot des *Bundesverbands*, der *Bundesfraktion*, der *Jungen Liberalen* oder der *Friedrich-Neumann-Stiftung* wechseln. Der *F.D.P.-Truck*, der während des Wahlkampfes durch ganz Deutschland fährt, zielt die meisten Seiten und blinkt unaufhörlich.

Die PDS bietet ein stark text-orientiertes Angebot, mit Bildmaterial wird sehr sparsam umgegangen. Das Informationsangebot ist in 8 thematische Rubriken eingeteilt: *Wahl '98*, *Schwarz auf Weiß* (Pressedienst, Disput, Publikationen), *Sonnenklar* (Strukturen, Grundsatzdokumente, Links), *Rot mit Zukunft* (Politikfelder), *Knallrot* (Jugendpolitik, Junge Genossinnen, Jugendwahlkampf), *Lila Faden* (Feminismus), *Vor Ort* (Kommunalpolitik), *Grün muß sein* (Ökologie und Umweltschutz). Zusätzlich wir ein *Terminkalender* mit Terminen der PDS im laufenden Monat und Events des Wahlkampfes (Wann?, Wo?, Was?), der *Literaturvertrieb* der PDS, der teilweise auch ein online-Formular zur Bestellung von Büchern, Dokumenten, der Reihe *controvers* oder Videos anbietet, und Verweise zu der parteinahen *Stiftung* der PDS, zur *PDS international*, *PDS im Bundestag* und zu den *Landesverbänden* der PDS bereitgestellt. Die parteinahe *Stiftung* (Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.) bietet Informationen über ihr Programm (Veranstaltungen, Projekt, Seminare) an. *Such*-Funktion, *Index*, *Hilfe*, ein *Impressum* und *Kontakt* per e-mail sind auch verfügbar.

9.1.2 Extra Angebote zur Wahl '98

Eine extra Web-Site zur Wahl bietet die CDU in ihrem Angebot nicht an. In der Rubrik *Aktuell* wird das „Zukunftsprogramm“ der CDU zum online lesen oder als Download angeboten, außerdem gibt es Informationen zum erweiterten *Wahlrecht für Deutsche im Ausland*. Einige Wahlkampfplakate können per Fax bestellt werden, ein vorbereitetes Formular liegt auf dem Server bereit. Am 09.07.1998 diskutierte CDU-Generalsekretär Peter Hintze live im Diskussionsforum der CDU, das Transkript kann über die Suche im Archiv des Servers nachgelesen werden.

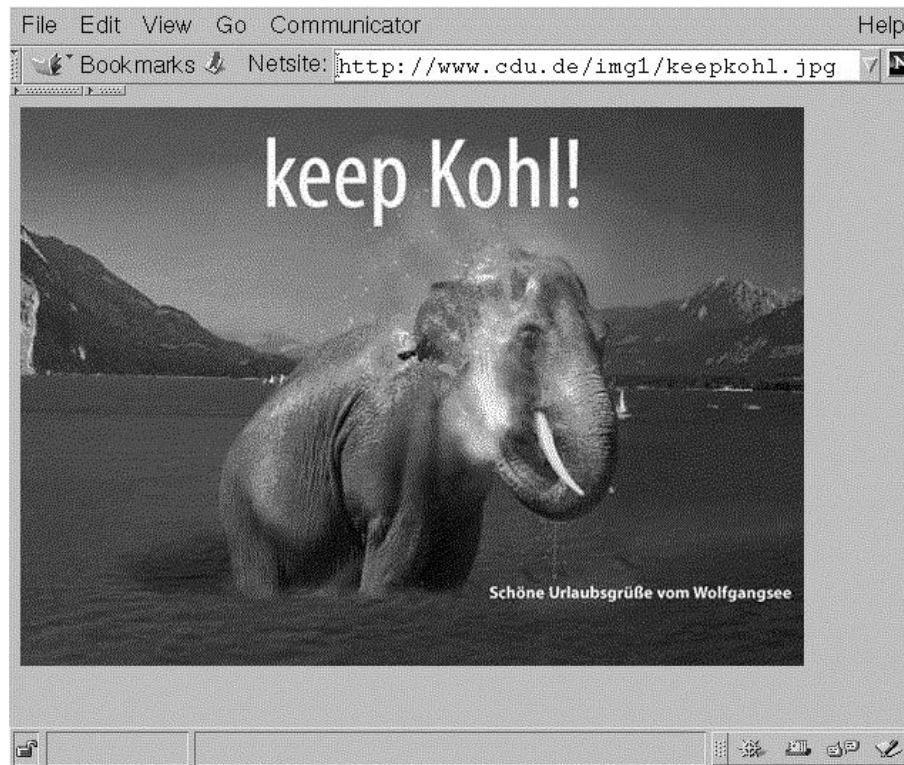


Abbildung 9-1: Ein Plakat aus dem Angebot der CDU-Website, das per Fax-Bestellung anfordern werden kann.

Beim Aufruf des CSU-Servers gelangt man direkt auf die Wahlkampf-Site. Die Menüleiste bietet folgende Bereiche: 1. einen *Wahlkampfkalender* mit einem aktuellen Termin einer Wahlkampfveranstaltung, einem Überblick, der Termine in ganz Bayern auflistet und der Möglichkeit, sich *Termine vor Ort* per Kartenklick oder Auswahl eines Veranstaltungsortes und Monats aus einer Liste anzeigen zu lassen²⁷. 2. die Rubrik *Wir für Bayern*, die Informationen zu Kandidaten entweder zur Bundestagswahl oder zur Landtagswahl in Bayern anbietet, auch hier kann durch klicken auf eine Landkarte oder durch die Auswahl aus einer Namensliste näheres über einen Kandidaten in Erfahrung gebracht werden. Bei den meisten Kandidaten wird ein Lebenslauf samt Foto ohne e-mail Adresse angeboten, ausführlicher werden Ministerpräsident Stoiber und Theo Waigel behandelt, aber auch hier ohne e-mail Adresse. In dieser Rubrik kann man auch das *Virtuelle Wahllokal* besuchen, das wohl junge Wähler ermutigen soll, zur Wahl zu gehen und natürlich auch die richtige Partei zu wählen. 3. *Die besten Argumente* bieten unter *Aktuelles* die schwer zu findenden Pressemitteilungen und andere News, unter *Fakten* kann man Dokumente zu den verschiedenen politischen Themenbereichen

²⁷ Ein Test dieser Möglichkeit, Veranstaltungen eines bestimmten Ortes herauszufinden, hatte immer das gleiche Ergebnis: Es wurde keine Veranstaltung in dem jeweiligen Ort und Zeitraum gefunden.

nachlesen und auch warum man die SPD nicht wählen sollte. Ebenfalls in dieser Rubrik kann das Wahlprogramm per e-mail-Formular bestellt werden, online lesen ist noch nicht möglich. Schließlich bilden die Argumente von überzeugten CSU-Wählern den Abschluß der Rubrik *Die besten Argumente*. 4. Das *Bürgerforum* bietet eine Abstimmung an. 5. *Kontakte* bietet eine der zwei²⁸ e-mail-Kontaktmöglichkeiten an (mailto:landesleitung@csu-bayern.de). 6. Zur Navigation ein Verweis zur *CSU-Hompage*. 7. *Das CSU-Spiel* 8. *Mitglied werden* (vgl. Kap. 9.2.4). 9. *Downloads*, (vgl. Kap. 9.1.6). 10. *Veranstaltungen* bietet Informationen zu dem CSU Partiausschuß am 22.05.98 in Ingolstadt (hauptsächlich Redebeiträge und Fotos).

Die SPD bietet eine Wahlkampf-Site mit Informationen zum *Kandidaten* (Biographie, Interviews, aktuelle Meldungen, Zeitungszitate über den Kandidaten und der Möglichkeit der e-mail-Kontaktaufnahme), zum *Team* (Biographien, Fotos und e-mail), zu *Veranstaltungen der Klartextreihe* sowie aktuelle *Meldungen*. Eine *Garantiekarte* kann ausgedruckt werden, das *Wahlprogramm* kann online gelesen oder als pdf- oder word-Dokument heruntergeladen werden. Man kann im *Klartext*-Diskussionsforum mitdiskutieren oder sich die *versprochen*-Fotos samt Sprüchen anschauen, einen *Newsletter* abonnieren, im *Werbeblock* Banner und Buttons downloaden, *Flugblätter* downloaden, sich den aktuellen *TV-Tip* besorgen und im *SPD-Shop* in aller Ruhe eine Online-Bestellung aufgeben.

Die Grünen bieten auf ihrer speziellen Wahlkampf-Seite hauptsächlich ihr *Wahlprogramm '98* in unterschiedlicher Form an, zum online-lesen, Kurz- oder Langversion, zur Bestellung oder zum Download in zahlreichen Formaten. Es gibt ein paar Slogans zum Wahlkampf-Symbol „ü“, ein *Interview* mit dem PR-Experten Schirmer, der den Wahlkampf der Grünen in die Hand genommen hat, Informationen zum *Programmparteitag Magdeburg* (von der Tagesordnung bis zum Download der über 700 Änderungsanträge) und Informationen dazu, wie das Programm zustande gekommen ist (*Programm-Ratschläge*). Die Offenlegung des Werdegangs des Wahlprogramms ist begrüßenswert und sollte zur Nachahmung anregen.



Abbildung 9-2: Wahlkampf-Site der F.D.P.

²⁸ Nach ausführlicher Suche konnten nur zwei E-mail-Adressen gefunden werden.

Die F.D.P. bietet eine *Wahlkampfwerkstatt*, die durch eine blaue Türe betreten werden kann, als besonderes Angebot zur Wahl an. Ein *forum*, eine *gallery*, ein *office* und ein *workshop* stehen hier den UserInnen zur Verfügung. Im *forum* können Informationen (Lebenslauf und Foto) zu den Kandidaten nach Bundesländern sortiert abgerufen werden. Die *gallery* erlaubt einen Blick auf veröffentlichte (*published*) Plakate und andere Werbemittel sowie auf Entwürfe von nicht-realisierten (*unpublished*) F.D.P.-Plakaten. Im *office* kann man über den *Werbemittelkatalog* Materialien online bestellen, Argumente für die F.D.P. und Gegenargumente, die gegen eine Wahl von SPD, Grüne und PDS sprechen, nachlesen. Das *Wahlprogramm* kann als pdf- oder doc-File heruntergeladen werden, zum online-lesen wird es allerdings nicht angeboten. Hinter dem *Wahlkampfhandbuch* verbirgt sich ein geschlossenes Forum, die Kontaktaufnahme läuft über den Kreisverband der F.D.P.. Die Überregionalen Termine der Wahlkampfveranstaltungen rund um Wolfgang Gerhardt und die Tour-Daten des Internet-Trucks können eingesehen werden. *Plakate, Anzeigen, Spots* können am Bildschirm ansehen und über den *Service* oder den *Werbemittelkatalog* bestellt werden. Hinter *Sommer-Aktionsideen* verbirgt sich eine sehr lange Liste von Anregungen für den F.D.P.-Sommerwahlkampf vor Ort, vom *Steuerhürdenlauf, Independence Day* über einen *Liberalen Mittsommernachtstraum* zum *liberalen Steuerschutzfaktor*, mit dem Bezug der Werbematerialien über den liberal-Verlag. Im *workshop* können *Plakate, Slogans* und *Aktionen* angeschaut und eigene Ideen per e-mail eingesandt werden. Die Sommer-Aktionsideen können auch als rtf-File downgeloaded werden.

Das Informationsangebot der PDS-Site zur Wahl '98 besteht aus *aktuellen* Meldungen, *Wahldokumenten* (werden auch zum Download angeboten), *Wahlterminen* bis 2003, Infos über *Direktkandidaten* und Kandidaten der *Landeslisten* (teilweise mit Hompages verlinkt. ansonsten nur Namen). Das *Wahlbüro* stellt sich vor, Mitarbeiter, Leiter, Adresse, e-mail und der Arbeitsplan für den Wahlkampf werden angeboten. Die *Wahlergebnisse* der Landtagswahlen 1994 und der Bundestagswahl 1994 können angeschaut werden, ein Spendenaufruf unter Angabe des *Spendenkontos* (kein online-Formular), *Downloads* und ein *Diskussionsforum* zur Wahl '98 werden angeboten. Die Wahlkampfveranstaltungen werden bei der *Wahltour '98* veröffentlicht.

9.1.3 Informationen zu Struktur und Organisation der Partei

Bei der CDU finden sich Informationen über die Parteiorganisation in der Rubrik *Wir über uns*. Ein Rückblick auf die Geschichte der Partei, mit einigen Fotos garniert, die man selbstverständlich auf den heimischen PC laden kann, wird ebenso angeboten wie die Biographien samt Fotos von den MitgliederInnen des *Präsidiums*. Hyperlinks führen zu den *CDU-Landesverbänden* der einzelnen Bundesländer, den Organisationen wie *Frauen Union, Senioren Union, Junge Union*, den *Freunden in Europa* (z.B. EUCD) und zur parteinahen *Stiftung* der CDU. Das *Grundsatzprogramm* (auch zum Download) und das *Impressum* sind auch in der Rubrik *Wir über uns* einsehbar.

Zu Struktur und Organisation der CSU bietet die Rubrik *Die CSU* der CSU-Homepage Informationen zu dem *Parteivorsitzenden* (Lebenslauf, Foto, CSU Aktuell, Reden, Bücher), den *Generalsekretären* (Lebenslauf und Foto), den *Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreisen* (Liste der Kontaktadressen, ohne e-mail), zum *Aufbau der CSU* (Satzung, Parteistruktur und -organe, Vorstand), zu den *Mandatsträgern der CSU* (im Europäischen Parlament mit Kurzvorstellung und Foto, im Bundestag mit Lebenslauf und Foto, im Landtag teilweise mit Lebenslauf und Foto und in Kommunalpolitischen Vereinigungen nur mit Namensliste der Bezirksvorsitzenden), zu den *Geschäftsstellen* (Adressliste der Geschäftsstellen) und zur *Geschichte* der CSU (samt Biographie von F. J. Strauß).

Die SPD Homepage bietet in der Rubrik *Partei* Informationen zu Struktur und Organisation der Partei. *Die Geschichte der SPD*, die *Parteizentrale* (Organisation, Namen und Adressen), *Personen und Gremien*, *AGs*, *Foren*, die *SPD regional* (Adresslisten und wenn vorhanden Verweise auf eigene Homepages der Landes-, Kreisverbände und Ortsvereine), das *Grundsatzprogramm* von 1989 (auch zum Download) und eine Linkliste zu sozialdemokratischen Parteien und Institutionen, Gewerkschaften, EU-Institutionen und Internationalen Instituten ist in der *Netzwelt* zu finden. Ansonsten findet man hier auch Informationen über *die Finanzen der Partei*, zur *Wahlkampfoffensive '98*, zum *Projekt: Dialog!*, zur Arbeit in der *SPD Wahlkampfzentrale*, zum *SPD INNOVATIONSPREIS* und natürlich zu parteiinternen, aktuellen Ereignissen, wie zum Beispiel der *ASF²⁹-Bundeskonferenz* in Münster vom 5.-7. Juni 98.

Bei den Grünen sind unter der Rubrik *Durchblick* Informationen zu Struktur und Organisation der Partei leicht zu finden. Eine *Chronik* erleichtert den Einstieg, *Satzung* und *Wahlergebnisse* der Grünen in den vergangenen Bundestagswahlen, Landtagswahlen und EU-Wahlen können eingesehen werden. Der Aufbau und das Wahlverfahren der *Gremien* wird anhand von Schaubildern verdeutlicht, *Grüne-Abgeordnete* im Bundestag, in den Landesregierungen und im Europa-Parlament können teilweise mit Foto, e-mail Adresse und web-page abgerufen werden. Eine Adressliste von AnsprechpartnerInnen in Sachen Frauenpolitik und Links zu anderen grünen Gruppierungen wie *Grüne Jugend*, *Uni-Grün*, *UnternehmensGrün* und der *Heinrich-Böll-Stiftung* vervollständigen das Bild.

Bei den Liberalen finden sich unter der Rubrik *Wir über uns* der Bundespartei-Site Informationen zur *Geschichte*, zum *Selbstverständnis* und zu *Grundsätzen* der Partei. Eine Adressliste mit *F.D.P.-Adressen*, teilweise verlinkt und mit e-mail Adresse versehen, sowie *Biographien* der BundesvorstandsmitgliederInnen mit Foto können abgerufen werden. Um diese Information zu finden, muß man von der F.D.P. Homepage auf die Bundespartei-Site navigieren. Zu dem allgemeinen Angebot der Homepage kommen auf der Site der Bundespartei noch Informationen bzw. Verweise zu den Landesverbänden, das Mitgliedermagazin *Die Liberale depeche* zum online-lesen oder bestellen und ein *Mitgliedsantrag* zum ausdrucken, ausfüllen und zurückschicken hinzu.

Die PDS bietet ausführliche Informationen zur Struktur und Organisation der Partei in der Rubrik *Sonnenklar*. *Grundsatzdokumente*, wie Programm, Statut, Schiedsordnung, Finanzordnung, Beitragsrichtlinie, Rahmenwahlordnung, die Arbeit der Geschäftsstelle (teilweise auch zum Download) werden angeboten. *Parteivorstand*, *Parteirat* und *weitere Strukturen* (Kommissionen, Rat der Alten, Landesverbände) sind offengelegt. *AGs / IGs* mit Beschreibung und Links zu weiteren Infos können abgerufen werden. Informationen zum Mitgliederprojekt „*PDS 2000*“ (Statistik der Mitgliederwerbeaktionen), Netzadressen zu „*linken Links*“ wie usenet-newsgroups, PDS im Mailbox-Netz und linke Web-Adressen werden zur Verfügung gestellt, und ein online-Formular ermöglicht den Parteibeitritt.

9.1.4 Angebot von online-Zeitungen oder Zeitschriften

Die CDU bietet das arbeitstäglich erscheinende online-Magazin der Bundesgeschäftsstelle „*Politik Online*“ in der Rubrik *Magazin* an, leider gibt es kein eigenes Archiv der online-Ausgaben, auch die Suchfunktion ist in diesem Bereich nicht verfügbar.

Der CSU-Server bietet als einziger keine online-Zeitschrift an.

²⁹ Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Im *Service*-Bereich des SPD-Servers kann man im *@artikeldienst* (seit 8/97), in den Zeitschriften *INTERN* und *VORWÄRTS* (seit Januar 1998) online lesen oder sich beim *Abo-Service* in den Verteiler eintragen lassen.

Bei den Grünen kann man das Mitglieder-Magazin *Schrägstrich* online lesen, ein Abo bestellen (das kostet natürlich, und das Formular muß ausgedruckt, ausgefüllt und an den Versand der Grünen geschickt werden) oder das Magazin als pdf-Datei downloaden. Im *Schrägstrich-Archiv* kann die Zeitschrift online bis 1994 zurückverfolgt werden, wobei auch hier die Download-Möglichkeit der älteren Ausgaben besteht.

Die Web-Site der Bundespartei der Liberalen bietet *Die LIBERALE depesche* (Mitgliederzeitschrift) zum online-lesen oder zur Bestellung an.

Die PDS bietet in der Rubrik *Schwarz auf Weiß* (Pressedienst, Disput, Publikationen) aktuelle Pressemitteilungen und andere aktuelle Veröffentlichungen. Sämtliche Zeitschriften der PDS werden auch online angeboten, wie die Mitgliederzeitschrift *Disput, betrieb & gewerkschaft, sozial + solidarisch, tarantel*, und Berichte aus der *Zukunftswerkstatt Schule*. In englischer Sprache wird ein „*NEWSLETTER*“ angeboten.

Unter der Rubrik *Literatur - Dietz-Verlag* kann man abstracts von „linken“ Büchern nachlesen, allerdings leider ohne online-Bestellmöglichkeit.

9.1.5 Online-Abo

Die CSU bietet einen neuen Internet-Service: *Newsflash*, durch den aktuelle politische Hintergrundinformationen per e-mail an Interessierte versendet werden. Diesen Service kann man mittels eines online-Formulars bestellen.

Die SPD bietet einen *Newsletter*, den *@artikeldienst*, die Zeitschriften *INTERN* und *VORWÄRTS* auch als e-mail-Abo per online-Formular an.

Der Server der Grünen bietet einen *Info-Service*, über den man per Formular alle Neuigkeiten zu einem speziellen Thema abonnieren kann, oder auch einen umfassenden *Journalistenservice*, über den man Pressemitteilungen, Beschlüsse etc. per e-mail-Abonnement übermittelt bekommt.

Bei der F.D.P. bietet ein *Journalisten-Service* (Neuanmeldungen waren am 26.07.98 allerdings vorübergehend nicht möglich) die Möglichkeit, sich aktuelle Dokumente ausgewählter Rubriken direkt per e-mail zusenden zu lassen.

Das *Presse-Abo* der PDS bietet ein Formular zur An-/ und Abmeldung in einer Mailing-List an, durch das man regelmäßig mit Presseinformationen der PDS per e-mail versorgt wird.

9.1.6 Download-Angebote

Die CDU bietet zahlreiche Fotos (mit Angabe des Speicherplatzbedarfs), verstreut auf sämtlichen Seiten, das *Zukunftsprogramm*, das *Grundsatzprogramm*, Reden des Parteitages in Bremen, die *Leistungsbilanz 1994-1998* und die CDU-Zeitschrift „*Das wichtigste DER WOCHE auf einer Seite*“ zum Download an, die meisten Dokumente als pdf- und word-Datei.

Die CSU bietet Flyer, Poster, Bildschirmschoner, Anzeigen, Reden von Stoiber und Waigel, und das Grundsatzprogramm von 1993 zum Download an. Außer dem Grundsatzprogramm findet man die Download-Angebote auf der *Wahlkampf-Site*, die durch einen Extra-Button *Downloads* markiert sind. Das Grundsatzprogramm ist unter der Rubrik *Politik A-Z* auf der CSU-Homepage zu finden und kann auch online gelesen werden.

Die SPD bietet Fotos, Logos, Banner und Buttons, Flugblätter, einen *Internet-Baukasten* (hier kann das Design des Internet-Angebots der SPD nachvollzogen werden), einen Mitgliedsantrag, das Grundsatzprogramm und das Wahlkampfprogramm zum Download an.

Bei den Grünen kann man fast alles downloaden. Auf beinahe jeder Seite findet sich irgendwo ein Dokument zum downloaden, angefangen vom Wahlprogramm über die Mitgliederzeitschrift *Schrägstrich bis hin zu Programmanträgen zu den Koalitionsvereinbarungen* mit der SPD der Bundesländer, die durch eine Rot-Grüne-Koalition die Regierung stellen. *Faltblätter*, *Argumentationshilfen*, *Rundbriefe*, *Bildschirmschoner* und andere Aktions- oder Werbematerialien können selbstverständlich auch auf den heimischen PC kopiert werden.

Die F.D.P. bietet *Bildschirmschoner*, das *Wahlprogramm*, die *Sommer-Aktionsideen*, *Gegenargumente* gegen SPD, PDS und Grüne und die *Reden* vom Bundesparteitag zum Download an.

Die PDS bietet *Wahlprogramm '98*, *Reden*, ein paar *Logos*, einige *Plakate* und ein Spiel „*Captain Gysi und das Raumschiff Bonn*“ zum Download an.

9.1.7 Orientierungshilfen und Archive

Der CDU-Server bietet ein Suchformular, das eine und- und oder-Verknüpfung erlaubt und den html-Bestand des gesamten Servers durchsucht. Zusätzlich sind in der Rubrik *Surfbrett* unter *Suchsysteme* viele Suchmaschinen und Kataloge aufgeführt, die eine internetweite Suche erlauben. Die Orientierung wird durch die Menüleiste im linken Bildschirmbereich und zusätzlich durch eine Fußzeile (mit denselben Rubriken) erleichtert. Im Bereich *Aktuell* wird ein *Archiv* mit Einträgen seit Januar 1997 angeboten.

Auf den CSU-Seiten kann über eine *Stichwortsuche* und die logischen Operatoren und, oder und nicht nach interessierenden Seiten gesucht werden. Ansonsten bietet auch hier eine Art Menü im linken Bildschirmfenster Orientierungshilfen an. Allerdings scheinen die Web-Redakteure das Prinzip von Hypertext nicht ganz verstanden zu haben. So erscheint, wenn man auf *Presse/Aktuelles* und dann weiter auf *Pressemitteilungen* klickt, ein Text, der bekundet, daß sich die *Pressemitteilungen zur Zeit* unter der Rubrik *Wahlkampf '98* befinden. Dieser Text scheint verlinkt, doch wenn ihn anklickt und hofft, somit auf die richtige Seite zu gelangen, täuscht man sich. Es erscheint wiederum ein Text, der dasselbe wie zuvor nochmals wiederholt, diesmal unmißverständlich ohne weitere Verlinkung, und um dorthin zu gelangen, muß man sich notgedrungen durch die Hierarchie des CSU-Servers klicken. Der CSU-Server bietet kein Archiv an.

Die Menüleiste im linken Bildschirmbereich der SPD Homepage, eine zusätzliche Kopfzeile mit den großen Rubriken und eine Fußzeile mit Links zu SPD-Organisationen vereinfacht die Navigation durch das Informationsangebot. Unter *Archiv/Suche* wird ein Formular angeboten, das eine Volltextsuche mit Trunkierung und Verknüpfungen mit and, or und and not erlaubt, oder die Möglichkeit bietet, eine Kategorie auszuwählen und sich alle Dokumente dieser Kategorie anzeigen zu lassen. Auf die Startseite gelangt man, indem man das rote Quadrat in der linken oberen Bildschirmcke anklickt (vorausgesetzt, man hat sich zuvor den *Baukasten für den Internet-Auftritt* angeschaut und weiß es).

Die SPD hat zwar ein Archiv implementiert, da eine Suche darin möglich ist, aber es ist nicht möglich, sich dieses Archiv anzuzeigen oder darin zu blättern. Indirekt kann man über das Suchformular *Archiv/Suche* Dokumente im Archiv suchen und sich anzeigen lassen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich über das Suchformular ganze Kategorien aus dem Archiv anzeigen zu lassen.

Das Angebot der Bündnis 90/Die Grünen stellt leider weder einen Index noch eine allgemeine Suchfunktion zur Verfügung. In einzelnen Kategorien wird durch ein Suchformular der gezielte Informationsabruf vereinfacht, z.B. kann im Bereich *Termine* nach unterschiedlichen Kriterien nach den betreffenden Veranstaltungsterminen gesucht werden. Die Suche nach *Adressen* und gegebenenfalls web-Adressen von Landesverbänden, Kreisverbänden und Ortsverbänden oder von Bundesarbeitsgemeinschaften ist auch per Formular möglich. Leider fehlt eine Suchfunktion auf dem Server allgemein bzw. hauptsächlich in den Archiven.

Bei den Bündnisgrünen bietet ein Archiv der Mitgliederzeitschrift *Schrägstrich* seit 1994 und ein Archiv der Pressemitteilungen seit Ende 1996 genügend Informationsmaterial, allerdings wie oben schon erwähnt ohne Suchfunktion. Wenn man Informationen zu einem speziellen Thema sucht, bleibt einem nichts anderes übrig, als alle Mitteilungen bzw. die Inhaltsverzeichnisse der *Schrägstrich*-Ausgaben durchzugehen, in der Hoffnung, etwas zu finden.

Der Liberalen-Server bietet ebenfalls eine Suchfunktion, die eine Stichwortsuche (ohne logische Operatoren) durch die Dokumente des Servers erlaubt. Zusätzlich wird ein Index von A-Z angeboten, und die Menü-Punkte im linken Bildschirmbereich sowie eine Fußzeile vereinfachen die Orientierung. Unter *Hilfe* wird der *Aufbau des Web-Servers* erklärt sowie Informationen zur *Navigation auf dem Web-Server* geboten.

Die Liberalen planen als nächsten Schritt das Angebot eines Dokumentenarchivs, in dem sämtliche Publikationen der drei Institutionen archiviert und für die UserInnen abrufbar sind, mit der Option zum Online-Lesen, Download oder Bestellen der gedruckten Version. (Faltblatt der F.D.P.: „Die Liberalen im Internet“)

Zur besseren Orientierung bieten die PDS sowohl eine Menüleiste im linken Bildschirmbereich auf der ersten Dokument-Hierarchieebene als auch eine Menüleiste als Kopfzeile der jeweiligen Kategorie auf zweiter Dokument-Hierarchieebene. Ein Suchformular (mit and-Verknüpfung auf PDS-Server und auf weitere PDS-Seiten im WWW) und ein *Index* stehen zur Verfügung. An Archiven bietet die PDS ein *Pressearchiv*, das Pressemitteilungen ca. des letzten halben Jahres enthält, Texte des *Pressedienstes* (von Jan. 1998 - dato), diverse Ausgaben von *betrieb & gewerkschaft*, *tarantel*, *DISPUT*, *sozial + solidarisch*, *Zukunftswerkstatt Schule* und des englischsprachigen *NEWSLETTERS*. In der Rubrik *Rot mit Zukunft* (Politikfelder) wird auch ein Archiv mit der Möglichkeit, sich Hintergrundinformationen der Partei zu bestimmten politischen Themengebieten zu besorgen, angeboten. Sortiert ist das Archiv nach den Politikthemen: *Arbeit & Soziales*, *Wirtschaft*, *Betrieb & Gewerkschaft*, *Antifaschismus*, *Frieden & Abrüstung*, *Bildung*, *Wissenschaft und Kultur*, *Europa*.

9.1.8 Adresslisten oder Linksammlungen

Die CDU-Site bietet in der Rubrik *Surfbrett* Links zu *Wahlkampf*, *Ministerien und Ämtern*, *Parteien* (CDU-befreundete Parteien), *Medien*, *Suchsysteme* und natürlich zu Landes-, Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden der CDU sowie zu anderen Vereinigungen und Fraktionen der CDU. Im Bereich *Verbände* gelangt man ebenfalls zu einer Linkliste der Verbände der CDU.

Die Rubrik *Surf-Info* der CSU-Homepage bietet Links zu *Bezirks-/ Kreis- und Ortsverbänden*, zur *Bundesregierung*, zur *CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag*, zur *Bayrischen Staatsregierung*, zur *CSU-Fraktion im Bayrischen Landtag*, zur *Hans-Seidel-Stiftung* und zur *Sudetendeutschen Landsmannschaft*. Die Rubriken *Frauen Union*, *Junge Union Bayern* und die Rubriken *AGs/AKs* und *Geschäftsstellen* im Bereich *Die CSU* liefern hauptsächlich die dazugehörigen Kontaktadressen.

Die SPD bietet in der Rubrik *Partei* unter *Netzwelt* eine Linkliste zu Web-Pages sozialdemokratischer Parteien und Institutionen, Gewerkschaften, EU-Institutionen und Internationalen Institutionen. Unter *Parteizentrale* und *SPD regional* werden auch Adressen und falls vorhanden e-mail Adressen und Verweise zu den jeweiligen Homepages angeboten.

Die Grünen bieten eine Liste der wichtigsten Ansprechpartner über das Menü in der Kopfzeile an, im Menü *Mail* die wichtigsten e-mail Adressen und im Menü *Adressen* eine Adressensammlung grüner Sites im Web. Im Adressbuch von Bündnis 90/Die Grünen sind sowohl Postanschrift, Telefon- und Fax-Nummern wie auch e-mail- und Internet-Adressen (falls vorhanden) enthalten. Die Rubrik *Durchblick* bietet *Grüne-Abgeordnete* im Bundestag, in den Landesregierungen und im Europa-Parlament teilweise mit Foto, e-mail Adresse und Webpage an, eine Adressliste von AnsprechpartnerInnen in Sachen Frauenpolitik und Links zu anderen grünen Gruppierungen wie *Grüne Jugend*, *Uni-Grün*, *UnternehmensGrün* und der *Heinrich-Böll-Stiftung* vervollständigen das Bild.

Die Liberalen bieten unter der Kategorie *Service* unter *Verbindungen* eine Linksammlung und im Bereich *Wir über uns - Adressen* eine Liste der F.D.P.-Adressen, teilweise verlinkt und mit e-mail.

Die PDS bietet *Linke Links* in der Rubrik *Sonnenklar* an. In der Rubrik *Wahl '98* werden, falls vorhanden, Links zu den Homepages der *Direktkandidaten* und der Kandidaten der *Landeslisten* angeboten.

9.2 Kommunikationsangebot

9.2.1 Kontakt per e-mail

Auf den Seiten der CDU-Bundesgeschäftsstelle wird mit e-mail Adressen gespart, nur zwei unterschiedliche waren zu finden (ohne Gewähr). Auf jeder Seite des Angebots wird die e-mail Adresse des Webangebots post@www.cdu.de bereitgestellt, ansonsten ist dieselbe e-mail über den Menüpunkt *E-Mail* mit einer [mailto](mailto:)-Funktion verknüpft. Im *Impressum* findet man außer der obigen die zweite e-mail Adresse, die sich für Gestaltung und technische Umsetzung verantwortlich zeichnet. Die Test-mail³⁰, die ich versendet habe, wurde beim wiederholten Versuch durch ein Telefonat beantwortet, und nach etwa vier Wochen wurde ich mit dem gewünschten Informationsmaterial (dafür reichlich) per Post versorgt.

Nach genauer Analyse des CSU-Angebots konnte ich zwei Möglichkeiten zur e-mail-Kontaktaufnahme finden: Die unter *e-Mail* oder *Kontakte* angebotene [mailto](mailto:landesleitung@csu-bayern.de)-Funktion mit der Adresse: landesleitung@csu-bayern.de und die e-mail einer Abgeordneten im Landtag, Ilse Aigner, die bei ihrem Lebenslauf nebst Foto auch ihre e-mail Adresse angegeben hat. Auf meine Test-mail habe ich nach 2 Monaten Wartezeit und wiederholter Anfrage eine Antwort per Post erhalten.

Die SPD bietet eine Rubrik *E-Mail*, die die e-mail Adressen der VorstandsmitgliederInnen und der Service-Stationen beinhaltet. Im *Impressum* sind nochmals die e-mail Adressen von Parteivorstand, Redaktion und den Verantwortlichen für die Gestaltung des Web-Angebots zu finden. Natürlich wird die e-mail Adresse von Spitzenkandidat Schröder angeboten, aber auch andere PolitikerInnen des *Teams* sind per e-mail zu erreichen. In der Rubrik *Partei - Parteizentrale* werden auch e-mail-Kontakte angeboten. Meine Test-mail wurde von der SPD auch nach dem zweiten Versuch nicht beantwortet.

³⁰ Die Test-mail sowie die Antworten per e-mail befinden sich im Anhang.

Beim Grünen Partei-Angebot findet man unter dem Button *Mail* die wichtigsten e-mail Adressen, ansonsten sind auf vielen Seiten gesonderte e-mail Adressen der jeweiligen Sachverständigen/Experten angegeben, um direkt bei Fragen Kontakt aufnehmen zu können. Grüne-Abgeordnete im Bundestag, in den Landesregierungen und im Europa-Parlament sind teilweise auch per e-mail zu erreichen. Meine Test-mail wurde beim ersten Anlauf bearbeitet und relativ schnell durch Übersenden von Informationsmaterial (per gelber Post) beantwortet.

Mit e-mail Adressen wird auf dem Liberalen-Server eher sparsam umgegangen, der *Webmaster* kann über einen Button angemailt werden und hinter dem Button *Kontakt* verbirgt sich die mailto-Funktion: fdp@liberale.de. Teilweise sind bei den Adressen der Abgeordneten und Institutionen e-mail Adressen mitangegeben, und im Service-Bereich können Informationen über e-mail angefordert und Bestellungen selbstverständlich auch über ein e-mail-Formular abgewickelt werden. Meine Test-mail wurde binnen eines Tages und mit ausgewähltem Informationsmaterial (per Post) beantwortet.

Die PDS bietet Kontaktaufnahme über e-mail mit der pds-online-Redaktion, die nach eigener Erfahrung³¹ die e-mails, wenn nicht selber bearbeitet, weiterleitet an zuständige SachbearbeiterInnen. Die Direktkandidaten und die Kandidaten der Landeslisten können teilweise, falls sie eine eigene Homepage anbieten, direkt über e-mail kontaktiert werden. Das Wahlbüro, das Jugendwahlbüro, die Redaktion der online-Mitglieder-Zeitschrift, der Pressesprecher, der Pressedienst, der Parteivorstand, teilweise auch die Mitglieder des Parteivorstandes, der Sprecher des Parteirats, die Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. sind per e-mail zu erreichen.

9.2.2 Gästebücher

Weder CDU, CSU, SPD noch PDS bieten den UserInnen über ein Gästebuch die Möglichkeit Kritik und Anregungen zum Angebot oder zur Politik zu äußern. Nur die Liberalen und die Grünen bieten *Gästebücher*, die sehr gut genutzt werden und in denen nach Lust und Laune gelesen werden kann oder eigene Einträge geschrieben werden können, teilweise sind sogar Diskussionsläufe zu erkennen.

9.2.3 Online-Bestellungen

Im *CDU-Shop* kann jedermann/frau nach herzenslust Regenschirme, Geldbörsen, Volleybälle, Fußbälle, T-Shirts, Schals, die Festschrift „50 Jahre CDU“, ein Poster-Set oder eine Musik-CD „Harmonie in Sinfonie“ etc. per online-Bestellformular bestellen, jeder Artikel ist mit Foto und Beschreibung abgebildet.

Ähnlich wie die CDU bietet auch die CSU ein reichhaltiges Angebot im *CSU-Shop* an, Geschenkideen und Werbematerialien vom Sonnenschirm über eine Bayernkrawatte bis zum Volksmusikwecker, alles dabei, was das Herz begehrt, ein Besuch lohnt sich!

Im *Service-Bereich* des SPD-Servers findet man ein reichhaltiges Angebot zur online-Bestellung, *Von aktuellen Materialien* über *allgemeine Materialien* zum *Image-Shop*. Im Image-Shop kann man T-Shirts, Badelaken, Stofftaschen, Mousepads etc. bestellen. Unter die Kategorie *allgemeine Materialien* fallen das Organisationsstatut, das Grundsatzprogramm, Broschüren, Bücher, Autogrammkarten etc.

Aktuelle Materialien sind momentan Wahlkampfmaterialien wie Plakate, Wandzeitungen, Wahlkampfbroschüren, die Garantiekarte und das Wahlprogramm.

³¹ Auf meine Test-mail bekam ich sofort eine Meldung der PDS, daß die Anfrage an die betreffende Stelle weitergeleitet wurde.

Bei den Grünen bietet der Versand der Grünen (*Bestellung*) sämtliche Materialbestellungen per online-Formular an. Aktuelle Wahlkampfmaterialien, Materialien zur Mitgliederwerbung, Zeitschriften, Grundsatzdokumente und zahlreiche Beiträge zu „Grüner Politik“ können über ein online-Formular bestellt werden.

Die Liberalen bieten unter *Service* die Möglichkeit, *Publikationen* oder *Werbemittel* beim liberal-Verlag zu bestellen. Werbemittel wie Plakatmappen, Broschüren, Videocassetten mit Wahlspots der F.D.P., Poster, Aufkleber, Postkarten, Wahlprogramme, Reden etc. können bestellt werden. Unter der Rubrik *Publikationen* können kostenlose Informationsbroschüren angefordert werden. Im *Werbemittelkatalog* kann man sich über Konzept, Strategie etc. des F.D.P.-Wahlkampfes informieren und ebenfalls Materialien bestellen.

Die PDS bietet ein online-Bestellformular für die Mitglieder-Zeitschrift *DISPUT*. Der Literaturvertrieb der PDS bietet ebenfalls online-Bestellung per Formular von Büchern, Dokumenten, der Reihe *controvers* und Videos.

9.2.4 Online-Mitgliederantrag

In der Rubrik *Mitmachen* des CDU-Angebots wird der Mitgliedsantrag als word-Dokument zum Download angeboten. Diesen kann man dann ausdrucken, ausfüllen und wieder zurückschicken.

In Sachen Mitgliedsanträge online ist die CSU vorbildlich, zu sämtlichen Unter-Organisationen der CSU kann man online ein Mitgliedsformular ausfüllen, einfacher geht's nicht. Ob als Gast-Mitglied, Frau, jünger Mensch, Arbeiter, Mittelständler oder Senior, für jede Zielgruppe gibt es ein online-Formular zum Beitritt.

Die SPD bietet unter *Mitglied werden!* die Möglichkeit, den Mitgliedsantrag downzuloaden, auszudrucken, auszufüllen und zurückzuschicken oder mehr Informationen und Unterlagen per e-mail anzufordern.

Bei den Grünen und der F.D.P. kann der Mitgliedsantrag ausgedruckt, ausgefüllt und per Post zurückgesandt werden.

Außer der CSU bietet auch die PDS ein Mitglieds-Formular an, welches online ausgefüllt und abgeschickt werden kann. Abrufen kann man es direkt von der Homepage aus unter *Mitglied werden!*.

9.2.5 Online-Spende

Bei den Grünen wie bei der PDS gibt es einen Spendenaufruf unter Angabe des Spendenkontos, aber eine online-Spende per Formular wird nicht angeboten.

9.3 Partizipationsangebot

9.3.1 Diskussionsforen

Die CDU bietet seit April 1996 ein offenes Diskussionforum, beteiligen kann sich jeder, der sich durch eine e-mail Adresse ausweist. Das Forum wird moderiert, um „Störungen“ (Land, Online-Redakteurin der CDU), d.h. persönliche Verletzungen zu vermeiden. (vgl. Krempf 1998, 2)

Das Diskussionsforum der CDU ist übersichtlich strukturiert und einfach zu benutzen. Die Einstiegsseite bietet einen Überblick über die Rubriken, die zur Diskussion stehen, wie z.B. Innenpolitik, Außen- und Europapolitik, Frauen- und Familienpolitik usw..

Die Nutzung des Forums ist sehr gut, die Aktualität wird durch die Moderation gewährleistet,

es besteht die Möglichkeit, neue Themen zu eröffnen und Beiträge zu kommentieren. Es ist keine Anmeldung durch Kennwort erforderlich/möglich. Allerdings werden Beiträge von CDU-Mitgliedern gekennzeichnet.

Die CSU bietet in Sachen Diskussionsforum eine sträfliche Ausnahme, sie bietet nämlich keines an.

Das Forum der SPD nennt sich *Klartext* und ist seit kurzer Zeit mit neuem Konzept etwas umgekrempelt worden. Es gibt jetzt statt wie bisher nur zwei bzw. drei Diskussionsthemen Rubriken, ähnlich dem Forum der CDU. Unter der Rubrik *Piazza* können Themen, die nicht zu den Rubriken passen, diskutiert werden. Das Forum wird weiterhin moderiert, aber der Zugang ist jetzt auch ohne Kennung möglich, die Angabe einer e-mail Adresse ist optional. Beiträge der Redaktion sind gekennzeichnet, und eine Anmeldung für regelmäßige Besucher wird angeboten. Eine *Hilfe*-Option steht zur Verfügung. Die Themen werden von der Moderation jeweils anmoderiert, um den Einstieg in die Diskussion zu erleichtern. Themenneueröffnungen sind nicht vorgesehen, da das Eingabeformular gar keine Thema-Zeile aufweist.

Die Grünen bieten selbstverständlich auch ein Diskussionsforum, das ohne Kennung benutzt werden kann. Themen können neu eröffnet werden und eine Kennzeichnung der Beiträge wird nicht vorgenommen. Als Orientierungshilfen stehen die *Übersicht* und eine *Stichwortsuche* zur Verfügung. Ob das Forum moderiert wird oder nicht ist aus dem Webangebot nicht ersichtlich.

Das Diskussionsforum der Liberalen oder die Aktion „Onliner fragen - Politiker antworten“, wo es erlaubt ist, sich nicht nur über Fragen, der hohen Politik, sondern auch anderer wesentlicher Dinge, wie z.B. „Wie heißt der Hund von Guido Westerwelle?“ (Faltblatt der F.D.P.: „Die Liberalen im Internet“) zu äußern, betrachtet die F.D.P. als Unterhaltungsangebot. Das Forum wird moderiert, die Themen sind frei wählbar und die Redaktionsbeiträge sowie Beiträge von Liberalen sind gekennzeichnet.

Der Aufbau eines „Intra-Netzes“ ist in Planung, zwei geschlossene Benutzerforen - für die Liberale Initiative Mittelstand und das Liberale Forum Informationsgesellschaft - existieren bereits. (Faltblatt der F.D.P.: „Die Liberalen im Internet“)

Die PDS bietet Diskussionsforen zu fast allen Rubriken, so zu *Wahl '98*, *Rot mit Zukunft* (Politikfelder), *Knallrot* (Jugendpolitik, *Junge GenossInnen*, Jugendwahlkampf), *Lila Faden* (Feminismus), *Vor Ort* (Kommunalpolitik) und *Grün muß sein* (Ökologie und Umweltschutz). Die parteinahe *Stiftung* Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. bietet auch ein *Forum* an. Diese Diskussionsforen werden nicht moderiert, es können neue Themen eröffnet werden und man kann von jedem thematischen Forum zur Übersicht aller angebotenen Diskussionsforen wechseln. Die Diskussionsforen der PDS sind bislang noch wenig genutzt.

9.3.2 Live-Chats oder Online-Konferenzen



Abbildung 9-3: Live-Chat Ankündigung des Liberalen-Servers im Web

Die CDU veranstaltet im Diskussionsforum sporadisch Live-Diskussionen mit CDU-Prominenz, die Diskussions-Transkripte können dann im Archiv nachgelesen werden. Zusätzlich bietet das CDU-Angebot einen *chat-Raum*, der nicht besonders gut besucht wird. Eintritt ohne Angabe der e-mail Adresse ist möglich, es findet keine Moderation (im chat-Raum) statt. Allerdings werden keine besonderen Acts mit prominenten Gesprächspartnern angeboten.

Auf dem Bundesparteitag der Liberalen wurde ein live-chat mit Guido Westerwelle angeboten, dessen Transkript unter der Rubrik *Bundesparteitag* nachgelesen werden kann.

Die PDS hat einen Link zum Chat mit Gregor Gysi, der allerdings im Webangebot des *Deutschen Bundestags - Online Konferenzen* stattfindet, gesetzt.

9.3.3 Unterschriftensammlungen

Auf dem Web-Server der PDS liegt ein Aufruf zur Unterstützung der Initiative für einen Wahlauftritt von GewerkschafterInnen für die PDS bereit. Mit Unterschrift und finanzieller Unterstützung kann man sich an dem Aufruf beteiligen. Hierbei geht es um eine Werbekampagne, bei der in der „Frankfurter Rundschau“ und im „Neuen Deutschland“ eine selbstfinanzierte Anzeige mit demselben Aufruf und der Liste derer, die bisher unterzeichnet haben, veröffentlicht werden soll. Der Aufruf muß allerdings ausgedruckt und an eine Postadresse versendet werden.

Die Grünen haben auch ein Angebot, das zwar nicht direkt als Unterschriftensammlung bezeichnet werden kann, aber dem Gedanken doch sehr nahe kommt. Es handelt sich um eine *E-Mail-Aktion geGEN-FOOD-Kampagne*³², bei der man die Möglichkeit hat, direkt an die Bundesregierung eine mail mit der eigenen Meinung zu dem Thema zu schicken. Das Angebot hält Hintergrundinformationen, weitere Links und die e-mail Adresse des „grünen“ Experten in Sachen „genmanipulierte Lebensmittel“ für eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Thema bereit.

9.3.4 Abstimmungen

Die sonst so wenig interaktive CSU³³ bietet in der Rubrik *Bürgerforum* der Wahlkampf-Site Abstimmungen zu wechselnden Themen an. Im Juni wurde über geeignete Maßnahmen in der Sicherheitspolitik abgestimmt, im Juli dreht sich die Abstimmung um Bildungspolitik. Ein kleines Manko hat das Angebot allerdings, es sind keine Sicherheitsvorkehrungen gegen mehrmaliges Abstimmen getroffen worden. So kann jeder so oft abstimmen, wie es beliebt.



Abbildung 9-4: Online-Abstimmung über Maßnahmen in der Bildungspolitik auf den Webpages der CSU

³² Meine Versuche, dieses e-mail-Fenster zu öffnen, sind allerdings nie geglückt, entweder ein Programmierfehler, oder die Grünen oder die Bundesregierung hat die Aktion gestoppt.

³³ Das Web-Angebot der CSU bietet weder ein Gästebuch noch ein Diskussionsforum an, und die Kontaktaufnahme per e-mail wird auch nicht sonderlich wichtig genommen.

Die Grünen haben eine *Online-Aktion Atomausstieg* angeboten, hier konnte per e-mail-Formular abgestimmt werden, auch eine Abstimmungsbegründung konnte man abgeben. Auf der selben Seite hatte man die Möglichkeit, Hintergrundinformationen zu dem Thema einzusehen, im Diskussionsforum konnte darüber diskutiert werden. Die Abstimmungsergebnisse samt Begründungen wurden auch zum Lesen bereitgestellt.

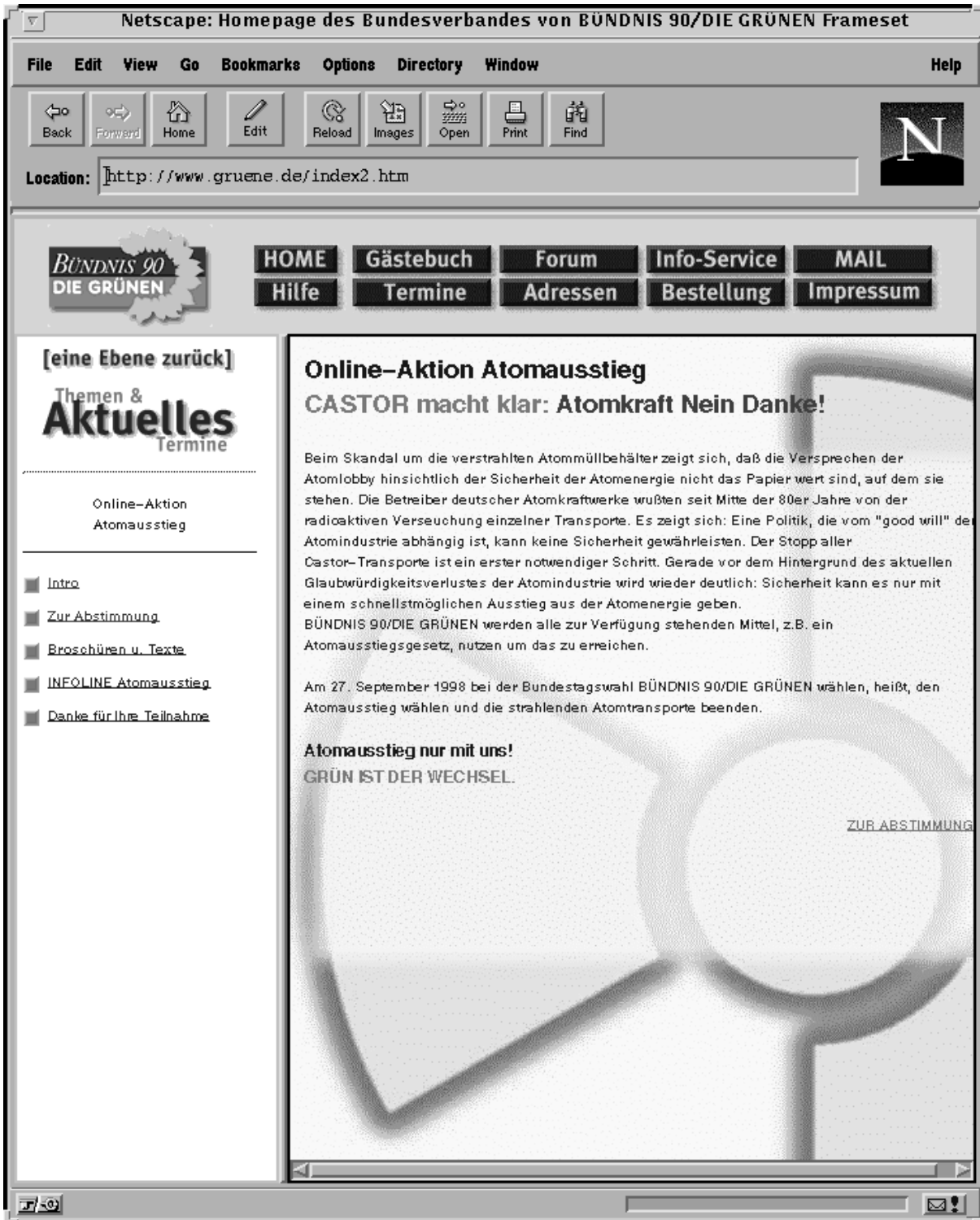


Abbildung 9-5: Online-Abstimmung über den Ausstieg aus der Atomkraft auf den Web-Seiten der Bündnis 90/Die Grünen

9.4 Infotainment-Angebote

Bei der CSU wird ein CSU-Spiel angeboten, für das man allerdings ein geeignetes Plug-In benötigt, ansonsten sieht es schlecht aus mit der Unterhaltung.

Die SPD hat einen Ideen-Wettbewerb veranstaltet, bei dem man Sprechblasen der Politiker auf Fotos per e-mail mit eigenen Worten füllen konnte. Unter *versprochen* kann man jetzt die besten dieser eingesandten Sprüche samt Fotos anschauen.

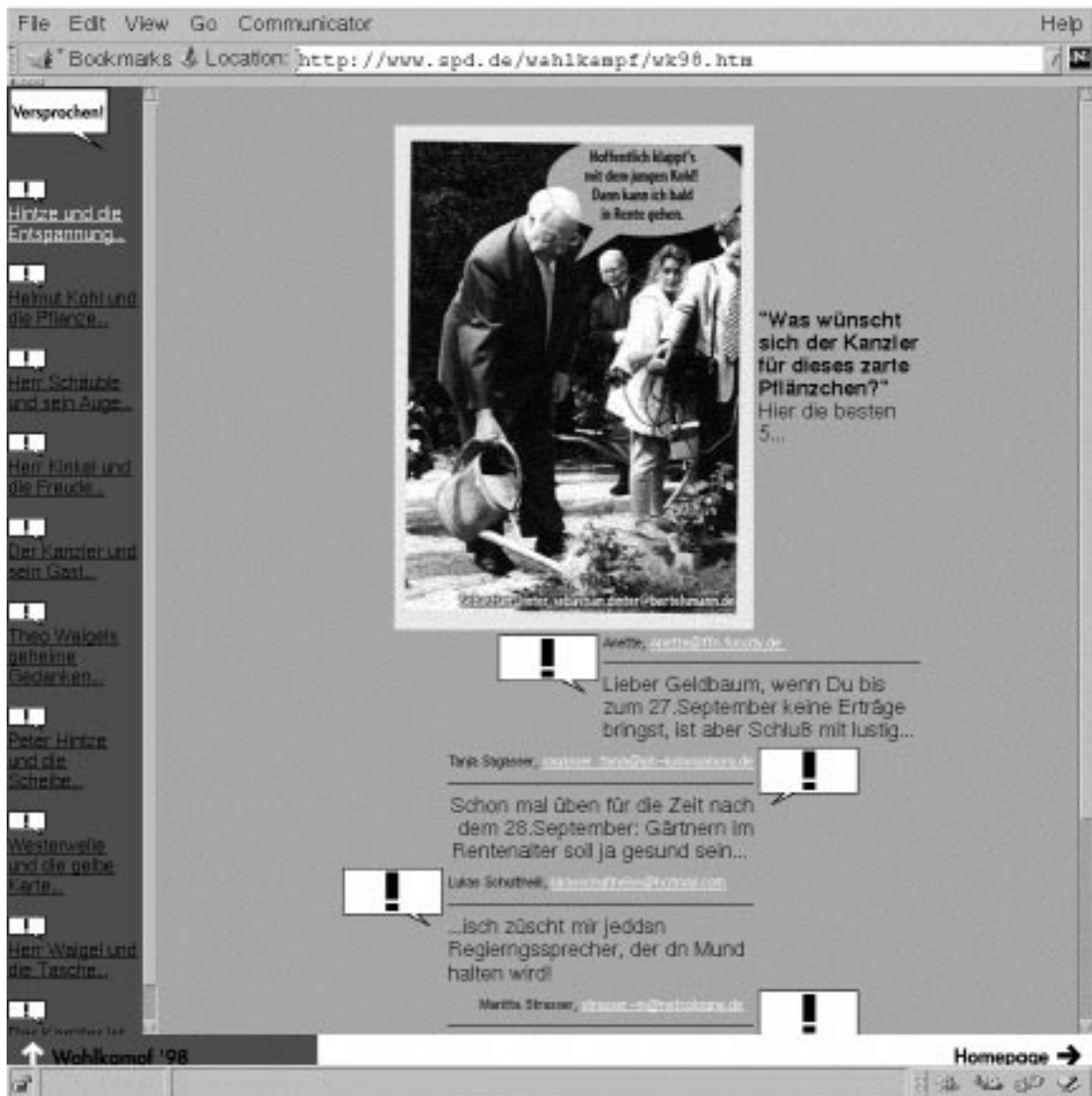


Abbildung 9-6: Die Aktion „versprochen“ der SPD in ihrem Online-Angebot

Das Wahlkampfangebot der Liberalen bietet einen *Workshop* zur Mitarbeit an. Durch e-mails können Vorschläge zu Sommeraktionen oder Slogans gemacht werden.

Die PDS bietet unter der Rubrik *Knallrot* (Jugendpolitik, Junge GenossInnen, Jugendwahlkampf) ein Spiel „*Captain Gysi*“ zum Download oder auf Diskette zum Bestellen über das KIZ (Kommunikations- und Informationszentrum im Karl-Liebknecht-Haus). Politische Inhalte in Spieleform verpackt, ein originelles Angebot, an dem sicher nicht nur die Jugend ihren Spaß hat.

10 Resümee

Welche Schlüsse lassen die Ergebnisse dieser Analyse der Web-Sites der Parteien im Hinblick auf die Nutzung der „demokratiefreundlichen“ partizipativen Potentiale des Internet zu?

Schon allein die Positionen der Parteien im Hinblick auf mehr Bürgerbeteiligung oder Formen direkter Demokratie allgemein fallen sehr unterschiedlich aus. Unter Bürgerbeteiligung mittels Internet verstehen die einen schon das Abrufen von Informationen, und die anderen, experimentierfreudiger, bieten sogar Online-Abstimmungen an. Auf regionaler Ebene ließe sich am ehesten ein Konsens finden, denn hier erhofft man sich durch Bürgerpartizipation die Verwaltungen zu rationalisieren und somit Geld einzusparen.

Doch selbst die Parteien, die sich deutlich für die Einführung von Formen direkter Demokratie einsetzen, sehen im Medium Internet nicht nur Chancen, sondern auch Risiken, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Wenn man nun vom Idealfall ausgeht, d.h., die notwendigen Voraussetzungen (siehe Kap. 5.7) für eine demokratische Nutzung des Internet wären gegeben (sei es nun durch staatliche oder internationale Regulierungsmaßnahmen oder durch die Selbstregulierungskräfte des Marktes), bleibt noch die Frage offen, ob Parteien/Politiker und BürgerInnen Angebote zur Kommunikation und Partizipation wünschen, anbieten, nutzen bzw. auswerten wollen und können.

Durch die Partizipation via Internet wird nämlich nicht nur Arbeit eingespart, sondern es entstehen auf Anbieterseite ebenso wie auf Seiten der NutzerInnen neue Arbeiten, wie z.B. das Schreiben/Beantworten der e-mails, Organisation von Online-Konferenzen (mit Politikern), das Auffinden und Lesen der angebotenen Informationen, die Teilnahme z.B. an einem Diskussionsforum, Auswertung und Aufbereitung von Online-Diskussionen und -Konferenzen etc. .

Die Parteien haben jedenfalls erkannt, daß das Medium hervorragend zur Informationsbereitstellung bzw. als Werbepattform geeignet ist. Informationen werden in Hülle und Fülle angeboten. Ob diese Informationsangebote für die politische Meinungs- und Willensbildung relevant sind beziehungsweise so angeboten werden, daß die UserInnen sich schnell orientieren können und einen raschen Zugriff auf die gewünschten Informationen haben, ist fraglich. Werden zu den politischen Themen und Fragestellungen gezielt kontextrelevante Hintergrundinformationen angeboten oder endet eine konkrete Suche mit einem unüberschaubaren Wust an Einzelinformationen?

Das Angebot von Kommunikationsmöglichkeiten durch e-mail, Diskussionsforen oder vereinzelt auch Online-Konferenzen spricht für die Bereitschaft, interaktive Nutzungsangebote zur Verfügung zu stellen. Ein Diskussionsforum ist quasi Pflicht und durch Online-Chats oder -Konferenzen hebt man sich von den anderen Angeboten ab. Hierbei spielen Klischees von Technikglaube bzw. Technikfeindlichkeit eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Angesichts der Popularität des Mediums und der Markteinschätzungen über Informations- und Kommunikationstechniken möchte keine Partei durch „Web-Abstinenz“ Technikfeindlichkeit symbolisieren. Schon allein aus diesen Gründen schließen sich die Parteien dem allgemeinen Wettrennen um die „coolste“ oder technisch raffinierteste Web-Präsenz an.

Dem Druck, im Internet präsent zu sein, dem auch andere Institutionen erliegen, können sich die Parteien nicht entziehen. „Die neuen interaktiven Medien werden mit großer Macht und Geschwindigkeit auch die Politik selber erobern. Sie verändern rapide die bisherige Art der Politikvermittlung, der politischen Kommunikation und Willensbildung. Es liegt aber an der

Politik, den politischen Akteuren selber, ob sie sich einfach das neue Medium überstülpen lassen oder ob sie die hier liegenden Chancen zur Intensivierung von Partizipation und zur Festigung der Demokratie aktiv aufgreifen.“ (Stegger 1996, 799)

Aber der Traum eines „neuen athenischen Zeitalters“ wird wohl noch nicht so bald, wenn überhaupt, in Erfüllung gehen. Die Angebote der Parteien im Web dienen eher als Übungsplatz und Experimentierfeld. Download von Texten, Fotos oder Soundfiles wird viel und gerne angeboten, Online-Bestellung in den parteieigenen Versandhäusern funktioniert hervorragend, und was die Möglichkeit, online Mitglied zu werden, anbelangt, sind die Parteien um Benutzerfreundlichkeit sehr bemüht. Die Kontaktaufnahme über e-mail wird zwar angeboten, erfordert allerdings etwas Geduld. Tröstlich ist, daß Briefe über den normalen Postweg wahrscheinlich auch nicht schneller beantwortet werden.

Diskussionsplätze sind ausreichend vorhanden und werden teilweise sehr gut genutzt, was allerdings über das Anbieten eines Diskussionsforums hinausgeht, ist sehr selten und hat meistens eher Unterhaltungswert. Zweifelsohne ist von Seiten der Internet-NutzerInnen ein Bedarf nach mehr politischer Transparenz und Information ebenso vorhanden wie nach Diskussions- oder Abstimmungsangeboten. Dennoch kann nicht erwartet werden, daß ein zur Passivität erzogenes Fernsehpublikum urplötzlich und ohne eine gewisse Umgewöhnungsphase zum politisch aktiven Internet-Partizipant werden kann. „Es ist nicht gesagt, daß eine verbesserte Versorgung mit Informationen auch ein höheres Engagement zur Folge hat.“ (Stegger 1996, 793)

Eine abschließende Bewertung ist natürlich nicht möglich. Abzuwarten bleibt, welche Maßnahmen die Regierung zur Förderung einer demokratischen Nutzung ergreift, wie die Parteien weiterhin (die „heiße“ Wahlkampfphase steht noch bevor) mit ihrer Web-Präsenz umgehen und wie sich das Netz in Zukunft entwickelt, ob es sich ähnlich den traditionellen Medien zum Verteilmedium entwickelt oder ob sich die interaktiven Angebote bewähren. Die zunehmende Eroberung des Cyberspace durch Nachrichtenproduzenten schafft eine erneute Trennung von Sender- und Empfängerrollen, von einer gleichberechtigten Informationsbereitstellung (jede/r kann zum Sender/in werden) kann keine Rede mehr sein. Kann das Netz der geeignete Ort für eine politische Öffentlichkeit sein, oder zerfällt die Netzöffentlichkeit in eine Vielzahl kleiner Teilöffentlichkeiten, die dem Gedanken einer demokratischen Öffentlichkeit nicht gerecht werden?

Fraglich ist auch, ob das Medium sich wirklich zum Massenmedium entwickelt, oder nur von einer kleinen elitären Gruppe genutzt und akzeptiert wird, zumal die Nutzung des Internet ganz andere Anforderungen stellt als der bisherigen Medienkonsum. Oder hat das rasche Wachstum der Netzgemeinde zur Folge, daß die „alteingesessenen, computererfahrenen und diskussionsfreudigen „Netizens“ stark an Bedeutung verlieren zugunsten von „Newbies“, die sich in vielfacher Hinsicht unterscheiden. Es ist eine offene Frage, ob die neuen Nutzer der Netze in gleichem Maße interaktiv tätig werden oder ob nicht eher konsumptive und rezeptive Formen die Überhand nehmen.“ (Stegger 1996, 794)

Abschließend möchte ich mich den Worten von Christoph Werth anschließen: „Das Internet kann ein Hilfsmittel der Demokratie sein, aber es ist nicht deren Garant. Mit dem Internet werden wir sicherlich nicht automatisch politisch aktivere Bürger. Durch den Netzzugang allein verwandelt sich auch niemand in einen Musterdemokraten. Aber durch den leichteren Zugang zu Informationen, durch die einfacheren Möglichkeiten, mit Politikern und Gleichgesinnten in Kontakt zu treten, kann der politische Sachverstand vergrößert und die politische Sensibilität gestärkt werden. (...) Man sollte die elektronische Demokratie nicht als Heilsbringer glorifizieren. Aber sie eröffnet große Chancen für mehr Information und bessere Beteiligung des Bürgers an den politischen Abläufen.“ (Werth 1997, 536)

11 Quellen und Literatur

11.1 WWW-Adressen der untersuchten Angebote

Bundeskanzler, <http://www.bundeskanzler.de>
Bundespräsident, <http://www.bundespraesident.de>
Bundesregierung, <http://www.bundesregierung.de>
Bündnis 90/Die Grünen, <http://www.gruene.de>
Bungestagsgruppe der PDS, <http://www.pds-online.de/bt/>
CDU, <http://www.cdu.de>
CSU, <http://www.csu.de>
Deutscher Bundestag, <http://www.bundestag.de>
F.D.P., <http://www.liberales.de> oder <http://www.fdp.de>
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, <http://www.gruenebt.de>
Fraktion der CDU/CSU, <http://www.cdusu.bundestag.de>
Fraktion der F.D.P., <http://www.liberales.de/fraktion/>
Fraktion der SPD, <http://www.spdfrak.de>
Initiative Informationsgesellschaft Deutschland“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, <http://www.iid.de/>
Landeszentrale für politische Bildung NRW, <http://www.lzpb.nrw.de>
PDS, <http://www.pds-online.de>
Politik Forum Deutschland, <http://www.politik-forum.de>
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, <http://www.bundesregierung.de/impressum/bpa.html>
SPD, <http://www.spd.de>
Spiegel Online Netz-Wahl <http://www.spiegel.de/wahlkampf/>
Statistisches Bundesamt mit dem Bundeswahlleiter, <http://www.statistik-bund.de>
VOV, der Virtuelle Ortsverein der SPD, <http://vov.de>
Wahlen.de, <http://www.wahlen.de>
Wahlkampf98, <http://www.wahlkampf98.de>
Wahlstreet, <http://www.wahlstreet.de>
YoungNet, <http://www.youngnet.de>

11.2 Literatur und Quellen aus dem Internet

Akademie des Dritten Jahrtausend, <http://www.akademie3000.de/> (Münschner Erklärung, Konferenz Internet & Politik 1997)
Angst vor der Anarchie. Politik im Cyberspace. Der Spiegel 1996; Jg. 50, Heft 13, Seite 132-142, S. 142
Bangemann-Report: Europa und die globale Informationsgesellschaft, <http://www.ispo.cec.be/infosoc/bangemann.html>
Barber Benjamin, Cailliau Robert, Naom Eli, Leggewie Claus, Maar Christa: Internet und Politik, Bollmann 1998
Barber, Benjamin R.: Wie demokratisch ist das Internet? In: Barber Benjamin, Cailliau Robert, Naom Eli, Leggewie Claus, Maar Christa: Internet und Politik, Bollmann 1998, S. 120-133
Barbrook, Richard; Cameron, Andy: Die kalifornische Ideologie, erschienen in: Lovink, Geert: Netzkritik, ID-Vlg 1997, S. 15-36, auch erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
Barlow John P., Rheingold Howard, Turkle Sherry, Bollmann Stefan, Heibach Christiane: Kursbuch Internet, Bollmann 1996
Baum Holger; Boldt, Klaus; Ghawami, Kambiz: Das Internet - (k)ein Thema der Entwicklungszusammenarbeit, erschienen in: Spektrum der Wissenschaft; Dossier: Die Welt im Internet, 1/98, einsehbar unter <http://www.epo.de/specials/spektrum.html>

- Bentele Günter, Haller Michael: Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit, UVK Medien / BRO 1997
- Bergsdorf, Wolfgang: Die vierte Gewalt. Einführung in die politische Massenkommunikation, Mainz 1980
- Bernhardt, Ute; Ruhmann Ingo: Revolution von oben - Der Weg in die Informationsgesellschaft. Erschienen in: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S. 114-129
- Bieber, Christoph: Nachrichtenfutter aus dem Internet. Die Online-Berichterstattung zur britischen Unterhauswahl, erschienen in: NetzLabor - TextTerminal, <http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/>
- Bieber, Christoph: Virtuelle Parteizentralen im Internet, erschienen in: JLU Gießen, Spiegel der Forschung 13, H. 1, 1996, S. 8-11, auch erschienen in: NetzLabor - TextTerminal, <http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/papier.htm>
- Biedenkopf, Kurt: Politik und Medien - ein notwendig schwieriges Verhältnis? Zum Strukturwandel politischer Öffentlichkeit, erschienen in: Bentele Günter, Haller Michael: Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit, UVK Medien / BRO 1997, S. 111-123
- Bierstedt, Wolfgang (PDS): Abschlußbericht Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Bundestagsrede vom 24.06.1998, einsehbar unter <http://www2.pds-online.de/bt/reden/1998/>
- BMBF: Diskussionspapier zum Thema „Informationsgesellschaft - Chancen - Innovationen und Herausforderungen, Bonn 1995, einsehbar unter <http://www.bmbf.de>
- Bold, Klaus: Medienkritische Initiativen im Internet, einsehbar unter <http://www.epo.de/serie/mediawatch.html>
- Bonchek, Mark S.: Grassroots in Cyberspace: Using Computer Networks to Facilitate Political Participation, 1995, einsehbar unter <http://www.ai.mit.edu/projects/ppp/95-2-2.html>
- Bonner Erklärung für Direkte Demokratie, erschienen in: Vorgänge Jg. 31, Heft 117(3), Seite 125-127, 1992
- Brecht, Berthold: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, in Werke Band 21, Frankfurt 1992
- Brockhaus, Wiesbaden 1978
- Buchstein, Hubertus: Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie, erschienen in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4/1996(a)
- Buchstein, Hubertus: Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, September 1995
- Buchstein, Hubertus: Virtuelle Demokratie. Zum Verhältnis von Internet und Demokratie. Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1996(b); Jg. 43, Heft 2, Seite 165-170,
- Buchsteiner, Jochen: Wie amerikanisch wird der Bundestagswahlkampf? Ersch. in: Die Zeit 19.09.1997 Nr. 39
- Bühl, Achim: Die virtuelle Gesellschaft, Westdeutscher Vlg / VVA 1997
- Bundesministerium für Wirtschaft: Info 2000. Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. Bonn 1996
- Bündnis 90/Die Grünen: Bundestagswahlprogramm 1998 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einsehbar unter <http://www.gruene.de/>
- Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft der Medien ist Sache aller BürgerInnen. Medienpolitisches Programm von Bündnis 90/Die Grünen, beschlossen auf der 7. Ordentlichen Bundesversammlung Mainz, April 1996
- CDU: Das Zukunftsprogramm der CDU 1998, einsehbar unter <http://www.cdu.de/>
- CDU: Freiheit in Verantwortung, Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 5. Parteitag Hamburg, 20.-23. Februar 1994
- CSU: Chancen beim Übergang zur Informationsgesellschaft konsequent nutzen, einsehbar unter <http://www.csu.de>
- Debatin, B.: Elektronische Öffentlichkeiten, <http://www.uni-leipzig.de/~debatin/english/Articles/Fiff.htm>
- Deutscher Bundestag - Enquete-Kommission: „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ vom 21.04.98, einsehbar unter <http://www.bundestag.de/>
- Die Zeit im Internet: Unzählige Neuzugänge irritieren die F.D.P.. Die Idee kam aus dem Internet. Einsehbar unter <http://www.wahlkampf98.de/news/>
- Donsbach, Wolfgang; Jarren Otfried; Kepplinger, Hans Mathias; Pfetsch, Barbara: Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1993
- Drewes Detlef: Die Online - Gesellschaft, Langen-Müller / VVA 1997

- Dyson Esther: Realease 2.0 Die Internet - Gesellschaft, Droemer Knaur Mehm 10/1997
- Dyson, Esther; Gilder, George; Keyworth, George; Toffler, Alvin: Cyberspace and the American Dream: A magna Carta for the Knowledge Age, 1994, einsehbar unter <http://www.uni-koeln.de/themen/cmc/text/dyson94a.txt>
- Elm, Ludwig (PDS): Gesetz zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz, Bundestagsrede vom 29.05.1998, einsehbar unter <http://www2.pds-online.de/bt/reden/1998/>
- F.D.P.: Auf dem Weg in die liberale Informationsgesellschaft. Beschluss des F.D.P.-Bundesvorstandes auf einer Sitzung am 1. September 1997(b)
- F.D.P.: Entwurf des F.D.P.-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 1998, vorgestellt bei einer Pressekonferenz in Bonn am 04.05.1998
- F.D.P.: Faltblatt der F.D.P.: „Die Liberalen im Internet“, ohne Angabe des Erstellungsdatums zugesandt im Juni 1998
- F.D.P.: Wiesbadener Grundsätze beschlossen auf dem Bundesparteitag der F.D.P. am 24. Mai 1997(a) in Wiesbaden, einsehbar unter <http://www.liberales.de/>
- Fletcher, Frederick J.: Elections and Democracy, einsehbar unter <http://thumb.cprost.sfu.ca/cjc/19-2-fletcher-4.html>
- Foerster, Uly: WAHL-WATCHING „File not found“, erschienen in: SPIEGEL ONLINE 17/1998 vom 20.04.1998, einsehbar unter <http://www.spiegel.de/>
- Foerster, Uly: WAHL-WATCHING, SPD in Phase 5, erschienen in: SPIEGEL ONLINE 16/1998 vom 14.04.98, einsehbar unter <http://www.spiegel.de/>
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF): Modernisierung der Demokratie durch Informationstechnik?, 1997, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Gasche, Christian: Demokratie an der Schnittstelle. Neue Medien und politische Perspektiven, Kongreßbericht, einsehbar unter <http://www.oeko-net.de/hgdoe/gasche.htm>
- Gates, Bill: Der Weg nach vorn. Gütersloh 1995
- Gates, Bill: Internet und Demokratie, erschienen in: Berliner Zeitung, 25.07.1996, S. 4
- Gauger, Jörg-Dieter Dr. PD (CDU): Bildung und Erziehung in der Informationsgesellschaft, Begrüßung und Einführung für Staatsminister Anton Pfeifer MdB, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Wissenschaftliche Dienste, 04.11.1997
- Gerhards, Jürgen: Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland? In: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 149-177
- Gerhards/Neidhardt: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien, Braumüller 1993, S. 52-89
- Geser, Hans Prof.: Auf dem Weg zur „Cyberdemocracy“? Auswirkungen der Computernetze auf die öffentliche politische Kommunikation, Juli 1996, einsehbar unter <http://www.unizh.ch/~geserweb/komoeef/ftext.html>
- Göhler, Gerhard (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995
- Graham, Andrew: Öffentliche Politik und der Information-Superhighway. In: Iglhaut, Stefan; Medosch, Armin; Rötzer, Florian: Stadt am Netz. Ansichten von Telepolis. Bollmann 1996, Mannheim, S. 204-217
- Grossman, Lawrence K.: Der Traum des Nebukadnezar. Demokratie in der Ära des Internet, erschienen in: Barber Benjamin, Cailliau Robert, Naom Eli, Leggewie Claus, Maar Christa: Internet und Politik, Bollmann 1998, S.85-96
- GVU-Studie 1997: http://www.cc.gatech.edu/gvu/user_surveys/
- Haag, Marcel: Der ordnungspolitische Rahmen - Europas Weg in die Informationsgesellschaft, einsehbar unter <http://www.datenschutz-berlin.de/infomat/heft22/teil5.htm>
- Haaren, Kurt van: Leitbilder einer sozialen Informationsgesellschaft, erschienen in: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S. 919-929
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Suhrkamp / KNO 1995
- Hagen, Lutz M.: Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1998
- Hagen, Lutz M.; Mayer, Markus: Der direkte Draht zur Politik? Formen und Inhalte der Online-Nutzung im Hinblick auf die Entstehung politischer Öffentlichkeit, erschienen in: Hagen, Lutz M.: Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 94-129

- Hagen, Martín: A road to Electronic Democracy? - Politische Theorie, Politik und der Information Superhighway in den USA. In: Kleinsteuber Hans (Hrsg.): Der „Information Superhighway“, Westdeutscher Verlag 1996, Opladen, S. 63-85
- Helmers, Sabine: Internet im Auge einer Ethnologin. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1994
- Heuser, Uwe Jean: Tausend Welten. Die Auflösung der Gesellschaft im digitalen Zeitalter, Berlin, Berlin Verlag 1996
- Hintze, Peter: „Die Zukunft der Parteiendemokratie in der Informationsgesellschaft“, Rede des Generalsekretärs der CDU Deutschland auf dem 10. Internationalen Symposium des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht am 14. Februar 1997 in Hagen, einsehbar unter <http://www.cdu.de/bpt/gs/rede5.html>
- Höflich, Joachim R.: Kommunikation im „lokalen Cyberspace“. Das Projekt einer Zeitungsmailbox, erschienen in: Bentele Günter, Haller Michael: Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit, UVK Medien / BRO 1997, S. 479-489
- Höflich, Joachim R.: Technisch vermittelte interpersonale Kommunikation, Westdeutscher Verlag 1996
- Hofmann, Jeanette: Politik im Internet. Ordnungselemente einer dezentralen Welt, erschienen in: Zukünfte Oktober 1996, Jahrgang 6, auch erschienen in: <http://duplox.wz-berlin.de/docs/>
- Holtz-Bacha, Christina; Lynda Lee Kaid (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Untersuchungen aus dem Wahljahr 1990, Westdeutscher Verlag, Opladen 1993
- Hurrle, Gerd / Jehlich, Franz-Josef: Vom Buchdruck in den Cyberspace? Mensch - Maschine - Kommunikation. Dokumentation einer Tagung - 07.06. bis 09.06. 1993 / veranst. vom DGB-Bildungszentrum Hattingen, Schüren Presseverlag 1995
- Iglhaut, Stefan; Medosch, Armin; Rötzer, Florian: Stadt am Netz. Ansichten von Telepolis. Bollmann 1996, Mannheim
- Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (IuKDG) vom 22. Juli 1997, einsehbar unter <http://www.iid.de/rahmen/iukdgg.html>
- Ishii, K.: Regularien im Internet, einsehbar unter <http://www.ig.cs.tu-berlin.de/DA/IR/index.html>
- Jahrman, Margarete; Medosch, Armin: Demokratie und Internet, 11.05.1996, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Jarren Otfried: Politik und Medien: Einleitende Thesen zu Öffentlichkeitswandel, politischen Prozessen und politischer PR, erschienen in: Bentele Günter, Haller Michael: Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit, UVK Medien / BRO 1997, S. 103-110
- Jarzina, K.R.: Wirkungs- und Akzeptanzforschung zu interaktiven Multi-Media-Anwendungen im Marketing, Wiesbaden 1995
- Kleinsteuber Hans (Hrsg.): Der „Information Superhighway“, Westdeutscher Verlag 1996, Opladen
- Kleinsteuber, Hans J.: Horse Race im Cyberspace? Alte und neue Medien im amerikanischen Wahlkampf. Internationale Politik 1996; Jg. 51, Heft 11, Seite 39-42
- Kleinsteuber, Hans J.: Vom analog geblendeten Kommunikationssouverän zum digital gestärkten Interaktivisten? In: Bentele Günter, Haller Michael: Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit, UVK Medien / BRO 1997, S. 55-63
- Konferenz: Informationsgesellschaft - Medien - Demokratie, 1996 in Hamburg, <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/akt/aktigpla.html>, Entwurf zur Hamburger Erklärung, 1996, <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/akt/imderkl.html>
- Krempel, Stefan: Interview mit Andy Müller-Maguhn vom Chaos Computer Club (CCC) über Politik und Netzwelt, 21.05.97, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Krempel, Stephan: Auf dem Weg zur elektronischen Demokratie? Die „unglückliche Hand“ in Deutschland und Mobilisierungserfolge in Großbritannien, 26.06.1998, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Kubicek, Herbert: Allgemeiner Zugang und informationelle Grundversorgung in der Informationsgesellschaft, erschienen in: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S. 156-182
- Kubicek, Herbert: Demokratie im Netz - Vernetzte Demokratie?, 1997, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Kubicek, Herbert: Ich bin sehr skeptisch, was die Umsetzung einer wie auch immer demokratisch gebildeten Politik angeht, 1997, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>

- Kubicek, Herbert; Wagner, Heiderose: Community Networks und der Information Highway - Von der Counterculture zum Mainstream. In: Kleinsteuber Hans (Hrsg.): Der „Information Superhighway“, Westdeutscher Verlag 1996, Opladen, S. 201-235
- Kubicek, Klumpp, Müller, Neumann, Raubold, Roßnagel: Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft, Heidelberg: R. v. Decker's Verlag 1996
- Kuhlen, Rainer: Informationsmarkt: Chancen und Risiken der Kommerzialisierung von Wissen, Konstanz: UVK, Univ.-Verl., 1995
- Kühnhardt, Ludger, Prof. Dr.: Wieviel Bytes verträgt der Staat? - Beitrag auf der Internationalen Konferenz über die Werte der Informationsgesellschaft - 1996, einsehbar unter <http://www.iid.de/macht/beitraege/kuehnhardt.html>
- Lademann, Lutz; Sümmerner Thomas: Pilotprojekt "Abgeordnete im Internet", einsehbar unter <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt/> oder <http://www.fu-berlin.de/mdb-projekt/>
- Lake, Adam: Direct Democracy, 1995, einsehbar unter <http://info.acm.org/crossroads/xrds1-4/democracy.html>
- Langenbacher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien, Braumüller 1993
- Lanphier, Rob: A Model for Electronic Democracy, 1995, einsehbar unter <http://www.eskimo.com/~robla/steward/>
- Leggewie, Claus: Demokratie auf der Datenautobahn, erschienen in: Barber Benjamin, Cailliau Robert, Naom Eli, Leggewie Claus, Maar Christa: Internet und Politik, Bollmann 1998, S. 15-51
- Leggewie, Claus: Netizens oder: Der gut informierte Bürger heute. Ein Strukturwandel der Öffentlichkeit, Beitrag auf der Internationalen Konferenz über die Werte der Informationsgesellschaft 1996, einsehbar unter <http://www.iid.de/macht/beitraege/leggewie.html>
- London, Scott: Electronic Democracy, einsehbar unter <http://www.west.net/~insight/london/>
- Lovink, Geert: Netzkritik, ID-Vlg 1997
- Lovink, Geert; Schulz, Pit: Aufruf zur Netzkritik. Ein Zwischenbericht. In: Lovink, Geert: Netzkritik, ID-Vlg 1997, S. 5-14
- Lovink, Geert; Schulz, Pit: Der Anti-Barlow, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Lübbe/Neumann, Bernd: Informationsgesellschaft - Quo vadis?, Aktuelle Fragen der Politik, Heft 36 Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, 1996, einsehbar unter <http://www.pip.com.pl/kp-uw/Olib/ade-neum.html>
- Luthardt, Wolfgang: Probleme und Perspektiven direkter Demokratie in Deutschland, erschienen in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47, Heft 14, S. 13-22, 1997
- Maresch, Rudolf: Öffentlichkeit im Netz. Ein Phantasma schreibt sich fort, erschienen in: Münker, Stefan; Roesler, Alexander: Mythos Internet, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag 1997, S. 193-212
- Marschall, Stefan: Politik "online" - Demokratische Öffentlichkeit dank Internet? Erschienen in: Publizistik, 1997; Jg. 42, Heft 3, Seite 304-324
- Mayer, Martin Dr. (MdB): Thesen zu Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, einsehbar unter http://www.cdu.de/bpt/online/stich/19_may1.htm
- Merten, Klaus: Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft, erschienen in: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S. 82-96
- Mertes, Michael: Das Internet revolutioniert die Politik. Erschienen in: WamS vom 19.04.1998, Nr. 16, S. 34
- Meyers Lexikon - Das Wissen A-Z, 1998 (Online-Ausgabe), <http://www.iicm.edu/ref.m10/>
- Moser, Heinz: Cyberpolitik als Modernisierungsstrategie - eine Kritik, erstellt am 01.03.1997, einsehbar unter <http://www.schulnetz.ch/unterrichten/fachbereiche/medienseminar/cyberpol.htm>
- Müller-Maguhn, Andy: Visionen für eine informierte Gesellschaft, erschienen in: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S.930-939
- Münker, Stefan; Roesler, Alexander: Mythos Internet, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag 1997
- Negroponte, Nicholas: Total Digital, Bertelsmann 1995, München
- Neymanns, Harald: Internet: Chancen und Möglichkeiten demokratischer Nutzung, Diplomarbeit, 1996, einsehbar unter <http://userpage.fu-berlin.de/~amand1a/Inhalt.HTML>,
- PDS: Demokratische und soziale Antworten auf die Herausforderungen der neuen Informationstechnologien. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz, Christina Schenk, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS, Bundestagsdrucksache 13/2740 vom 24.10.1995(a)

- PDS: Einsetzung einer unabhängigen Experten-Kommission „Demokratische und soziale Antworten auf die Herausforderungen der neuen Informationstechnologien“ (Multimedia). Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS, Bundestagsdrucksache 13/2741 vom 24.10.1995(b)
- PDS: Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, einsehbar unter <http://www.pds-online.de>
- Poster, Mark: Elektronische Identitäten und Demokratie, erschienen in: Münker, Stefan; Roesler, Alexander: Mythos Internet, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag 1997, S. 147-170
- Pressezentrum des Deutschen Bundestages: Bundestagsnachrichten: Die Informationsgesellschaft stellt neue Herausforderungen an Führung, erschienen in: Bundestag Heft 9/15.05.96, einsehbar unter <http://www.bundestag.de/>
- Pressezentrum des Deutschen Bundestages: Forschung: Streit über richtigen Weg in die Informationsgesellschaft, erschienen in: Bundestag Heft 1/22.01.97, einsehbar unter <http://www.bundestag.de/>
- Rexrodt, Günter Dr.: „Wirtschaft und Kultur im Internet: Kulturwirtschaft“, Rede des Bundesministers für Wirtschaft anlässlich des Kongresses „Informationsgesellschaft“ der F.D.P.-Bundestagsfraktion am 18. Mai 1998 in Bonn
- Rheingold Howard: Electronic Democracy Toolkit, einsehbar unter <http://www.well.com:80/user/hlr/electrondemoc.html>
- Rheingold, Howard: Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn 1994
- Rheingold, Howard: Virtuelle Welten. Reisen im Cyberspace, Reinbek b. Hamburg, Rowohlt-Verl. GmbH 1992
- Rilling, R.: Internet und Demokratie. erschienen in: WSI Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Boeckler-Stiftung. Koeln, DE: Bund-Verl.: 1997 V.50(3)p. 194-205, einsehbar unter <http://www.bdwi.org/>
- Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie, Vortrag auf dem Kongress „Demokratie an der Schnittstelle. Neue Medien und politische Perspektiven“ der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V. am 07.12.1996 in Frankfurt, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Rilling, Rainer: EnterNet, erschienen in: Ahrweiler, Georg; Rilling, Rainer; Schellhase, Ralf (Hg.): Soziologische Ausflüge, Opladen 1996, einsehbar auch unter <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/enter.html>
- Rösler, Alexander: Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit erschienen in: Münker, Stefan; Roesler, Alexander: Mythos Internet, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag 1997, S. 171-192
- Rötzer, Florian: Internet & Politik und die „Münchner Erklärung“, 1997, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Rötzer, Florian: Technologien zur politischen Kontrolle, 1998, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Rüttgers, Jürgen Dr. (Bundesforschungsminister): Zukunftschancen für Jugendliche - Herausforderungen des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland, einsehbar unter http://www.cdu.de/bpt/zukunft/j_ruettg.html
- Sandbote, M/Turkle,S.: Die Männer sind nicht allein am Computer, auch Frauen haben Lust am Cyberspace, TAZ, Nr. 134, S. 14
- Sandbothe: Medienethik im Zeitalter des Internet <http://www.uni-magdeburg.de/~iphi/ms/ethik.html>
- Saretzki, Thomas: „Arguing“ oder „Bargaining“: Selbstbindung der Politik durch öffentliche Diskurse, erschienen in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 277-307
- Sartori, Giovanni: Demokratietheorie, Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Darmstadt, Wiss. Buchges. 1992
- Sauga, Michael: Hilflöse Versuche. Die Computernetze revolutionieren Politik und Wirtschaft - wer regiert die neue Welt? Wirtschaftswoche 1996; Jg. 50, Heft 18, Seite 28-34
- Scharpf, Fritz W.: Demokratietheorie, Opladen 1995
- Scherer, Herlmut; Berens, Harald: Kommunikative Innovatoren oder introvertierte Technikfans? Die Nutzung von Online-Medien diffusions- und nutzentheoretisch betrachtet, erschienen in: Hagen, Lutz M.: Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 54-93
- Schiller, Herbert I.: Die Kommerzialisierung von Information, erschienen in: Barber Benjamin, Cailliau Robert, Naom Eli, Leggewie Claus, Maar Christa: Internet und Politik, Bollmann 1998, S. 134-144,

- Schmidt, Arthur P.; Rössler, Otto E.: Manifest für eine Heimat im Cyberspace, 06.04.1998, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Schnetz, Dietmut: Neue soziale Bewegungen und direkte Demokratie. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Innovationen von unten. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 42, Heft 6, S. 202-207, 1991
- Schwartz, Evan I.: Direct Democracy. Are you ready for the Democratic Channel?, 1995, einsehbar unter <http://www.hotwired.com/wired/2.01/departments/electrosphere/e.dem.htm>
- Schwarz-Schilling, Christian: Grenzenlose Kommunikation, Institut für Medienentwicklung und Kommunikation - Frankfurt am Main, 1993
- Schweigler, Gebhard: "Internationale" Politik. Herausforderung fuer Wirtschaft und Gesellschaft, Internationale Politik 1996; Jg. 51, Heft 11, Seite 19-26
- Seche, Andreas: Die Angst der Politiker vor unserer Stimme, erschienen in: P.M. Peter Moosleitners interessantes Magazin, Jg. 12, Heft 7, S. 82-84, 1995
- Siegele, Ludwig: Cyberpolitik: mehr Demokratie für alle? In: Die Zeit/Ausgabe Nr. 20 vom 10.5.1996
- Siegele, Ludwig: Die Demokratie im Cyberspace ist gerettet - vorerst, erschienen in: Die Zeit/Ausgabe Nr. 26 vom 21. Juni 1996
- SPD: Abschlußbericht der Schwerpunktkommission Gesellschaftspolitik, „Gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten“, Juli 1997(a), einsehbar unter http://www.spd.de/archiv/inneres/Inn19971007_187.htm
- SPD: Deutschlands demokratischer Weg in die Informationsgesellschaft, Bundestagsantrag der SPD zur Informationsgesellschaft, Drucksache 13/5197, Juni 1996, einsehbar unter <http://vov.de/schriftliches/>
- SPD: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, einsehbar unter <http://www.spd.de>
- SPD: Informationsgesellschaft - Medien und Informationstechnik, MdB - Eckwertepapier „Informationsgesellschaft“, 1995, einsehbar unter <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/>
- SPD: Informationsgesellschaft ist die große Chance für wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland, Enquete-Kommission „Informationsgesellschaft“, 22. Juni 1998(b) - 0783, einsehbar unter <http://www.spdfrak.de/>
- SPD: SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998(a) „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“, Beschluß des außerordentlichen Parteitages der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, einsehbar unter <http://www.spd.de/>
- SPD: Von der Utopie zur Wirklichkeit: Aufbruch in die Informationsgesellschaft, Beschluß des Parteitages vom 2. - 4. Dezember 1997(b), einsehbar unter http://www.spd.de/aktuell/inno1_159.htm
- Spiegel Online: Per Mausklick zum Wahlsieg. Einsehbar unter <http://www.wahlkampf98.de/news/>
- Stegger, Manfred: Partizipation und Demokratie im Cyberland - Politische Kommunikation im Zeitalter der elektronischen Netze, erschienen in: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S.785-799
- Steinacker, Angelika: Anonyme Kommunikation in Netzen, Mannheim 1992
- Stoiber, Edmund Dr.: Bayern im Aufbruch: Weltregion und Heimat. Rede des Bayrischen Ministerpräsidenten auf dem CSU-Parteitag am 21. November 1997 in München, einsehbar unter <http://www.csu.de/parteitag/reden%5Fstoiber.htm>
- Stoiber, Edmund: Digitale Perspektiven der Demokratie, einsehbar unter <http://www.tagesspiegel.de/tsp-f/interaktiv/netz-politik/interpoli.html>
- Stoll Clifford : Die Wüste Internet, Frankfurt/Main, S. Fischer
- Taglinger Harald: Wahlstreet.de - die erste deutsche Börse im Web, 1998, erschienen in: Telepolis Online-Zeitung <http://www.heise.de/tp/>
- Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996
- TAZ - Surfbrett: Wahlkampf online: Schröder für Schröder, TAZ Nr. 5468 vom 26.02.1998 Seite 18
- Thierse, Wolfgang: Einführungsteil zur Rede „Informationsgesellschaft“ auf dem Bundesparteitag der SPD am 3.12.97 in Hanover, einsehbar unter http://www.spd.de/archiv/kongresse/Kon19971203_271.html
- Turkle, Sherry: Identität in virtueller Realität, erschienen in: Barlow John P., Rheingold Howard, Turkle Sherry, Bollmann Stefan, Heibach Christiane: Kursbuch Internet, Bollmann 1996, S. 315-331
- Turkle, Sherry: Life on the Screen. Identity in the age of Internet. New York 1995

- VOV (Virtueller Ortsverein der SPD): Frequently Asked Questions des VOV, einsehbar unter <http://vov.de/allgemeines/>
- W3B-Umfrage, Oktober/November 1997, einsehbar unter <http://www.w3b.de/>
- Walther, Daniel: Ein kultivierter Supermarkt der Meinungen, www.wahlkampf98.de, erschienen in: Die Entscheidung, Magazin der Jungen Union Deutschlands, Nr. 5 46. Jahrgang Mai 1998, S. 16
- Werber, Niels: Netzbürger wählen nicht, TAZ Nr. 5492 vom 26.03.1998 Seite 19, einsehbar unter <http://134.147.181.82>
- Werth, Christoph: Per Internet ins Parlament. Das globale Mediendorf als Aufgabe fuer die Politik. Evangelische Kommentare 1997; Jg. 30, Heft 9, Seite 534-536
- Westerwelle, Guido Dr.: Datenschutz ist Bürgerrecht. Gastkommentar für das „Offenburger Tageblatt“ vom F.D.P.-Generalsekretär, aus: Pressedienst der Freien Demokratischen Partei
- Wetzstein, Thomas A.; Dahm, Hermann; Steinmetz, Linda; Lentes, Anja; Schampaul, Stephan; Eckert, Roland: Datenreisende. Die Kultur der Computernetze, Westdeutscher Verlag, Opladen 1995
- Wössner, Mark: Informationsgesellschaft und Demokratie. Was bedeutet die digitale Revolution für die Gesellschaft? In: Tauss, Jörg, Kollbeck, Johannes u. Mönikes, Jan: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Nomos 1996, S.866-876
- Zipfel, Theodor: Online-Medien und politische Kommunikation im demokratischen System, erschienen in: Hagen, Lutz M.: Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 20-53
- Zittel, Thomas: Ueber die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft. Das Internet als Medium politischer Kommunikation., aus politik und zeitgeschichte 1997; Jg. 47, Heft 42, Seite 23-29

12 Anhang

Um herauszufinden, inwieweit e-mails von den Parteien überhaupt beantwortet werden und natürlich um gezielte Informationen der Parteien zum Thema „Internet und Demokratie“ zu erhalten, habe ich an die Bundeszentralen e-mails verschickt. Ich habe jeweils die auf den Homepages angegebenen e-mail Adressen verwendet. Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich, teilweise wurde sehr schnell eine Antwort-Mail geschickt, teilweise wurde durch ein Telefonat Kontakt aufgenommen und teilweise gleich per Postsendung oder überhaupt nicht geantwortet. Nach einem knappen Monat Wartezeit hatte ich die Parteien, die sich bis dahin nicht gemeldet hatten, nochmals angemailt. Diese waren CDU, CSU und SPD. Die F.D.P. und die PDS haben eine e-mail und zusätzlich Informationsmaterial per Post geschickt und die Grünen haben ohne weiteren e-mail Kontakt, gleich Informationsmaterial per Post geschickt. Nach der Zweiten e-mail und weiteren vier Wochen haben die CDU und die CSU auch Informationsmaterial per Post geschickt. Die SPD hat sich bis dato nicht gemeldet.

Das Anschreiben sowie die Antworten der Parteien per e-mail, soweit vorhanden, habe ich hier aufgelistet. Folgende Parteien wurden angemailt: **post@www.cdu.de, Landesleitung@csu-bayern.de, redaktion@spd.de, bundesvorstand@gruene.de, fdp@liberale.de, redaktion@pds-online.de.**

Das Anschreiben vom 8.Juni 1998 (2. Versuch am 6.Juli 1998):

Subject: Anfrage wegen Informationsmaterial
Date: Mon, 08 Jun 1998 20:46:45 +0200
From: Beate Dangel <dangel@ph-weingarten.de>
To: <e-mail Adresse der Partei>

Im Rahmen meiner Diplomarbeit beschaeftige ich mich mit der Thematik "Politik und Internet".

Aus diesem Grund interessiere ich mich fuer die Stellungnahme der <Parteiename> zum Thema "Informationsgesellschaft" oder "Neue Medien", vor allem in Bezug auf mehr Buergerbeteiligung am politischen Geschehen bzw. demokratische Nutzung der Potentiale des Internet. Ich waere sehr froh, wenn Sie mir entweder die www-Adressen der aktuellen Statements, Reden, oder dergleichen zukommen lassen oder mir die Dokumente per email oder per Post zusenden koennten!

Mit freundlichen Gruessen

Beate Dangel

Truchsess-Strasse 8
D-88281 Schlier - Wetzisreute
Tel. 07529/1816
email: dangel@ph-weingarten.de

Die Antworten:

1. Die F.D.P.

Subject: Anfrage vom 9.6.1998
Date: Tue, 9 Jun 1998 17:47:00 +0100
From: Silke Jansen <Silke.Jansen@fdp.de>
Organization: Comdok
To: dangel@ph-weingarten.de

Sehr geehrte Frau Dangel,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Die Seiten der F.D.P. im Internet finden Sie unterder Adresse <http://www.fdp.de>. Dort können Sie sich über das Angebot der Liberalen im Internet ein Bild verschaffen. Informationen zu den Neuen Medien sende ich Ihnen per Post zu. Wir nutzen seit Dezember 1995 das

Internet sowohl für die innerparteiliche Information und Kommunikation unserer Parteimitglieder als auch außerparteilich zur Information und Darstellung unseres Politikangebotes. Es greifen pro Woche ca. 50.000 user auf die Liberalen Seiten zu. Das Internet hat einen hohen Stellenwert in der aktuellen Wahlkampfphase für uns.

mfg

Dr. Silke Jansen, Leiterin der AG Kommunikation

2. Die PDS

a) erste e-mail der PDS

Subject: Re: Anfrage wegen Informationsmaterial
 Date: Tue, 9 Jun 1998 08:22:20 +0200
 From: "Redaktion" <redaktion@pds-online.de>
 To: "Beate Dangel" <dangel@ph-weingarten.de>

Hallo, ich habe Ihre Anfrage an die PDS-Bundestagsgruppe weitergeleitet, von dort erhalten Sie in den nächsten tagen Antwort.
 MfG - Ronald Friedmann

b) zweite e-mail der PDS

Subject: Anfrage "Neue Medien"
 Date: Wed, 17 Jun 1998 18:49:10 +0100
 From: wandrey@bt.pds-online.de (Heidi Wandrey)
 Organization: PDS Bundestagsgruppe, Germany
 To: dangel@ph-weingarten.de

Liebe Beate Dangel,

Ihre Anfrage vom 9. Juni 1998 ist bei mir gelandet.
 Zu einigen Problemfeldern will ich Ihnen gern die Positionen der Bundestagsgruppe PDS uebermitteln.
 Das geschieht zum einen per e-mail.
 Die parlamentarischen Initiativen gehen Ihnen auf dem Postweg zu.

In der naechsten Woche wird sich der Bundestag voraussichtlich mit dem Bericht der Enquete-Kommission "Neue Medien " befassen.
 Unter "www.bundestag.de" finden sie dann auch die Rede unseres Abgeordneten.

Hier einige Fakten und Argumente zum Thema: Politik und Internet

* Welche neuen elektronischen Medien nutzen Sie fuer Ihre Öffentlichkeitsarbeit?*

1. Internet

WWW, file transfer protocol (ftp),
 gelegentlich auch Newsgroups

1.2 Mit einem eigenen WWW-Angebot

www.pds-online.de/bt

nutzen wir das WWW zur

Verbreitung von Publikationen;

Zeitschriften, Falt- und Flugblaetter,

Flyer, Einladungen, z.T. auch Anzeigen)

in elektronischer Form Veröffentlichung von Pressemitteilungen, Darstellung von Standpunkten, insbesondere parlamentarische Initiativen und Reden.

siehe weiter unter der angegebenen URL

1.3 Zielgruppen:

Politisch interessierte, vor allem jüngere Menschen

2. Mailboxnetze

Zerberus-Netz, cl-Netz

2.1. Die Bundestagsgruppe PDS hat eine eigene Mailbox unter dem Namen PDSLL mit der Domain „pds-online.de“

Wie Sie sich selbst überzeugen können, betreuen wir ein eigenes Brettssystem, das von anderen cl-Systemen übernommen wird. Zugleich speisen wir auch Informationen direkt in das cl-Netz.

2.2. Die Mailbox wird für die Verbreitung von Informationen aus der laufenden parlamentarischen Arbeit genutzt siehe Inhalt der Bretter

2.3. Welche Zielgruppen sprechen Sie in Mailboxen ganz besonders an? Vgl. Antwort 1.3.

3. Nutzen Sie kommerzielle Onlinedienste für Ihre Öffentlichkeitsarbeit?

Für die Mailbox und das WWW-Angebot arbeiten wir vertraglich mit Infopol Network Berlin (IPN) zusammen.

4. Nutzen Sie andere / nicht eindeutig zuzuordnende elektronische Medien für Ihre Öffentlichkeitsarbeit
Nein, noch nicht!!!

5. Prioritäten des Online-Engagements

Internet/WWW erlangt gegenüber Mailbox wachsende Bedeutung.

6. Gibt es eine umfassende und langfristige Strategie Ihres Online-Engagements?

Nein. Da wir unsere Informationen als parlamentarische Gruppe anbieten, sind die Strategien auf die Dauer einer Wahlperiode begrenzt.

7. Gibt es Analysen des 'Bedarfs'?
Durchaus

8. Können Sie Ihre Strategie für die Nutzung neuer elektronischer Medien für die politische Öffentlichkeitsarbeit beschreiben?

Wir gehen davon aus, dass Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie junge und z.T. auch ältere AkademikerInnen eine besonders wichtige Zielgruppe der PDS sind. Sie stehen den

modernen elektronischen Medien in der Regel besonders aufgeschlossen gegenüber, informieren sich z.T. ueberwiegend ausschliesslich auf diesem Wege. Eine moderne Partei zeichnet sich u.E. auch dadurch aus, dass sie diese Informationserwartungen bedient, indem sie die Moeglichkeiten der elektronischen Medien aktiv nutzt und auch auf diesem Gebiet den Wettbewerb mit den anderen Parteien fuehrt. Die Nutzung der neuen Medien ist mit einer wesentlichen Beschleunigung der Information verbunden.

Solange oeffentliche und private Medienanstalten die PDS aus Ihren Berichterstattungen ausschliessen, sehen wir in den modernen elektronischen Medien eine wesentliche Form fuer Transparenz und Vermittlung der Politikangebote der PDS im Bundestag.

9. Welches waren die Gruende?
siehe oben

10. Welche Zielgruppen wollen Sie mit Oeffentlichkeitsarbeit in neuen elektronischen Medien insbesondere erreichen?
Siehe Antworten 1.3 und 8.

11. Form der Kommunikation:

Momentan bieten wir im wesentlichen Einwegkommunikation mit der Moeglichkeit einer Reaktion (Bestellung von Materialien, Senden von Mails an Abgeordnete bzw. die Fraktion) an.

12. Resonanz

WWW- 1. Vierteljahr ca. 2000 Seitenaufrufe taeglich.
Durch den von der Presse bekanntgemachten Konflikt mit dem „Birnen-Icon“ erhoehnten sich die Zugriffe auf 8000.
Jetzt ein staendig wachsendes Interesse.

Weitere Standpunkte entnehmen sie bitte dem "Info-Paket"

Mit freundlichen Gruessen

Heidi Wandrey